1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 3 vom 18. Januar 1985 — 19. Jahrgang — 1 DM

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Am Dienstag dieser Woche, am 15. Januar, jährt sich zum 66. Mal der Tag, an dem die Reaktion Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordete. Nach der Niederlage der deutschen Imperialisten im 1. Weltkrieg galt der ganze Haß der Reaktion dem Kampf der Arbeiterschaft für die soziale Revolution. Ganz besonders verhaßt waren ihnen die beiden großen revolutionären Führergestalten der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Trotz alledem" — sie sind auch heute, zwei Generationen später weder vergessen noch unbedeutend geworden.

Ihr großer Kampf für eine eigenständige revolutionäre Partei der Arbeiter, für den Sieg der revolutionären Bewegung zur Jahreswende 1918/19 — all dies bleibt unvergessen.

Ihr Eintreten für einen Sozialismus, der so gar nichts mit dem heutigen angeblichen realen Sozialismus zu tun hat, demokratisch und revolutionär und im Sinne einer Übergangsgesellschaft zum Kommunismus — all dies bleibt bedeutend.

Der Mord an ihnen sollte dieser Bewegung, diesem Kampf den Kopf rauben, was so nicht gelang. Noch jahrzehntelang wurde die Legende gepflegt, es seien nur ein paar unzurechnungsfähige Söldner gewesen, die die beiden, auf eigene Rechnung sozusagen, ermordet hätten. Erst viel später durfte auch in diesem unserem Land ungestraft die Wahrheit verbreitet werden: Daß dieser Doppelmord vom Großkapital gewünscht, gefordert und bezahlt wurde.

Die Ideale, die Ziele, für die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sich eingesetzt haben, gekämpft haben, sie bleiben auch diese zwei Generationen später noch aktuell. Das Werk dieser beiden Menschen — damit fühlen sich gerade die deutschen Revolutionäre stets auf das engste verbunden. Das gilt auch und gerade für unsere Partei.

Trotz aller Beteuerungen:

Rentenklau bleibt!

Montagabend über alle deutschen Sender: Die Regierung hilft den Rentnern. So wurde es zumindest dargestellt. Dabei wurde, wie stets, solange mit Zahlen jongliert, bis eine Rentenerhöhung von 1 Prozent — oder mehr — zum 1. Juli herauskam. Der Tenor: Damit hat die Regierung die negativen Folgen der „Rentenformel" begradigt. Das ist reine Propaganda, die Tatsachen sehen anders aus.

1. Bereits im Oktober 84, bei der Vorlage des Rentenanpassungsberichts war deutlich, daß die dort getroffenen Voraussagen auf ausgesprochen schwachen Füßen standen. Dies sowohl, was die Lohnerhöhungsquote betrifft, als auch die Reserven der Rentenanstalten. Damals ließ die Bundesregierung trotz verschiedenster Einwände, einfach auf den zuerst angenommenen Grundlagen weiterrechnen — hauptsächlich wohl, um sich in der Haushaltsdebatte des Bundestages nicht noch schärferer Kritik auszusetzen.

2. Daß speziell die — nominalen — Lohnerhöhungen entsprechend den wichtigsten Abschlüssen schlechterdings gar nicht auf 3,2 Prozent kommen konnten, war bereits damals vorauszusehen. Je öfter heute das Bundesamt für Statistik rechnet, desto niedriger werden seine Ergebnisse. Zunächst war die Rede von 3,0 oder 3,1 Prozent, jetzt von 2,7 bis 2,9 Prozent.

3. Auch wird weiter mit der wirklichen Teuerungsrate spekuliert und betrogen. Die Regierung erwarte für 85 eine Rate von ungefähr 2,0 Prozent. Dabei wird vornehm verschwiegen, daß es sich ja um eine Berechnung von 1984 ausgehend handelt, daß die Verschiebung der Rentenerhöhung von Januar auf Juli ja bereits ein unsozialer Akt gewesen war. Die Teuerungsrate für 84 aber beträgt rund 2,5 Prozent.

4. Am allerdeutlichsten wird es schließlich bei der abermaligen Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für Rentner. Dies war und ist ja nun eine eindeutige und bewußt politische Entscheidung — und die diesjährige Erhöhung auf 5 Prozent sollte die — vorläufige — Endstufe dieses Prozesses darstellen.

So weit gerechnet hätten die ursprüglichen Planungen der Bundesregierung dazu geführt, daß die Rentner, bei einer nominalen Rentenerhöhung von 0,5 bis 0,7 Prozent einen Einkommensverlust von über 1,5 Prozent real in einem einzigen Jahr gehabt hätten.

Dies hat zu einer für die Regierung kritischen Stimmungslage unter den Betroffenen geführt, zur Demonstration von Widerstandswillen bei den Verbänden (Reichsbund und VdK), zur Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten der Verbände mit dem DGB.

Das war sicherlich die Ursache für die am Montag im Kabinett beschlossene Veränderung. Eine Veränderung, die inhaltlich höchstens als eine gewisse Abmilderung zu begreifen ist. Die vielbeschworene „1" vor dem Komma heißt ja faktisch nichts anderes als daß der reale Einkommensverlust etwas abgemildert wird, eben durch den Verzicht einer Steigerung des Krankenkassenbeitrags um 2 Prozent, so daß seine Reduzierung auf 1,5 Prozent.

Es bleibt beim „Grundsatzbeschluß" des Krankenkassenbeitrags (der die gewaltige Summe, die durch die Bonner Politik aus den Rentenkassen in andere Bereiche wandert um ein weiteres erhöht) und es bleibt, entgegen gesetzlichen Bestimmungen, dabei, daß die „Erhöhung" der Renten weit unter den „Lohnerhöhungen" bleibt.

Was den — durch Stimmungen erzwungenen — Protest der beiden großen Verbände betrifft, so ist ihre Stoßrichtung der „1" vor dem Komma in der Tat kein Ausdruck einer sozialpolitischen Haltung im Interesse der Rentner. Sie haben das gerade in der heutigen Lage so wichtige Thema „Mindestrenten" einmal mehr als zu „heiß" liegen lassen.

So bleiben Rentner und Schwerbeschädigte die „Lieblingsopfer" der reaktionären Bonner Sozialpolitik. Es gibt, auch nach diesen „Verschwörungsbeschlüssen" keinen Grund auf Proteste zu verzichten.

Schwarz-Schilling als Umweltvergifter

Das Maß ist voll, Herr Minister!

Es ist unglaublich, wieviel skandalöse Vorgänge, vom in die eigene Tasche Wirtschaften bis hin zu Gesetzesübertretungen im Umweltbereich sich ein Bonner Minister leisten kann, ohne daß sein gutbezahltes Ministeramt in Frage gestellt wird. Letzter Fall aus Helmut Kohls Kabinett: der eh schon in zweifelhaften Ruf gekommene Post- und Verkabelungsminister Schwarz-Schilling ist mit seiner Batterie-Fabrik „Sonnenschein" in Westberlin als aktiver und gefährlicher Umweltvergifter entlarvt worden.

Der Bundespostminister, dem schon nachgewiesen wurde, daß er über seine Firmenbeteiligungen direkt von der Verkabelung profitiert, war bis zu seinem Amtsantritt in Bonn Geschäftsführer der „Sonnenschein-Akkumulatoren GmbH", die neben Niederlassungen in Billiglohnländern auch ein Werk in Westberlin betreibt. Geschäftsführer ist er nicht mehr, der Betrieb ist aber weiterhin in Familienbesitz der Schwarz-Schillings. „Sonnenschein" in Westberlin ist schon lange im „Gespräch". Eine Bürgerinitiative „Sonne statt Blei" weist seit Jahren kontinuierlich schwere Umweltvergehen des Betriebes nach, jetzt endlich arbeitet ein



Ein Spielplatz vor Schwarz-Schillings Blei-Dreckschleuder „Sonnenschein" in Westberlin. Der Boden ist stark verseucht — getan wurde nichts.

Fortsetzung auf Seite 2

CDU greift hessisches Personalvertretungsgesetz an

Rechte der Personalräte verteidigen

Mit einer Klage vor dem hessischen Staatsgerichtshof (Landesverfassungsgericht) wollen CDU-beherrschte Stadträte und Kreistage das hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) für verfassungswidrig erklären lassen. Das neue HPVG wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen im hessischen Landtag verabschiedet. Der hessische DGB hat in Solidarität mit der unmittelbar betroffenen ÖTV seinen entschiedenen Widerstand gegen diesen Angriff auf die Mitbestimmungsrechte der Personalräte erklärt.

Ein Flugblatt der hessischen ÖTV macht deutlich, was die CDU für verfassungswidrig hält:

„Durch das hessische Personalvertretungsgesetz haben Personalräte unter anderem Mitbestimmung

- bei Personalinformationssystemen,
- bei Rationalisierungsmaßnahmen,
- bei Vergabe oder Privatisierung von Arbeiten und Aufgaben,
- bei Festlegung von Verfahren und Methoden von Wirtschaftlichkeits- und Organisationsprüfungen.

Die Personalräte haben zudem das Recht, in allen Mitbestimmungsfragen für die Arbeitnehmer initiativ zu werden."

Fortsetzung auf Seite 4

Paris schickt Polizei und Armee

Unruhen auf Neukaledonien

Auf der seit 1853 unter französischer Oberhoheit stehenden südpazifischen Inselgruppe Neukaledonien toben heftige Kämpfe. Nachdem die französischen Siedler und deren Sicherheitskräfte immer brutaler versuchen, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Einheimischen — die sich Kanaken nennen — zu unterdrücken, nimmt der Widerstand massivere Formen an.

Der Wahlboykott der Ureinwohner der Inselgruppe im letzten November brachte die kanakische Sozialistische Befreiungsfront (FLNKS) erstmals in die Schlagzeilen der Weltpresse. Vor Kameras der Weltpresse zerstörte ein Führer der FLNKS eine Wahlurne mit einer Axt. Dieser Mann war Eloi Machoro, Generalsekretär der Befreiungsfront. Am vergangenen Samstag starb er, erschossen von französischer Bereitschaftspolizei.

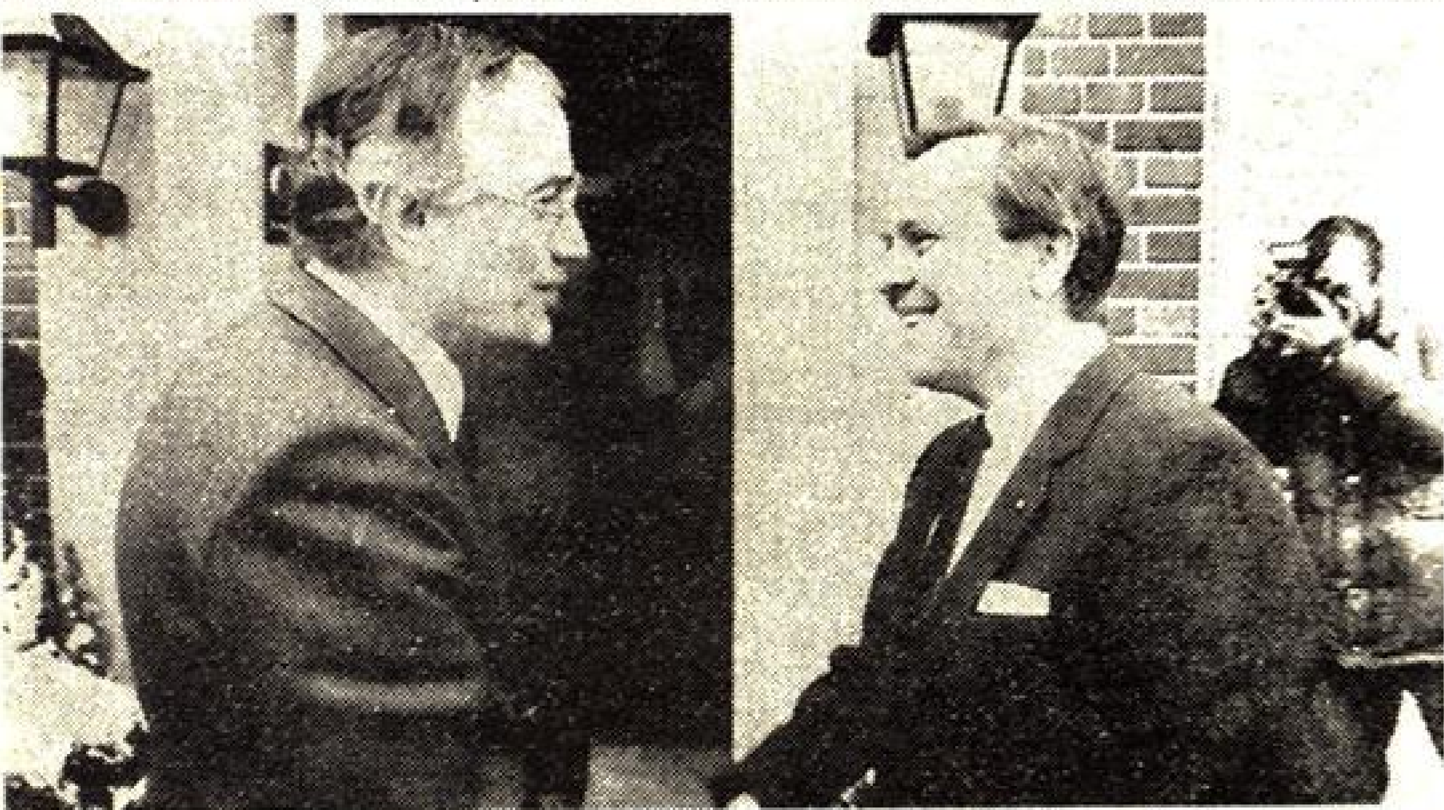


Nach den Unruhen in Nouméa, der Hauptstadt Neukaledoniens

Dem Polizeieinsatz vorausgegangen war die Ermordung eines weißen Farmersohns. Der Vater dieses Großgrundbesitzers wurde schon lange aufgefordert, seine Ländereien an die Ureinwohner zurückzugeben. Nach einer heftigen Verleumdungskampagne in der Presse, Demonstrationen der Siedler nutzten die französischen Sicherheitskräfte die Pogromstimmung aus, um Machoro und seinen Stellvertreter zu ermorden. Machoro wurde von hinten erschossen!

Der Plan der Regierung von Paris, Neukaledonien ab 1986 in die beschränkte Unabhängigkeit zu entlassen (Verteidigung und innere Sicherheit sollen weiter unter Kontrolle Frankreichs bleiben), für den ein Sonderbeauftragter, der Gaullist Pisani, nebenbei auch Chef der Bereitschaftspolizei, in Neukaledonien verhandeln sollte —, dieser Plan ist gescheitert. Die Kanakische Sozialistische Befreiungsfront hat angekündigt, in offener Rebellion gegen die Kolonialmacht zu kämpfen. Die „sozialistische" Regierung unter Mitterand reagiert wie eine klassische Kolonialmacht: sie hat am vergangenen Sonntag weitere 1000 Mann Gendarmerie und Polizei und 240 Fallschirmjäger auf die Insel geschickt.

Große Koalition in Hessen?


Walter Wallmann, Hessens CDU-Chef (rechts) mit seinem — vielleicht — neuen Partner Krollmann (SPD)

Zweimal hat jetzt eine Delegation der hessischen SPD unter Leitung von Walter Krollmann, Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident, mit den Grünen, mit FDP und CDU über ein künftige mögliche politische Zusammenarbeit in Hessen verhandelt. Konkret ging es um die anstehende Verabschiedung des Haushalts, aber auch um eine Koalition bzw. um Tolerierung.

Nach diesen zwei Gesprächsrunden sieht die Situation folgendermaßen aus: für die FDP erklärte ihr Generalsekretär Wolfgang Gerhardt, daß eine Zusammenarbeit mit der SPD für seine Partei nicht in Frage komme, weitere Gespräche deshalb sinnlos seien.

Die Grünen haben das Koalitionsangebot der SPD abgelehnt. Teile der Grünen möchten aber wohl die Tolerierungspolitik gegenüber der SPD fortsetzen. Karl Kerschgens etwa sprach davon, daß es gute Gründe gäbe, warum Grüne und SPD ein Stück des Weges zusammengehen sollten und forderte, einen „neuen Anfang der Tolerierung" zu wagen. Als Vorleistung in diese Richtung ist wohl die Bereitschaft der grünen Landtagsfraktion zu verstehen, den sozialdemokratischen Gesetzentwurf für die Einführung einer Förderstufe in den Schulen zuzustimmen. Damit wäre aber das Problem der hessischen Nuklearwirtschaft, das das alte „rot-grüne" Bündnis beendete, natürlich nicht vom Tisch.

Wallmann und die hessische CDU wollen eine große Koalition in Hessen. Das ist schon immer Wallmanns Ziel gewesen. Neu ist, daß es jetzt zum ersten Mal mit der SPD darüber Gespräche gab — übrigens die ersten Gespräche über eine politische Zusammenarbeit von SPD und CDU in Hessen seit 35 Jahren. Das allein ist also schon ein politischer Erfolg für die CDU. Neu ist auch, daß der CDU-Vorsitzende Wallmann jetzt offenbar der SPD Brücken bauen will und Kompromißbereitschaft signalisiert haben soll. Jedenfalls behauptet die „Frankfurter Rundschau", Informationen darüber zu haben, daß Wallmann der SPD jetzt eine Tolerierung über die gesamte Legislaturperiode hinweg angeboten hat.

Und die SPD? Die SPD hat sich noch nicht entschieden und würde wohl am liebsten nicht nur die endgültige Entscheidung, sondern auch die von der CDU geforderte „Richtungsentscheidung" auf einen Termin nach den Kommunalwahlen am 10. 3. vertagen.

Aber allein die Tatsache, daß die hessische SPD überhaupt mit der CDU über eine politische Zusammenarbeit verhandelt, ist schon Skandal genug. Denn anders als im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit den Grünen kann sich die SPD bei einer Zusammenarbeit mit der CDU nicht im geringsten auf den Willen der Wähler berufen. Im Gegenteil. Gerade die Wahl in Hessen war wie keine andere Landtagswahl auch eine Abstimmung über die Bonner Wende-Regierung. Das Ja zur SPD war ein eindeutiges Nein zur CDU. Geht die SPD mit der CDU zusammen, tritt sie den Wählerwillen mit Füßen, das steht fest.

Die meisten Sozialdemokraten scheint das aber nicht zu kümmern. Nicht nur Krollmann, der die Gespräche mit der CDU als ein Stück „begrüßenswerte politische Kultur" feierte, sondern auch der Fraktionsvorsitzende der hessischen SPD und der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd halten eine große Koalition für „vorstellbar". Und offenbar, um die CDU nicht zu verprellen, sollen vorerst auch zwei Gesetzesvorhaben, die schon erwähnte Einführung der Förderstufe und ein zusammen mit den Grünen entwickelter energiepolitischer Gesetzentwurf, nicht im Landtag verabschiedet werden.

Grundsätzliche Kritik von Sozialdemokraten an einer großen Koalition gibt es bisher zumindest nur vereinzelt. Aber auch für die Grünen in Hessen ist dies offenbar kein Thema. Leider.

Das Maß ist voll, Herr Minister!

Fortsetzung von Seite 1

Untersuchungsausschuß der Tempelhofer Bezirksverordnetenversammlung. Einige der Tatsachen, die zu der Sache „Sonnenschein" ermittelt wurden:

In der Regenwasserkanalisation wurden Bleimengen gefunden, die 40mal höher als gesetzlich zulässig waren. 34 Bodenproben, die in der Umgebung der Fabrik entnommen und untersucht wurden, ergaben Bleiwerte, die bis 500mal(!) höher als erlaubt waren. Ein Spielplatz in der Nähe des Werkes ist nach Untersuchungen des Bundesgesundheitsamtes mindestens seit 1979 bleiverseucht — der Boden wurde bis heute nicht ausgewechselt.

Bei Untersuchungen der Bewohner in der Umgebung des Werkes wurden höhere Bleiwerte als im Westberliner Durchschnitt festgestellt, die Krankheitsstatistik der „Sonnenschein"-Fabrik ist ebenfalls auffallend hoch. Schon lange geforderte Umweltschutzmaßnahmen werden von Schwarz-Schillings Firma ignoriert. Bewohner der Umgebung des Werkes sagen: *„Wenn es dunkel wird, fängt es an zu stinken."*

Und ein ehemaliger Arbeiter und Betriebsratsvorsitzender bestätigte Reportern des Magazins „Panorama", daß öfter Bleistaub einfach rausgeblasen wurde *„... das ging also voll raus, voll auf das Gelände, die Häuser waren zum Teil nicht mehr zu sehen."* Das Blei sucht sich dann schon einen Weg. In die Wohnhäuser, in die Kanalisation, in den Boden und nicht zuletzt in die nahegelegenen größten fleischverarbeitenden Betriebe Westberlins.

Nichts passierte bisher — im Gegenteil immer besser laufen die Geschäfte: Kein Wunder bei der Kundschaft der Firma Sonnenschein: Die Bundespost rüstet ihre Fahrzeuge mit „Sonnenschein-Batterien aus, das neue „Alpha"-Komforttelefon wird mit „Sonnenschein"-Produkten bestückt, die Absicherung des Telefonnetzes läuft auch über „Sonnenschein"-Batterien. Auch die Ausstattung der Leopard-Panzer mit „Sonnenschein"-Batterien ist bekanntgeworden — alle diese Aufträge kommen aus Bonn. Und noch mehr. Von 1983 bis 1986 wird die Weiterentwicklung von wartungsfreien „Sonnenschein"Batterien bis zu 50 Prozent aus dem Etat des Bundesforschungsministeriums bezahlt. Auch das ist nichts Neues. Von 1977 bis 1983 flossen 2463000 Mark Bundesmittel in Projekte der Firma des Herrn Schwarz-Schilling.

Im Geldmachen auf Kosten der Gesundheit der Menschen und des Steuerzahlers ist Schwarz-Schilling wirklich Meister. Endlich vorgeschriebene Umweltschutzmaßnahmen des Westberliner Betriebes läßt man sich auch noch subventionieren. Von sechs Millionen Mark Kosten für die Firmensanierung übernimmt der Berliner Senat zwei Millionen. Die Summe von 220000 Mark, die „Sonnenschein" davon zurückzahlen muß, werden nicht wie gesetzlich vorgeschrieben mit einem, sondern nur mit einem halben Prozent verzinst.

Neben diesen bewiesenen Fakten wollen auch Gerüchte über einen zweifachen „warmen Abbruch" der Firma nicht verstummen. Zwei Großbände auf dem Gelände haben 33 Millionen Mark Versicherungsgelder erbracht. Der Feuerwehr blieb nichts anderes übrig, als mit Lautsprecherwagen vor Giftgaswolken zu warnen. Die Brandherde waren verschlossen, Schlüssel waren nicht aufzutreiben. Heute findet sich keine Versicherung mehr bereit, den Betrieb zu versichern. Aber der Herr Schwarz-Schilling hat da genug Verbindungen und damit Geldquellen...

Der neue BDI-Präsident

Langmann: Drei Eckpunkte für ein leichteres Unternehmerleben

Die Unternehmer, das ist allseits bekannt, haben es schwer. Eigentlich ging es ihnen noch nie gut — zumindest wenn man ihren Beteuerungen auch nur entfernt Glauben schenkt. Dies drückte auch der neue BDI-Chef Hans Joachim Langmann in mehreren Gesprächen, die er mit der Presse in den ersten Januartagen führte, so aus.

Ein leichteres Unternehmerleben braucht nach Langmanns Ansicht heute vor allem drei Dinge: Weniger Steuern, weniger Sozialpläne und weniger „Fesseln" der Arbeitszeit. (Weniger Lohn natürlich sowieso).

Das sollen die Schwerpunkte seiner Verbandstätigkeit im politischen Raum sein, wobei er noch die Steuersenkung besonders hervorhebt und als konkretes Ziel für den Bundestag, der nach 87 amtiert, angibt.

„Kernpunkt ist, daß der einbehaltene Gewinn viel zu hoch besteuert wird und daß die ertragsunabhängigen Steuern ausgerechnet die schwachen Betriebe noch mehr schwächen." (Interview in „Wirtschaftswoche" 3/85).

Also: Es geht faktisch um die Senkung aller Steuern, sowohl die auf den Gewinn als auch auf die ertragsunabhängigen Steuern, was nicht zuletzt als Taktik zu verstehen ist, kleinere Betriebe mit auf diese Linie einzuschwören. Wie Langmann denn auch die Tatsache, daß der BDI ein Interessenvertreter der Großkonzerne ist, mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft mittlerer Unternehmer im Bundesvorstand widerlegen will. Ein reichlich schwaches, formales Argument, das vor allem bewußt beiseite läßt, daß in den verschiedenen konkret arbeitenden Ausschüssen eben die Großkonzerne ihre Vertreter haben. Und Langmann selbst, eingeheirateter Chef des Darmstädter Familienunternehmens Merck ist dafür ein gutes Beispiel. Denn sein Betrieb gehört mit rund 20000 Beschäftigten und 3 Milliarden Umsatz durchaus zu den Großkonzernen, wobei die finanziellen Verflechtungen der Familie noch gar nicht berücksichtigt sind.

Wobei er von jeher an wichtigen Stellen innerhalb der Kapitalistenverbände gearbeitet hat, keineswegs ein Blitzaufsteiger ist.

Lange Jahre war er bereits einer der BDI-Vizepräsidenten und Chef des Verbandes der chemischen Industrie — dessen Beherrschung durch die Großkonzerne ohne Zweifel mit am eindeutigsten ist. Langmann, der von vornherein erklärte, er werde das Amt des Präsidenten des BDI nur für eine Periode, also für zwei Jahre besetzen, darf deswegen keineswegs unterschätzt, als Übergangskandidat oder ähnliches betrachtet werden — auch wenn sein Nachfolger, vom Verband der Maschinenbaufirmen Tyll Necker bereits feststeht. Daß gerade jetzt ein Vertreter der Chemiekonzerne die Führung des BDI übernimmt, deutet im Gegenteil, bei dessen Bedeutung, seiner aktuellen wirtschaftlichen Lage und seiner Struktur daraufhin, daß es tatsächlich darum gehen soll, die genannten Forderungen massiv zu vertreten. Bei einem Kanzler, der traditionell enge Bindungen zur Chemieindustrie hat, dürften das für die Ziele der Kapitalisten keine ungünstigen Bedingungen sein.

Daß es darum geht, Druck zu machen, Entwicklungen zu beschleunigen, das zeigen auch seine verschiedenen Bewertungen der Regierungspolitik der Wende.

In bezug auf die „Lockerung arbeitsrechtlicher Fesseln":

„Es ist schon eine große politische Leistung, die Blüm auf einem Gebiet vollbracht hat, auf dem eigentlich niemand erwartet hat, daß sich noch etwas bewegen läßt. Aber der Sprung ist noch zu kurz geraten. So sind Zeitarbeitsverträge mit nur einem Jahr Laufzeit gerade für mittelständische Betriebe keine große Hilfe, denn für ein Jahr kann ja jeder Unternehmer — oder glaubt zumindest, es zu können — die Zukunft kennen. (...) Da müßte der Kündigungsschutz schon für drei Jahre aufgehoben werden, um die Unsicherheiten für die unternehmerische Entscheidung zu verringern. Auch die Sozialpläne belasten und mindern die Bereitschaft, Risiko einzugehen." (Wirtschaftswoche 3/85).

So werden, wie in anderen Veröffentlichungen auch, die Ziele kurz umrissen, stets in Richtung Erhöhung der Eigenkapitalquote. Angesprochen auf die Risiken dieses „freien Unternehmerlebens" plädiert er für das „Kavaliersdelikt".

Flick — so Langmann, das war ein einmaliger Ausrutscher — wenn überhaupt. Denn erstens wisse man noch gar nicht, was Sache sei und zweitens seien die Hauptschuldigen ja wohl „die Parteien". Der BDI sei keine Lobby, dafür sei er viel zu groß (ein Gedanke, an dem in der Tat einiges dran ist, denn eine bloße Lobby ist der BDI nun wirklich nicht). Bei mehr Spielraum für den Unternehmer in allen Bereichen mit etwas mehr Risiko leben:

„Ich will das Problem Mißbrauch gar nicht bagatellisieren. Wer aber Wirtschaftspolitik unter der Prämisse macht, daß sich die Unternehmerschaft oder so verhält, der kann keine Wirtschaftspolitik betreiben. (...) Die Bundesrepublik besitzt eine Unternehmerschaft, die sich in der allerbreitesten Mehrheit sozial außerordentlich verantwortlich fühlt. Hierin kann man Vertrauen setzen und die Politik sollte es tun. Wer alles für jeden Einzelfall richtig machen will, der wird nie etwas erreichen."

Nach den Genfer Gesprächen:

Welche „deutsche Interessen" sind gewahrt?

Das war die Einschätzung des Bundesaußenministers zum Ergebnis der Genfer Gespräche: Die deutschen Interessen seien gewahrt worden. Deshalb seien diese Gespräche zu begrüßen.

Sieht man einmal davon ab, daß angekündigt wurde, man werde miteinander verhandeln (und bereits über die Umstände gibt es Auseinandersetzungen) so haben diese Genfer Gespräche — außer endlosen Fernsehberichten — in der Tat kein echtes Ergebnis gehabt. Zumindest keines, das sich irgendwie in Richtung Friedenssicherung real auswirken würde. Was realistischerweise auch zu erwarten gewesen war und was in den Tagen vorher ganz plötzlich auch zum allgemeinen Einverständnis hochgeschaukelt wurde.

Man werde, so Gromyko und Shultz, über alles verhandeln, über alle Waffenformen und Systeme. Und eben darin sah der bundesdeutsche Außenminister die Wahrung „deutscher Interessen": daß auch über die Mittelstreckenraketen gesprochen werden solle.

Nun wird es sicherlich wenig gemeinsame „deutsche" Interessen geben zwischen jenen, die den Beschluß zur Stationierung neuer Atomraketen gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchgepeitscht haben und eben jenen, die sich dagegen ausgesprochen hatten.

Ebenso, wie es wenig sichtbare oder vernünftige Gründe für gemeinsame Interessen zwischen Rüstungsgewinnlern etwa und all jenen gibt, die den Hochrüstungskurs der BRD mit Sozialabbau und Arbeitslosigkeit bezahlen müssen.

Diese Lüge Genschers ist natürlich vom Standpunkt eines Ministers eines imperialistischen Staates wahrscheinlich und erwartet, dafür aber nicht wahrer. Regelrecht zynisch aber wird es, wenn dies ausgerechnet mit beabsichtigten Gesprächen über Mittelstreckenraketen begründet wird — die, die da „reden" wollen, sind immerhin jene, die Europa mit diesen Waffen überzogen haben.

Im Gegenteil: Die Genfer Gespräche haben bestätigt, was zu erwarten gewesen war: Daß keine Hoffnung darauf gesetzt werden darf, daß aus Gesprächen dieser Regierungen Maßnahmen zur Sicherung des Friedens hervorgehen könnten.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Kritik des Städtetages:

Bundesregierung läßt die Städte bezahlen

Nach wie vor tief in der Krise befinden sich die bundesdeutschen Städte. In einer Erklärung zur Jahreswende übte der Dortmunder Oberbürgermeister Günter Samtlebe massiv Kritik an der Bundesregierung.

„Beispiellos“ nannte Samtlebe dabei die Einsparmaßnahmen, die die Städte in den letzten Jahren vollzogen hätten. Er rang sich sogar ab, sie an einigen Punkten als „zu weitgehend“ zu bezeichnen.

Nun ist es sicher nicht so, daß die Städte heutzutage überhaupt keinen Spielraum mehr hätten, den sie durch politische Entscheidungen füllen könnten, als sie nur noch Erfüllungsgehilfe oberer Instanzen wären. Die eigene politische Verantwortung für Rotstiftpolitik im sozialen und kulturellen Bereich kann auch Samtlebe nicht abstreiten.

Aber es ist andererseits ohne Zweifel eine Tatsache, daß dieser Spielraum tatsächlich immer mehr eingeengt wird und dies gerade durch die Politik der Bundesregierung.

Wenn die bundesdeutschen Städte rund 1 Milliarde Mark an Sozialhilfe für Arbeitslose bezahlen müssen, so stellt dies zwar erst etwa 6 Prozent des Gesamtaufkommens für Sozialhilfe dar. Aber es ist der Teil der am stärksten gewachsen ist — und von dem absehbar ist, daß er weiterhin derjenige sein wird, der am stärksten wachsen wird. Dazu tragen die konkreten Beschlüsse der Regierung bei, bzw. sind gar die Ursache dieser Entwicklung.

Wenn die Bundesanstalt für Arbeit im letzten Jahr 3 Milliarden Überschuß gemacht hat, so waren offensichtlich zwei davon auf Kosten der Arbeitslosen, eine auf Kosten der Stadtkassen.

Die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur weiteren Verarmung der Arbeitslosen, die ab Jahresbeginn gelten, werden sicherlich dazu führen, daß es den Arbeitslosen noch schlechter gehen wird. Und daß auch die Sozialhilfebeträge zu Lasten der Städte weiter steigen werden. Ein Stoltenberg wird sich dann weiter als „Sanierer“ feiern lassen...

Aus allen Parteien und Bundesländern:

Landtagsabgeordnete beklagen Zentralismus

Nach über einem Jahr gegenseitiger Konsultationen sind die Vertreter der Landtagsabgeordneten aller Bundesländer in der letzten Woche mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit getreten. Dort beklagten sie den zunehmenden Zentralismus, der von Bonn ausgehe.

Die Landesparlamente, so hieß es in der Pressekonferenz, wollten nicht mehr hinnehmen, daß der Bundestag in eigener Machtvollkommenheit Zuständigkeiten der Länder an sich ziehe, ohne daß die Landtage sich dagegen wehren könnten. Sie forderten eine dementsprechende Änderung des Grundgesetzes, das in seiner gegenwärtigen Verfassung einem solchen Verhalten Tür und Tor öffne.

Bedeutsam ist dabei — ausgesprochen lauwarme — Protest, der zudem noch abgewertet wurde durch „optimistische“ Prognosen in dieser Frage aus zwei Gründen. Einmal wegen seiner Einheitlichkeit, alle Parteien, alle Länderparlamente waren vertreten. Zum zweiten, weil hier erstmals von dieser Ebene aus Protest erhoben wird — von Seiten des Städtetages kamen bereits des öfteren Proteste in die ähnliche Richtung anhand konkreter Politik.

Den Prozeß der Zentralisierung gibt es in der Tat. Und zwar in allen Bereichen, keineswegs etwa nur im Bildungsbereich. Nahezu die gesamte Tätigkeit von Landtagen heute besteht in der Bearbeitung von Maßnahmen aus Bonn, den Städten werden ihre Haushalte beispielsweise weitgehend vorgeschrieben.

Eine solche Entwicklung ist keineswegs neu — zumindest aus der Weimarer Republik der Jahre bis 33 (die ja von Beginn an weit zentralistischer organisiert war) gab es im Zuge der Vertiefung krisenhafter Erscheinungen die eindeutige Tendenz, alle Entscheidungen immer mehr zu zentralisieren. Ein möglichst weitgehend zentralisierter Staatsapparat ist immer auch eine Voraussetzung dafür, daß er möglichst schlagkräftig ist. Diese Tendenz hat sich bisher in der BRD wiederholt, beziehungsweise wiederholt sich gerade in den letzten Jahren sehr deutlich.

Wenn nun ausgerechnet Landtagsabgeordnete dagegen protestieren, so ist sicher eine Quelle des Protests der eigene Zugang zu Machtpositionen, der damit zunehmend beschränkt wird. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit diesem Protest eine Frage aufgeworfen wird, die künftig zunehmend wichtiger werden kann, auch im Rahmen des Kampfes um die Erhaltung demokratischer Rechte — oder um ihre Ausweitung.

Prozeßvertagung:

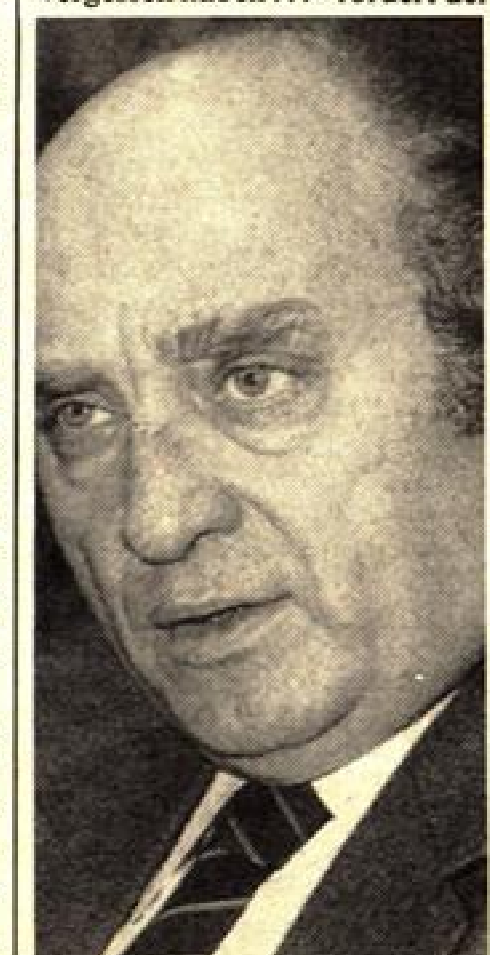
Durchaus in Lambsdorffs Sinn

Bereits wenige Tage nach seinem aufgeblasenen Protest wird sichtbar, daß die Verschiebung des Prozeßbeginns gegen Lambsdorff und Co. durchaus im Interesse der Angeklagten liegt.

Dies nicht nur, weil diese Verschiebung früheren Anträgen der Verteidigung entspricht. Sondern vor allem, weil immer deutlicher wird, daß es sich um eine recht langfristige Verschiebung handelt. Bereits jetzt wird davon gesprochen, daß ein Prozeßbeginn nicht vor dem Sommer zu erwarten ist.

Das ist Zeitgewinn — denn es werden Fakten geschaffen und es besteht Hoffnung, daß mit der Zeit auch der öffentliche Druck abnimmt. Fakten werden so geschaffen: In einem weiteren Urteil des Amtsgerichts Köln wurde ein Kölner Lebensmittelhändler nur noch wegen einer Ordnungswidrigkeit verurteilt, nicht mehr wegen Steuerbetrugs. „Ein Präzedenzfall“ — so wird im „Handelsblatt“ gehofft.

Im Raum steht weiterhin die Hoffnung auf die — für die Angeklagten positiven — Konsequenzen aus einem ausgesprochen bestechungsfreudigen Urteil des Bundesfinanzgerichts, das sich auf die Propagandformel der Unwissenheit zurückzog. Nach dem Motto „was können die dafür, wenn sie die von ihnen gemachten Gesetze vergessen haben...“ fordert der



Finanzgerichtshof einen exakten Nachweis der absichtlichen Betrügerei und setzt so selbstverständlich einen wachsenden Freiraum für eine heimliche Amnestie. Daß die Chefrichter dort der größten Regierungspartei sehr nahe stehen, dürfte niemanden überraschen.

So ist deutlich, daß diese Vertagung in jeder Hinsicht nur im Sinn der Angeklagten wirkt, zumal täglich deutlicher wird, daß es keine Anstrengungen etwa von Seiten der SPD (oder auch des DGB) gibt, hier endlich Maßnahmen zu fordern und der „kalten Amnestietaktik“ der Bundesregierung einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Lambsdorffs Attacke gegen die Justiz und die Landesregierung NRW (und letztere hatte ja wahrhaft vom Beginn an sich wirklich „staatstragend verhalten“) kann so nur noch als Versuch gewertet werden, eben diesen so geschaffenen Spielraum voll auszunutzen. Einen „Entlastungsangriff“ nannten wir es letzte Woche. Heute muß man dazusetzen: In einer günstigen Situation und durchaus vielversprechend...



Wirtschaftliche Interessen bei der Verkabelung...

Aus Anlaß der Ausrufung des „Jahr 1“ der neuen Medien, zu dem die Konzerne 1985 erkoren haben (vor allem wegen des Starts des Privatfernsehens) beginnen wir heute eine lockere Folge von Artikeln, die Hintergrund, Interessen und Probleme insbesondere der Verkabelung darstellen sollen. In diesem Artikel — ein kurzer Auszug aus der Göttinger Broschüre „Verkabelung und Bildschirmtext“ vom Dezember 1983 — geht es vor allem um eine Darstellung der gesamten wirtschaftlichen Dimension dieses Projektes, sowie um die Rolle von Siemens.

Die gewichtigste Macht, die eine Verkabelung der Bundesrepublik vorantreibt, besteht in der Gruppe mächtiger Unternehmen, die an der Verlegung der Kabel, der Einrichtung von Postvermittlungsstellen und schließlich am umfangreichen „Endgerätemarkt“ Milliarden verdienen will. Es geht dabei um einen schier unvorstellbar großen Markt, bereits 1982 betrug der Umsatz von Produkten und Dienstleistungen auf dem Sektor der Informationstechnologie 73 Milliarden Mark, bis 1990 erwartet das renommierte Beratungsinstitut Diebold einen Anstieg auf 135 Milliarden Mark. Allein für die Einrichtung weiterer 20 Bildschirmtext-Zentralen will die Post bis 1986 500 Millionen Mark an Steuergeldern ausgeben. Für die Hersteller von Farbfernsehgeräten eröffnet sich bei der Bildschirmtexteinführung ein möglicher Markt von 32 Milliarden Mark, wenn man langfristig an den möglichen Verkauf von ca. 16 Millionen Farbfernsehern mit BTX-Eignung denkt. Allein der Computermarkt der BRD hat 1983 voraussichtlich ein Volumen von ca. 10 Mrd. Mark. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) schätzt, daß der Markt für das „Büro der Zukunft“ und seine Geräte entsteht, also alles, was mit Kommunikationstechnologie zu tun hat, weltweit ein Volumen von 320 Mrd. Mark (Produktionswert) erreichen wird.

Diese Dimensionen machen deutlich, daß gewaltige Kräfte in der Weltmarktkonkurrenz darum kämpfen werden, ein möglichst großes Stück von diesem Marktvolumen für sich zu gewinnen. Die notwendige Strategie legen BRD-Wirtschaftsbosse gelegentlich bei Fernsehdiskussionen offen:

Bisher haben die Japaner stets neue Produkte so schnell eingeführt, daß sie durch die Massenfertigung der ersten Gerätegeneration bereits sehr viel verdient haben. Gleichzeitig haben sie durch den früheren Einstieg in den Markt sehr schnell eine neue Generation mit verbesserten Geräten auf den Markt bringen können, bevor die anderen Firmen überhaupt richtig mit der ersten, weniger entwickelteren Gerätegeneration nachgezogen waren. Damit waren diese Firmen dann erledigt. Jetzt kommt es darauf an, die Nase soweit vorne zu haben, daß dies nicht wieder passiert.

Diese Strategie der Konkurrenz um die höhere „Innovationsgeschwindigkeit“ beinhaltet, daß die neuen Technologien auf Teufel komm raus in der BRD durchgesetzt werden müssen, um möglichst schnell auf der Basis einer durchgeführten Verkabelung die Endgeräte zu erproben und mit einer ausgereiften Technologie auf den Weltmarkt vorstoßen zu können. Obwohl den Planern klar ist, daß die „soziale Akzeptanz“ sehr wichtig ist bei der Durchsetzung der neuen Technologien, erlaubt der internationale Konkurrenzdruck natürlich wenig Rücksicht auf eine Kritik aus der Bevölkerung. Für die Planer stellt sich nicht die Frage, ob ein Bedarf der Bevölkerung existiert sondern es geht lediglich darum, wie man am schnellsten diesen z.Z. nicht existierenden Bedarf weckt, wie man mit den geeigneten Propagandakampagnen die „soziale Akzeptanz“ sichert. Das psychologische Hintergrundwissen hat man sich bereits in den Begleitforschungen zu den Pilotprojekten angeeignet.

Wir sollen also zustimmen, daß mit Steuergeldern ein teures Kabelnetz geschaffen wird, daß ebenfalls mit Steuergeldern die Vermittlungsstellen der Post eingerichtet werden, damit anschließend die mit Steuergeldern bezahlte Forschung der Siemens AG und die damit entwickelten Geräte auf dem Markt erprobt werden können. Soweit diese Geräte für die privaten Haushalte vorgesehen sind, müssen sie ebenfalls vom Steuerzahler finanziert werden, obwohl ihre Anwendung zum Kontoführen, Waren bestellen usw. eigentlich Investitionen bei den Anbieterfirmen einspart; die Anschlüsse der Post wie auch die laufenden Gebühren kommen dann noch hinzu. Der Einsatz der Endgeräte in den Unternehmen wird zwar ausnahmsweise nicht von Steuergeldern bezahlt aber er führt direkt zur Reduzierung der Beschäftigtenzahl. An Siemens wurden vom Bundesforschungsministerium im Laufe von zehn Jahren insgesamt 4,5 Mrd. Mark aus Steuergeldern gezahlt, z.Z. beläuft sich der jährliche Betrag, den Siemens erhält auf 150 bis 170 Millionen Mark. Dabei muß man wissen, daß Siemens inzwischen eine Barsumme von 11 Milliarden Mark (!!) als Rücklage aufgehäuft hat und einige Wirtschaftsleute bereits witzeln „Siemens, das ist eine Bank mit angeschlossenen Elektrowerken“. Hier werden also unvorstellbare Summen verschoben, während im Sozialbereich die menschenunwürdigsten Schnüffeleien und Unterstellungen stattfinden, um diesem oder jenem Sozialhilfeempfänger ein paar Mark zu kürzen.

Riesenkonzerne wie Siemens mit seinen 340000 Beschäftigten und einem Finanzguthaben von 11 Mrd. Mark haben in diesem ganzen Geschäft ihre Finger auch in den politischen Entscheidungsprozessen. Diese bekannte Tatsache soll nur an ein weiteres Beispiel illustriert werden: **Der gegenwärtige Bundesforschungsminister Riesenhuber der CDU war vor seiner Ministerzeit eine Art Klinkenputzer für Siemens im Forschungsministerium**, er stand dort ständig auf der Matte, um weitere Gelder für die Siemens-Forschung lockerzumachen. Siemens z.B. hat sich auf den Endgerätemarkt spezialisiert, auf Teletex-Geräte, auf BTX-Telefongeräte, bei denen der kleine Bildschirm mit im Telefon integriert ist, Telefax-Geräte usw. IBM hat wie bekannt ist, die Einrichtung der BTX-Zentralen übernommen, AEG steigt besonders in die Verkabelung ein, und so hat ein jeder auch schon seinen Claim abgesteckt wobei natürlich gelegentlich noch erhebliche Differenzen entstehen können. (...)

Die BRD hat z.B. gegenüber den USA in der „Netzfrage“ den Vorteil, daß die Bundespost ein einheitliches Netz garantiert, während in den USA eine Vielzahl verschiedener Unternehmen in Konkurrenz zueinander unterschiedliche Netze betreiben. Hierin könnte die Chance des BRD-Kapitals liegen, durch möglichst schnelle Entwicklung zum „Mekka“ der technischen Kommunikation zu werden und diesen appetitlichen Happen vor Augen, ist man auch zu einem entsprechenden blindwütigen Vorantreiben der Verkabelung bereit.

Rechte der Personalräte verteidigen

Fortsetzung von Seite 1

Aus dieser Liste der von der CDU als verfassungswidrig angegriffenen Mitbestimmungsrechte der Personalräte wird auch deutlich, daß die Bedeutung dieser Auseinandersetzung weit über Hessen, aber auch weit über den öffentlichen Dienst hinausreicht. Wenn die CDU mit ihrem reaktionären Vorstoß in Hessen durchkäme, würde das zweifellos Bestrebungen im Unternehmerlager und innerhalb der Bonner Koalitionsparteien beflügeln, die Rechte der Personal- und Betriebsräte weiter abzubauen.

Um in dem anstehenden Verfahren vor dem hessischen Staatsgerichtshof überhaupt als Verfahrenspartei auftreten zu können, muß der hessische DGB den gesetzlichen Vorschriften entsprechend bis zum 15. Februar 40757 Unterschriften beim hessischen Staatsgerichtshof vorlegen. Diese Unterschriften werden zur Zeit gesammelt. Jede dieser Unterschriften muß zudem amtlich beglaubigt werden, was üblicherweise eine Gebühr von 5,— DM kostet. Der DGB-Landesbezirk erstattet jedem Unterzeichner diese Gebühr.

Die hessische ÖTV hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum 8. Februar 50000 Unterschriften zu sammeln. Um dem DGB Zugang zum Verfahren vor dem hessischen Staatsgerichtshof zu verschaffen, aber auch um Entschlossenheit und Solidarität gegenüber den Angriffen der Reaktion auf die Rechte der Personal- und Betriebsräte zu bekunden, gilt es diese Unterschriftensammlung nach Kräften zu unterstützen.

Skandalöses Urteil des Bundesarbeitsgerichts

Meinungsfreiheit à la BAG

Von einem extrem reaktionären Urteil des zweiten Senats des Kasseler Bundesarbeitsgerichts ist zu berichten. Ein Unternehmer erhielt Recht zugesprochen, der einem Auszubildenden die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis verweigert hatte, weil der junge Kollege in einer Schülerzeitung im Zusammenhang mit dem AKW Brokdorf folgendes geschrieben hatte:

„Die Gewalt, die hier von Staat und Wirtschaft ausgeübt wird, rechtfertigt jede Art von Widerstand. Dies soll kein Aufruf zu Gewalttaten sein, sondern vielmehr klarmachen, daß sich (. . .) dem Staat unliebsame Leute nicht in ‚gewalttätige' und ‚gewaltlose' Lager spalten lassen sollen."

Der Unternehmer begründete die Nichtübernahme wie folgt: Ein solcher Bewerber lasse befürchten, daß er seine Grundsätze auch im Betrieb zu verwirklichen suche, wenn er glaube, daß die betreffende Situation Gewaltanwendung rechtfertige. Das Bundesarbeitsgericht entschied, daß diese Begründung nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht sachfremd oder willkürlich ist.

Festzuhalten ist, daß es sich hier um eine Meinungsäußerung außerhalb des Betriebes handelt, die in keinem Zusammenhang mit betrieblichen Angelegenheiten und geschäftlichen Interessen der betreffenden Firma steht. In der Tendenz könnte das Urteil zu einer Entwicklung der BAG-Rechtsprechung führen, die es für den Unternehmer als unzumutbar erklärt. Leute zu beschäftigen, deren politische Überzeugungen seinen Klasseninteressen widersprechen.

Und auch jene Gewerkschaftskreise, die in der Gewaltfrage stets katholischer als der Papst sind, sollten die Scheuklappen kurz von den Augen nehmen: der junge Mann hat sich noch nicht einmal für Gewalt ausgesprochen, sondern lediglich versucht, den üblichen Versuchen der Reaktion, fortschrittliche Bewegungen über die Gewaltfrage zu spalten, entgegenzutreten.

Lehrstellen in Höhe von 10 Prozent der Arbeitsplätze!

Wie weit entfernt von dieser völlig richtigen Forderung der Gewerkschaftsjugend die tatsächlichen Zahlen sind, zeigt die untenstehende Statistik wichtiger ausgewählter Großkonzerne.

Einige Kommentare sind zum Verständnis der Tabellen sicher noch angebracht.

Die Inlandsbeschäftigtenzahlen dieser 44 Großkonzerne lag 1984 bei zusammen gut 2,6 Millionen abhängig Beschäftigter. Die Ausbildungsplätze lagen bei 159000 — also gut 6 Prozent. Allein bei diesen wenigen Konzernen würde die 10-Prozent-Quote bedeuten, daß rund 100000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen würden.

Einige der Konzerne, Banken und Handelsunternehmen, haben eine Quote von schon heute um die 10 Prozent — Hintergrund ist hier, daß die Auszubildenden in diesen beiden Bereichen oft als billige Arbeitskräfte schon während der Ausbildung ausgebeutet werden.

Besonders niedrig in den Quoten liegen insbesondere die Automobilkonzerne — Spitzenreiter ist hier Ford mit gerade 2,7 Prozent! Angesichts der gerade in den Betrieben der Großindustrie vorhandenen technischen Anlagen und Einrichtungen wird deutlich, welche Kluft noch zwischen den Forderungen und der Realität bestehen — tragen wir das in unseren Kräften stehende bei, die Kluft zu schließen.

Unternehmen	Inlandsbeschäftigte				Lehrstellen				Ausbildungsquote (in Prozent)			
	1981	1982	1983	1984*	1981	1982	1983	1984*	1981	1982	1983	1984*
Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH, Hamburg	26 500	32 983	31 565	30 000	981	1 191	1 270	1 250	3,7	3,8	4,0	4,2
Allianz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, München**	14 171	14 127	13 924	—	1 342	1 388	1 439	—	9,5	9,8	10,3	—
BASF AG, Ludwigshafen	87 835	87 553	86 093	86 944	5 621	5 691	5 854	6 086	6,4	6,5	6,8	7,0
Bayer AG, Leverkusen	63 492	63 024	61 341	60 448	3 699	3 798	3 926	4 060	5,8	6,0	6,4	6,7
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München	10 674	10 549	10 408	10 228	939	875	884	910	8,8	8,3	8,5	8,9
Bayerische Motoren Werke AG, München	39 040	39 427	41 552	43 335	1 680	1 790	1 920	2 030	4,3	4,5	4,6	4,7
Bayerische Vereinsbank AG, München	11 118	11 388	11 454	—	997	1 013	1 024	—	9,0	8,9	8,9	—
Commerzbank AG, Frankfurt	16 635	16 669	16 961	17 183	1 655	1 669	1 741	1 860	9,9	10,0	10,3	10,7
co op AG, Frankfurt	38 698	42 605	41 866	39 648	2 500	2 500	2 500	2 500	10,2	10,8	11,3	—
Daimler-Benz AG, Stuttgart	148 361	148 411	150 601	150 888	7 865	8 020	8 268	8 450	5,3	5,4	5,5	5,6
Degussa AG, Frankfurt	12 648	12 359	12 209	12 737	584	601	633	703	4,6	4,9	5,2	5,5
Deutsche Babcock AG, Oberhausen	22 325	22 993	20 939	18 710	1 228	1 265	1 298	1 272	5,5	5,5	6,2	6,8
Deutsche Bank AG, Frankfurt	33 603	33 892	34 045	34 300	4 025	4 186	4 367	4 480	12,0	12,4	12,8	13,1
Deutsche BP AG, Hamburg	9 900	9 400	8 300	7 500	398	329	281	282	4,0	3,5	3,4	3,8
Deutsche Bundesbahn, Frankfurt	320 227	313 331	301 643	292 401	28 637	23 753	18 369	16 000	8,8	7,4	5,9	5,5
Deutsche Bundespost, Bonn	511 053	513 077	509 611	510 642	19 541	14 340	14 564	16 116	7,4	7,3	7,4	7,6
Deutsche Shell AG, Hamburg	4 880	4 611	4 362	4 116	231	219	232	238	4,7	4,8	5,3	5,8
Deutsche Texaco AG, Hamburg	4 838	4 636	4 499	4 321	124	119	118	120	2,6	2,6	2,6	2,8
Deutsche Unilever GmbH, Hamburg	34 680	32 327	30 724	—	881	887	983	—	2,5	2,7	3,2	—
Dresdner Bank AG, Frankfurt	23 676	23 418	23 235	23 253	2 498	2 553	2 732	2 864	10,6	10,9	11,8	12,3
Esso AG, Hamburg	4 592	4 508	4 216	3 900	110	106	109	133	2,4	2,4	2,8	3,4
Feldmühle AG, Düsseldorf	8 819	8 536	8 457	8 690	285	300	323	375	3,2	3,5	3,8	4,3
Ford-Werke AG, Köln	38 752	38 258	37 632	36 517	848	876	941	950	2,2	2,3	2,5	2,6
GHH-Gutehoffnungshütte Aktienverein, Oberhausen	88 402	81 168	75 746	69 500	5 826	5 626	5 603	5 400	6,6	6,9	7,4	7,8
Henkel KGaA, Düsseldorf	12 134	12 469	11 958	11 919	573	559	597	618	5,0	4,8	5,2	5,7
Hoechst AG, Frankfurt	100 404	99 463	98 044	—	5 020	5 450	5 730	—	5,0	5,5	5,8	—
Hoesch AG, Dortmund	39 857	36 486	33 732	32 489	1 724	1 622	1 577	1 628	4,3	4,5	4,7	5,0
Philipp Holzmann AG, Frankfurt	9 686	9 887	10 304	10 071	680	740	845	853	7,0	7,5	8,2	8,5
Karstadt AG, Essen	70 900	66 300	63 500	61 000	6 053	5 315	4 977	5 204	9,8	9,2	9,1	10,2
Fried. Krupp GmbH, Essen	76 135	72 273	67 162	58 505	4 157	4 233	4 320	4 096	5,5	5,9	6,4	7,0
Mannesmann AG, Düsseldorf	78 505	83 545	78 211	74 474	3 768	4 261	4 380	4 394	4,8	5,1	5,6	5,9
Adam Opel AG, Rüsselsheim	59 098	57 772	58 062	57 239	1 552	1 579	1 688	1 864	2,6	2,6	2,9	3,2
Preussag AG, Hannover	16 990	16 743	16 768	16 702	660	787	892	1 000	3,9	4,7	5,3	6,0
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen	22 945	23 159	23 442	23 716	1 080	1 125	1 145	1 439	4,8	4,8	4,9	6,1
Ruhrgas AG, Essen	2 911	2 951	2 917	2 966	80	87	91	105	2,8	2,9	3,1	3,6
Ruhrkohle AG, Essen	129 084	126 636	122 257	115 729	11 468	11 650	11 618	11 573	8,9	9,2	9,5	10,0
Salzgitter AG, Salzgitter	56 944	55 455	51 491	—	3 425	3 565	3 524	—	6,0	6,4	6,8	—
Adolf Schaper, Hannover	8 357	8 441	8 739	9 089	467	496	629	748	5,6	5,9	7,2	8,2
Siemens AG, München	178 800	169 800	161 900	—	11 620	11 490	11 580	—	6,5	6,8	7,2	—
Unternehmensgruppe Tengelmann, Mülheim	36 693	37 018	39 225	38 636	4 843	4 997	5 766	6 568	13,2	13,5	14,7	17,0
Thyssen AG, Duisburg	125 200	122 200	116 300	108 000	6 900	6 800	7 000	7 100	5,5	5,6	6,0	6,6
Veba AG, Düsseldorf	76 563	75 119	72 157	71 036	4 512	4 654	4 912	5 207	5,5	5,8	6,4	6,8
Victoria-Versicherungen, Düsseldorf**	3 308	3 324	3 900	3 850	519	552	549	504	15,7	16,6	14,1	13,1
Volkswagenwerk AG, Wolfsburg	116 418	115 078	110 595	110 853	3 653	3 805	3 927	4 120	3,1	3,3	3,6	3,7

* Geschätzt. ** [illegible]

Arbeitsgericht Frankfurt:

Aussperrung in Hessen rechtswidrig

Die 13. Kammer des Arbeitsgerichts Frankfurt hat die Aussperrung von 33000 Arbeitern und Angestellten im Mai 84 während des Kampfes für die 35-Stunden-Woche wegen Verstoßes gegen den § 29 der hessischen Landesverfassung für unrechtmäßig erklärt. Der § 29 der hessischen Verfassung enthält ein Aussperrungsverbot.

Auf den Streik von 33000 Metallern in Hessen hatten die Unternehmer mit der Aussperrung von 33000 weiteren Beschäftigten reagiert, obwohl die hessische Landesverfassung die Aussperrung verbietet. Schon damals war diese Aussperrung zunächst vom Frankfurter Arbeitsgericht für unzulässig erklärt worden. Dieses positive Urteil wurde aber fünf Tage später in zweiter Instanz vom Landesarbeitsgericht wieder aufgehoben.

Das Landesarbeitsgericht hatte damals unter Berufung auf ein Bundesarbeitsgerichtsurteil den Standpunkt der Unternehmer übernommen, daß die Aussperrung ein bundesrechtlich verankertes Mittel des Tarifkampfes sei, daß das Aussperrungsverbot der hessischen Landesverfassung deshalb nach dem Grundsatz „Bundesrecht bricht Landesrecht" wirkungslos sei.

Tatsächlich hat das Bundesarbeitsgericht 1980 die Aussperrung mit bestimmten Einschränkungen und unter speziellen Voraussetzungen für zulässig erklärt. Grundvoraussetzung für das BAG-Urteil von 1980 ist, daß es sich um einen eng geführten Teilstreik (im Gegensatz etwa zu einem Flächenstreik) handelt.

Die IGM vertrat vor dem Arbeitsgericht die Auffassung, daß dieses BAG-Urteil keine Anwendung finden könne, weil es sich beim Kampf für die 35-Stunden-Woche nicht um einen „enggeführten Teilstreik", sondern um eine „breit gefächerte Kampfmaßnahme" gehandelt habe. Außerdem sei eine bundeseinheitliche Regelung der Frage der Aussperrung nicht gegeben, weshalb der Grundsatz satz, daß Bundesrecht Landesrecht breche, gar nicht angewandt werden könne.

Der Arbeitgeberverband Metall hat gegen das Urteil Berufung angekündigt.

BMW /Westberlin:

Die unentliche Geschichte geht im neuen Jahr weiter

Der Kampf der drei entlassenen BMW-Gewerkschafter Rainer Knirsch, Hans Köbrich und Peter Vollmer für ihre Wiedereinstellung wird wohl auch im neuen Jahr noch lange andauern. Das muß jedenfalls aus der Tatsache geschlossen werden, daß die 51. Kammer des Berliner Arbeitsgerichts in erster Instanz den Versuch Rainer Knirschs hat scheitern lassen, schon jetzt eine Verhandlung über seine 3. und 4. Kündigung zu erreichen. Das Gericht entschied, das Verfahren über die 3. und 4. Kündigung müsse ausgesetzt werden, bis letztinstanzlich über die 1. und 2. Kündigung entschieden worden ist.

Diese Entscheidung begünstigt die BMW-Strategie der Kettenkündigungen, also erfolgreiche Kündigungsschutzklagen mit neuen Kündigungen zu unterlaufen. Nach dieser Rechtsprechung würde selbst eine rechtskräftige, also letztinstanzliche Aufhebung der alten Kündigungen gegen die drei Kollegen nicht zu einem Weiterbeschäftigungsanspruch führen, weil über die später ausgesprochenen Kündigungen ja noch nicht verhandelt worden ist.

Während der Marsch durch die Gerichtsinstanzen sich hinzieht, entwickelt sich die Solidarität mit den drei BMWlern ausgesprochen schwungvoll und beeindruckend. Es ist aus Platzmangel schlechterdings unmöglich, die vielen Bekundungen der Solidarität von Betriebsräten, Gewerkschaftern, gewerkschaftlichen Gremien zu dokumentieren.

Nach dem Verband der Motorradclubs Kuhle Wampe hat sich nun auch der Westberliner Motorradclub Friedrich Angels e. V. aktiv in die Solidaritätsbewegung eingereiht. In der Pressemitteilung des Klubs heißt es:

„Wir werden

- alle uns bekannten Motorradfahrer/innen fragen, ob sie vor eine Kaufentscheidung für eine BMW überlegt haben, ob ein Produkt dieser Firma im Einklang mit ihrer Auffassung von betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit steht;
- uns bekannte Fahrlehrer und Fahrschüler fragen, ob sie als Gewerkschaftskollegen nicht ihre Kauf- oder Schulungsentscheidungen zugunsten anderer Fabrikate treffen wollen;
- Presse und Rundfunk, Geschäfts- und Betriebsleitung von BMW sowie die IG Metall im Verwaltungsbezirk Berlin so lange mit unseren Auffassungen von Rechtsstaatlichkeit konfrontieren, bis die drei BMW-Kollegen wieder mit vollen Rechten am Arbeitsplatz sind."

Das Westberliner Solidaritätskomitee meldet dazu, daß einige Motorradfahrer begonnen haben, die Bestellung neuer Maschinen bei BMW von der Rücknahme der Entlassungen abhängig zu machen.

Bereits Ende November haben ca. 30 Berliner IG-Metall-Mitglieder einen Antrag auf Durchführung eines Untersuchungsverfahrens mit dem Ziel des Ausschlusses aus der Gewerkschaft gegen die Betriebsräte der „Mannschaft der Vernunft" gestellt, weil diese Betriebsräte für ihre Wahl Druckmittel des Arbeitgebers in Anspruch genommen, den Kündigungen gegen die drei BMW-Gewerkschafter unkritisch zugestimmt hätten und der Aufforderung der IG Metall zum Rücktritt nach der in erster Instanz erfolgreichen Wahlanfechtung nicht nachgekommen seien. Eine Information darüber, ob die Ortsverwaltung der IG Metall über diesen Antrag bereits entschieden hat, liegt uns bis zum Redaktionsschluß nicht vor.

Schon Anfang Dezember letzten Jahres hatte Bernd Köppl von der AL-Fraktion eine kleine Anfrage an den Westberliner Senat gerichtet, die wir unten im Wortlaut dokumentieren.

Bernd Köppl
AL-Fraktion 3.12.84

Kleine Anfrage
über Vollgas der Bayerischen Motorenwerke beim Rausschmiß von Mitarbeitern

Ich frage den Senat:

1. Ist der Senat der Auffassung, daß die BMW-Niederlassung in Berlin ein lobenswertes Beispiel für eine positive, berlinfreundliche und arbeitsplatzschaffende Unternehmenspolitik darstellt?

2. Wie beurteilt der Senat die Tatsache, daß die BMW-Werke ehemaligen Betriebsräten bzw. engagierten Gewerkschaftern fristlos gekündigt hat, diese Kündigungen vom Arbeitsgericht für unwirksam erklärt wurden und die Werksleitung sich dennoch weigert, dem Richterspruch nachzukommen?

3. Wie beurteilt der Senat die Praxis des Unternehmens, eher Zwangsgelder in Höhe von 1,77 Mio DM zu zahlen, als den zu Unrecht entlassenen H.K. entsprechend dem Urteil des Berliner Arbeitsgerichtes weiterzubeschäftigen?

4. Wie beurteilt der Senat diese Praxis in Anbetracht der Tatsache, daß es sich bei BMW um ein aus öffentlichen Geldern subventioniertes Unternehmen handelt?

5. Wird der Senat künftig bei der Vergabe von Steuergeldern an Unternehmer darauf achten, daß diese sich nicht im Stile übelster Frühkapitalisten verhalten?

6. Was hält der Senat von dem von der BMW-Werksleitung dem Arbeitsgericht vorgetragenen Argument, die Gekündigten hätten kein Recht, die Betriebsratswahlen anzufechten, weil sie — eben aufgrund der Kündigung durch die Werksleitung — gar keine Betriebsangehörigen sind?

7. Wie beurteilt der Senat das Verhalten der BMW-Arbeitgeber, sich auf parteiische und erpresserische Weise in die Betriebsratswahlen eingemischt zu haben?

8. Hält es der Senat für vertretbar, daß ein von ihm in seiner Unternehmenspolitik hoch gelobtes Unternehmen einen Betriebsrat besitzt, dessen Wahl durch Richterspruch wegen der Einmischungen der Werksleitung für ungültig erklärt wurde?

9. Wie beurteilt der Senat die Taktik der Unternehmensleitung, durch immer wieder neue Kündigungen gegenüber den entlassenen Gewerkschaftern, deren Recht auf Rückkehr an den alten Arbeitsplatz zu unterlaufen und damit das Kündigungsschutzgesetz praktisch außer Kraft zu setzen?

10. Wird sich der Senat auf Bundesratsebene dafür einsetzen, daß durch eine entsprechende Gesetzesänderung derartige illegitime Vorgehensweisen zukünftig unmöglich werden?

11. Steht der Senat nach wie vor zu den Worten des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, der anläßlich der Einweihung des erweiterten BMW-Motorenwerkes in Spandau am 1.3.84 u.a. sagte: „Ideen und wissenschaftlicher Pioniergeist, Selbstbehauptung und die Kraft zur Arbeit, darum waren die Berliner noch nie verlegen, das ist unser Kapital, und damit läßt sich auch für Unternehmen in Zukunft gut arbeiten. Niemand ist dafür ein glaubwürdigerer Zeuge als BMW. Und deshalb freue ich mich, heute hierzusein und Sie alle im Namen der Stadt begrüßen zu dürfen. Sie sind hier — gerade als Bayern — herzlich willkommen. Ich füge hinzu: Es könnten ruhig noch ein paar mehr kommen; von Ihnen können wir gar nicht genug haben."?

Bernd Köppl
Berlin, den 3.12.84

Innenminister Zimmermann

Obrigkeitsstaat statt Koalitionsrechte

„Wer das Streikverbot für Beamte als obrigkeitsstaatlich bekämpft und die sogenannten vollen Koalitionsrechte für Beamte fordert, der will die Abschaffung des Berufsbeamtentums.“ So markig trat Innenminister Zimmermann auf der 26. beamtenpolitischen Tagung des Deutschen Beamtenbundes (ca. 800000 Mitglieder) für den Obrigkeitsstaat ein. Die rund 300 Tagungsteilnehmer, meist hochrangige Vertreter der staatlichen Verwaltungen, spendeten Beifall.

Zweifel daran, worin er den Nutzen des Berufsbeamtentums sieht, ließ Zimmermann erst gar nicht aufkommen: er erinnerte daran, daß er auch in diesem Jahr für den Bereich des Bundes die Beamten darauf hingewiesen habe, daß sie bei einem Streik der insgesamt rund 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes verpflichtet werden könnten, auf bestreikten Arbeitsplätzen Dienst zu tun.

In der Tat sind die diesbezüglichen Drohungen Zimmermanns, die Beamten systematisch als Streikbrecher einzusetzen, aus der letzten Tarifrunde im öffentlichen Dienst noch gut in Erinnerung. Insbesondere im Bereich der Bundespost kam es darüber zu scharfen Auseinandersetzungen, weil die Deutsche Postgewerkschaft die Beamten zu einer Unterschriftensammlung gegen die Streikbruchanordnung aus Bonn aufgerufen hatte.

Zimmermanns Absicht für die Zukunft: „Wir müssen längerfristig eine Erhöhung des Anteils der Beamtenschaft an der Gesamtpersonalstärke des öffentlichen Dienstes anstreben. Auf jeden Fall sind bei Möglichkeit Stelleneinsparungen im Beamtensektor, Stellenumwandlungen zu Lasten der Beamten zu vermeiden.“

Als Stellungnahme gegen den weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst sollte das nicht mißverstanden werden. Zimmermann drückt ein ganz anderes Problem: Die Beamtenschaft mit all ihren Vorzügen, politisch erpreßbar durch den Extremistenerlaß und bar aller Arbeitskampfrechte, stellt leider nur 1,8 Millionen der insgesamt 4,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Deshalb sind auch im öffentlichen Dienst die Gewerkschaften trotz Beamtenrecht ein wichtiger und für Zimmermann höchst ärgerlicher Faktor. Das Beamtenrecht greift nicht richtig, weil es einfach noch zu viele Beschäftigte mit den „sogenannten vollen Koalitionsrechten“ gibt. Deshalb muß der Stellenabbau im öffentlichen Dienst vor allem zu Lasten der Arbeitsplätze im Arbeiter- und Angestelltenbereich gehen, der Beamtenanteil muß gesteigert werden, um die Gewerkschaftsfrage im öffentlichen Dienst beamtenrechtlich voll in Griff zu kriegen.

Zimmermanns Pläne zur Zerstörung der Kampffähigkeit der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst müssen entschlossen bekämpft werden: Weg mit dem reaktionären Beamtenrecht, volles Streikrecht für Beamte, keine Ausweitung der Beamtenstellen zu Lasten der Arbeitsplätze im Arbeiter- und Angestelltenbereich!

DGB-Veranstaltung in Hamburg zur Bergarbeiter-Solidarität

IGM-Gelder haben die Kumpels noch nicht erreicht

Nachdem zwei Tage zuvor bekannt geworden war, daß die Essener Solidaritätsveranstaltung mit der NUM, auf der auch Arthur Scargill sprechen sollte, aufgrund des Störfeuers der DGB-Spitze abgesagt worden war, war auf einer Solidaritätsveranstaltung des Hamburger DGB am 10. Januar die Stimmung der Kollegen entsprechend geladen. Die rund 600 Kolleginnen und Kollegen wollten Klarheit darüber, wie es um die praktische Solidarität des DGB bestellt ist.

Zu dieser offiziellen Veranstaltung des DGB/Hamburg mit Joe Holmes, dem NUM-Präsidenten der Region Kent, war es gekommen aufgrund des Drucks vieler Kolleginnen und Kollegen und aufgrund der Haltung der IG Druck, der HBV und der GEW. Der DGB-Bundesvorstand hatte dagegen unlängst in einem Rundschreiben den lächerlichen Versuch gemacht, die Solidaritätsaktivitäten von Joe Holmes in der Bundesrepublik als durch die NUM unauthorisiert hinzustellen.

Die Veranstaltung wurde von dem zweiten Bevollmächtigten der IG Metall, Engelmann, geleitet, nachdem DGB-Chef Sallfeld „kurzfristig erkrankt“ war — böse Zungen sprechen von einem politischen Schnupfen.

Nach dem Bericht von Joe Holmes über den Kampf der Miners ging die Diskussion vor allem um die Frage der Solidarität. Wiederholt forderten Kolleginnen und Kollegen Auskunft über den Verbleib der von der IGM gesammelten Spendengelder. Die IGM-Zentrale leitet die Gelder, die auf das von ihr eingerichtete Konto eingehen, nicht direkt an die NUM weiter, sondern überweist es an die britische Metallarbeitergewerkschaft zur Weiterleitung. Wie berechtigt Zweifel daran, daß diese Gelder schnellstmöglich zur wirksamen Streikunterstützung verwandt werden, sind, wurde deutlich, als Joe Holmes mitteilte, daß die IGM-Gelder die streikenden Kumpels noch nicht erreicht hätten. Engelmann konnte letztlich nur versprechen, daß in der „metall“ detailliert belegt würde, „wohin die Gelder verteilt worden sind“.

Auf der Veranstaltung selbst wählten Kolleginnen und Kollegen aus zahlreichen Druck- und Metallbetrieben vorsichtshalber den direkten Weg und gaben gesammelte Spenden direkt an Joe Holmes weiter. Die Sammlung auf der Veranstaltung erbrachte noch einmal über 6000 Mark, so daß Joe Holmes rund 23000 Mark in bar mitnehmen konnte.

Aber nicht nur die Trickserei mit den Konten regte die wirklich vorhandene Solidarität… wirksame Solidarität bemühten Kolleginnen und Kollegen auf. Auch die Tatsache, daß die Kohleexporte aus der BRD nach Großbritannien um 1000 Prozent gestiegen sind sowie der Umstand, daß die ÖTV keinerlei Aktionen zur Verhinderung der Verschiffung von Streikbrecherkohle unternimmt. Die Veranstaltung verabschiedete einstimmig eine Erklärung, in der die IG Bergbau und Energie zur Drosselung des Kohleexports und die ÖTV zum Boykott von Streikbrecherkohle aufgefordert wurden.

RM-Serie zum Überstundenproblem — Teil 1

Mehrarbeit — einmal etwas gründlicher betrachtet!

Die Diskussion über Überstunden und ihre möglichst weitgehende Einschränkung hat sich nach dem Streik in der Metallindustrie, aber auch im Zusammenhang mit den Debatten um ein neues Arbeitsgesetz unter Gewerkschaftern ausgesprochen belebt. Wir beginnen deshalb in dieser Nummer mit dem Abdruck einer Serie, die auch historisch die Erfahrungen der Arbeiterbewegung in der Frage der Mehrarbeit aufarbeitet, um dann zu Schlußfolgerungen für die aktuelle Diskussion zu kommen. Die Serie wird in den nächsten Ausgaben fortgesetzt.

Ausgehend von den Anregungen eines Leserbriefes — vor einigen Nummern im „Roten Morgen“ abgedruckt — einmal etwas ausführlicher etwas zum Thema Mehrarbeit, Überstunden, Sonderschichten.

Ja, was ist denn eigentlich das Schlimme daran — was der RM auch regelmäßig anprangert —, daß gerade in der Automobilindustrie nach dem Kampf um die 35-Stunden-Woche massiv Sonderschichten von den Betriebsräten genehmigt wurden, oder Verlängerung der Schichtzeiten, oder einfach Überstunden?

Nun, fernab von irgendwelchen Prinzipien das, was man im allgemeinen Sprachgebrauch auch als Selbstbewußtsein, Ehrgefühl oder so ähnlich bezeichnet. Die Erkenntnis also, daß man sich nicht den einen Monat kalt und heiß aussperren läßt, den nächsten Monat dann wieder — wie der Herr Unternehmer will — zu vollen und übervollen Diensten bereit ist.

Gerade in den Betrieben der Automobilindustrie, die sowohl von der Aussperrungspolitik der Unternehmer wie der Sonderschichtenpolitik der Konzernbosse besonders betroffen waren, ist diese Meinung ja nun durchaus weit verbreitet — in den Betriebsratsgremien spiegelt sich das ja auch als Auseinandersetzungslinie z.B. bei Daimler-Benz in Stuttgart oder Bremen, bei Opel/Bochum usw., bei Gegenstimmen zu den Mehrheitsbeschlüssen wider.

Für eine ganze Reihe gewerkschaftlicher und betrieblicher Funktionäre ist ein weiteres Argument von Bedeutung, was Jansen vom IGM-Vorstand durchaus zu Recht auf verschiedenen Funktionärsversammlungen der IGM anspracht, um die Zustimmung zu beantragter Mehrarbeit abzulehnen: Es könne doch wohl nicht viel Sinn machen, wenn man bei einem Streik den bzw. die Unternehmer erst mal ökonomisch unter Druck setzen würde, aber dann nach dem Streik durch Überstunden genau diese ökonomische Wirkung wieder aufhebe.

Und die Fakten sprechen halt ein deutliches Bild: in vielen Bereichen wurden die Produktionsauswirkungen des Streiks inzwischen wieder aufgeholt.

Einige historische Entwicklungslinien zur Frage der Mehrarbeit

Vor dem Hintergrund einer durchschnittlich 66 Stunden wöchentlichen und etwa 11 Stunden täglichen Arbeitszeit zwischen 1880 und 1890 entstand die Bewegung für den „Normalarbeitstag“: also acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf und acht Stunden Muße — 1889 vom Internationalen Arbeiterkongreß in Paris im Zusammenhang mit dem Beschluß zum 1. Mai gefaßt.

Mit den Bewegungen für den Normalarbeitstag sollte der schrankenlosen und ungeregelten Arbeitszeit ein Riegel vorgeschoben werden, die Arbeitszeit jenseits bestimmter Grenzen dem Kapitalinteresse entzogen werden.

Gleichzeitig war dies ein Mittel, um die Konkurrenz zwischen beschäftigten und arbeitslosen Lohnarbeitern zu verringern.

Nach Aufhebung der Sozialistengesetze, dem offiziell Tätigwerden der Gewerkschaften wurde im Deutschen Reich durch Tarifverträge bis Ende 1913 für über 1,5 Millionen Lohnarbeiter die Arbeitszeit auf etwa 10 Stunden am Tag, 55 bis 60 Stunden in der Woche verkürzt.

Mit der häufig erst nach langen Arbeitskämpfen erzielten Einführung regelmäßiger Arbeitszeiten und ihrer tariflichen Absicherung wurden Überschreitungen aber nicht verhindert. Das Problem der Überstunden stellte sich.

Fast an die heutigen Zeiten erinnert eine Darstellung z.B. aus dem Bereich des Schiffbaus. Zwar galt eigentlich der 10-Stunden-Tag zu Beginn dieses Jahrhunderts, Überstunden wurden aber in großem Umfang jederzeit verlangt. Als Gründe galten eilige Reparaturarbeiten und knapp bemessene Ablieferungstermine. Nach einer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband Ende 1906/Anfang 1907 durchgeführten Befragung von 13000 Werftarbeitern auf 17 Werften entfielen auf 100 Arbeiter im Wochendurchschnitt 20,5 Überstunden, 8,3 Stunden Nachtarbeit und 2,5 Stunden Sonntagsarbeit. Jeder einzelne „Überzeitarbeiter“ leistete neben der regelmäßigen Arbeitszeit noch 8,4 Mehrarbeitsstunden in der Woche.

Zwar schrieb der Deutsche Metallarbeiter-Verband z.B. 1912: „Eine Verlängerung der regulären Arbeitszeit ist unter allen Umständen zu verwerfen, und die Kollegen der in Frage kommenden Betriebe müssen alles daran setzen, diesen Übelstand zu steuern“, tatsächlich aber bekamen die Gewerkschaften, die Arbeiterbewegung das Überstundenproblem vor dem 1. Weltkrieg nur unzureichend in den Griff.

Achtstundentag als Erfolg der Novemberrevolution

Abgesegnet durch die Burgfriedenspolitik wurden die Arbeitszeiten während des 1. Weltkriegs wieder ungeheuer verlängert. Aber spätestens seit 1917 entwickelte sich eine breite Bewegung dagegen — im Zusammenhang natürlich auch mit einer wachsenden Stimmung gegen den Krieg. Während durch die Arbeiter- und Soldatenräte ab dem November 1918 praktisch die Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich verkürzt wurde, mußten die Unternehmer im Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen ihnen und den Gewerkschaften vom 15.11.1918 unter Punkt 9 auch generell zugestehen, „das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen (...) dürfen nicht stattfinden.“

Der sozial- und machtpolitische Erfolg der Arbeiterklasse wurde — es blieb der neuen Regierung nichts anderes übrig — auch durch die Demobilmachungsverordnung, die allerdings zeitlich befristet war, allgemein zur regelmäßigen Arbeitszeit erklärt. Jeden Einzelfall von Überstunden mußten die Demobilmachungsbehörden bzw. die Gewerbeaufsichtsämter genehmigen.

Mit der Konsolidierung der kapitalistischen Herrschaft im Verlaufe der 20er Jahre wurden diese Errungenschaften mehr und mehr angegriffen. Neben immer häufigeren Genehmigungen für Überschreitungen — siehe Tabelle 3 — wurden auch die tariflichen Bestimmungen verschlechtert.

Nach einem 3monatigen Streik im Frühjahr 1922 unterschrieb die Führung des Metallarbeiter-Verbandes folgenden Passus im neuen Tarifvertrag: „In allen unter den Tarifvertrag fallenden Betrieben bleibt die bisherige rein wöchentliche Arbeitszeit bestehen. Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet (...) ist die Arbeitszeit so weit zu verlängern, daß auch die 48. Wochenstunde gearbeitet wird.“ Im Herbst des Jahres wurde auch in Berlin die Arbeitszeit tariflich von 46,5 auf 48 Stunden verlängert.

Eine 75-Prozent-Mehrheit in der Urabstimmung für einen Kampf wurde nicht erreicht. Der betriebliche Widerstand gegen Mehrarbeit wurde auch dadurch schwächer, daß die beginnende Inflation in der Wirtschaftskrise die Tariflohnerhöhungen aufzehrte.

Diese Tendenz wurde durch die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsführungen noch verstärkt. Sie rückten von der prinzipiellen Verteidigung des 8-Stunden-Tages ab. So erklärte Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) im März 1922: „Wenn es dem Arbeiter in Deutschland begreiflich gemacht werden könnte, daß das deutsche Volk tatsächlich sich in einer Notlage befindet, die nicht anders behoben werden kann als damit, daß man über den Achtstundentag hinausgehende eine andere Regelung trifft, werden sich die Gewerkschaften dieser Notwendigkeit fügen.“

Diese Erklärung wurde bei einer Anhörung zum Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes gemacht.

Als aktuelle Anmerkung sei darauf hingewiesen, daß ja auch z.Z. ein neues Arbeitszeitgesetz in der Debatte ist, daß es Vorlagen der Wenderegierung, der SPD und der Grünen dazu gibt.

Tabelle 1: **Durchschnittliche Arbeitszeit in der Gesamtwirtschaft 1800-1914**

Jahr	Stunden täglich	Stunden wöchentlich
um –1800	10 –12	
um –1830	11 –14	
1830–1860	14 –16	
1861–1870	12 –14	78
1871–1880	12	72
1881–1890	11	66
1891–1895	10,5–11	63–65
1896–1900	10,5	61–63
1901–1905	10 –10,5	59–61
1906–1910	10 –10,5	58–60
1911–1914	10	54–60

Quelle: Meinert, Ruth, 1958, S. 5/20/12/21/23

Tabelle 2: **Tarifliche Wochenarbeitszeit 1921-1931**

Jahr	Von 100 Arbeitern hatten eine regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden	48 Stunden	über 48 Stunden
Ende 1921	35,0	64,7	0,3
Ende 1922	28,1	65,7	6,2
Anfang 1925	11,9	77,2	10,9
Anfang 1926	10,0	78,7	11,3
Anfang 1927	11,4	75,3	13,3
Anfang 1928	8,7	82,7	8,6
Anfang 1929	8,7	85,3	6,0
Anfang 1931	8,5	79,9	11,6

Quelle: Eigene Berechnungen nach: Die Tarifverträge im Deutschen Reiche. Sonderhefte zum RABl Nr. 27/31/35/40/43/47/55/57 und 58

Tabelle 3: **Bewilligte Überschreitungen des Achtstundentages 1919-1922**

Jahr	Bewilligungen	für Arbeiter	Bewilligungen mit einer Überarbeit bis 1 Stunde	über 1-2 Stunden	über 2 Stunden	Anteil der Arbeiter mit Überarbeit an den Arbeitern in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten
1919	5046	k.A.	1032	3381	633	k.A.
1920	5502	197648	1113	3706	653	2,8%
1921	16385	569412	3107	11640	1638	7,6%
1922	21965	665948	4220	15850	1859	8,1%

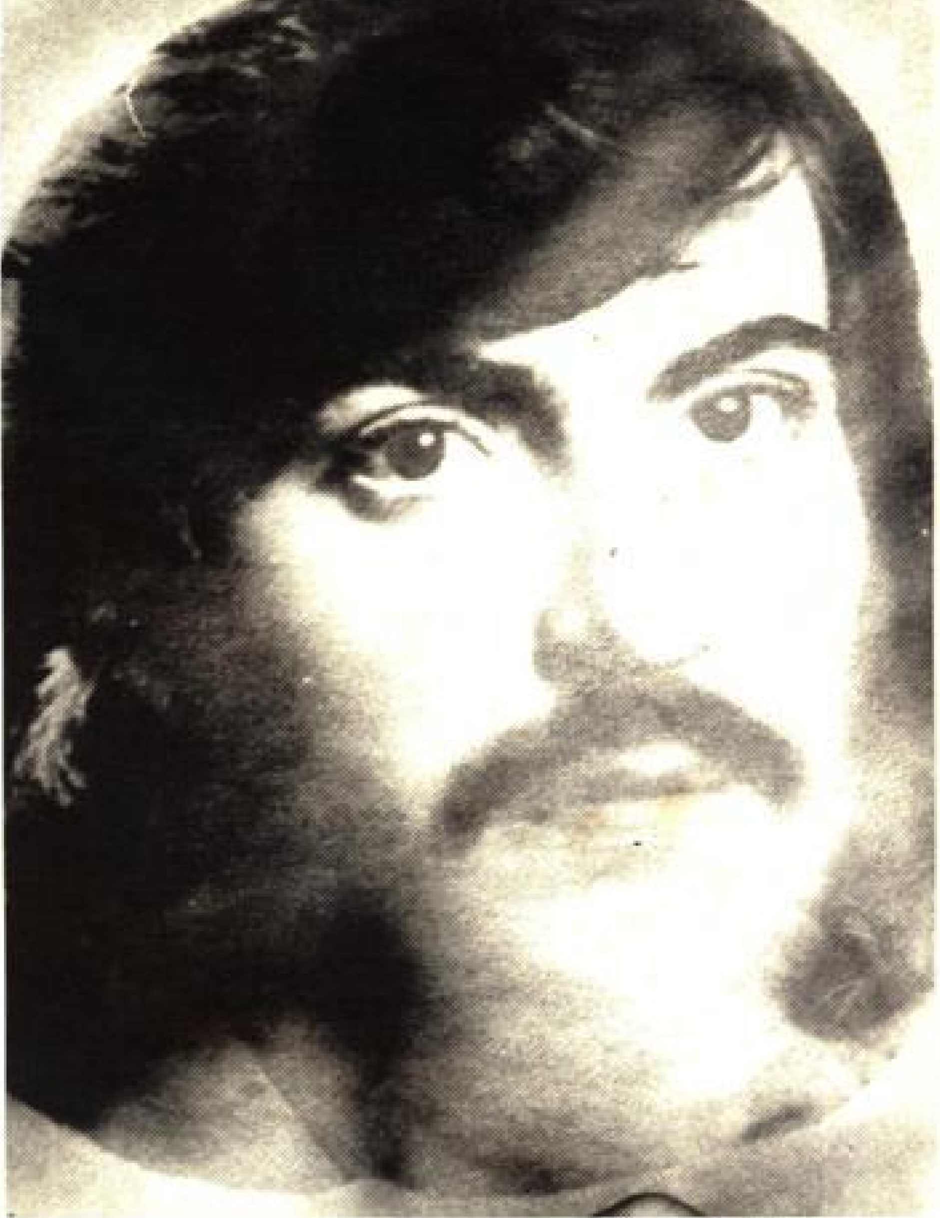
Quelle: Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbaubehörden (jeweils Bd. IV, für das Jahr 1919, S. 98 f, 1920, S. 94 f; 1921, S. 94 f und 1922, S. 72 f

Zur tödlichen Festnahme in Villingen

„... und dann läßt man die Mörder frei laufen"

Bericht eines Genossen, der vor Ort recherchiert hat

Wie bereits im letzten RM berichtet, wurde Ende des letzten Jahres in Villingen/Schwarzwald ein türkischer Arbeiter von einem Polizisten erwürgt. Die Presse hat diese tödliche Festnahme weitgehend totgeschwiegen. Wir veröffentlichen in dieser Nummer den Bericht eines Genossen, der gegenwärtig im Schwarwald zur Kur ist. Der Bericht bringt nicht nur Einzelheiten zum Fall selbst, sondern gibt auch einen Eindruck von der politischen Atmosphäre in dem Schwarzwald-Städtchen Villingen-Schwenningen.



1972 war der türkische Arbeiter Cevat Karacayli, damals 22 Jahre alt, mit einem Arbeitsvertrag der Firma Saba in Villingen (Schwarzwald-Baar-kreis) in der Tasche in die BRD gereist. 1981 wurde er wegen Arbeitsmangels entlassen und war seither arbeitslos. Cevat Karacayli, der laut Aussage des türkischen Sozialberaters der Arbeiterwohlfahrt Villingen, Ünay Sakaoglu, ein eher schüchterner und zurückhaltender Mann war, litt an einem allergischen Bronchialasthma. Er war zweimal verheiratet und hatte sechs Kinder, das jüngste ist fünf Wochen alt.*

Jetzt ist er, gerade 34 Jahre alt, tot. Erwürgt von einem Polizeibeamten.

Wie kam es dazu?

Am 27.12.1984 hatte Frau Brigitte Karacayli von der Post ein Paket mit einem durch Ratenkauf erworbenen Staubsauger abgeholt. Wegen der Nachnahmegebühr für diese Sendung, die der Postbeamte zunächst vergessen hatte zu kassieren, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem Ehepaar Karacayli und dem Postbeamten. (s. auch RM Nr. 1-2/85) Der Postbeamte erstattete bei der Polizei telefonisch Anzeige gegen Cevat Karacayli zum Zweck der Zahlungserzwingung. Laut Polizeiversion soll er Anzeige wegen Gewalttätigkeit erstattet haben.

Wenig später erschienen zwei Polizeihauptwachtmeister, deren Identität der Öffentlichkeit bis heute nicht preisgegeben wurde, deren Alter aber mit 24 bzw. 22 Jahren angegeben wird, vor der Wohnungstür der Familie Karacayli und begehrten Einlaß. Die Ehefrau, die an der Tür erschien, erklärte laut Aussage eines Nachbarn, der die Auseinandersetzung mitbekam, sinngemäß, ihr Mann sei erkrankt und könne den Polizeibesuch nicht vertragen, woraufhin einer der Beamten antwortete: „Wir mögen auch keine Türken."

Die Beamten verschafften sich gegen den Willen der Wohnungsinhaber Zutritt zur Wohnung. Laut der ersten Verlautbarung der Polizei seien sie von Cevat Karacayli körperlich angegriffen worden. Das jedoch erscheint dem Fraktionsführer der Grünen im Gemeinderat Villingen-Schwenningen, Alfred Bruttel, angesichts der erwähnten Schüchternheit von Cevat Karacayli als ausgesprochen unglaubwürdig. Bruttel ist Mitglied des Ausländerbeirats seiner Stadt. Er arbeitet basisorientiert.

Bei der folgenden Auseinandersetzung in der Wohnung ging es nicht um die angebliche Gewalttätigkeit von Cevat Karacayli gegen den Postbeamten, sondern ausschließlich um die Berechtigung der Nachforderung. Ob die Beamten ihn in Erzwingungshaft (die moderne Spielart des mittelalterlichen Schuldturms) nehmen wollten, ist unklar. Der Rechtsanwalt von Frau Karacayli, Johannes Baier aus St. Georgen, fand meine Vermutung jedenfalls nicht abwegig. In der Abendschau des Regionalprogramms Baden-Württemberg der ARD vom 8.1.85 ist von einer tödlichen **Festnahme** die Rede. Die Polizei schweigt sich darüber aus.

Offenbar hat das Vorurteil „gewalttätiger Türke" für die Handlungen der Polizei ausgereicht. Selbst die Anwesenheit von Kindern hielt diese feinfühligen deutschen Beamten von ihren „Amtshandlungen" nicht ab. (Als ich am 7.1. zusammen mit einem anderen Kurgast aus Bad Dürrheim der Familie einen Besuch abstattete, machte die etwa zweijährige Tochter ganz erschrockene Augen und sagte immer wieder ängstlich: „Papa totgemacht. Papa totgemacht." Für das kleine Mädchen war das offenbar ein schweres Trauma. Die Situation entspannte sich erst, als kurz darauf Reporter der oppositionellen türkischen Zeitung „Cumhüriyet" kamen, denen ich auf französisch meine Identität klarmachen konnte.)

Fest steht: Einer der Beamten nahm Cevat Karacayli in den Schwitzkasten (die Polizei nennt es verharmlosend „Festhaltegriff"), der andere drückte ihn zu Boden, Cevat Karacayli wehrte sich verzweifelt, aus Angst zu ersticken, und blieb plötzlich schlaff hängen. Der Nachtbar sagte im Fernsehen aus, der Angriff auf Cevat Karacayli sei von hinten erfolgt, als dieser im Begriff war, zu seiner Frau ins Nebenzimmer zu gehen, die dort offenbar ihr kleines Kind stillen mußte. (Aus Angst vor polizeilicher Verfolgung ließ er sich nur so filmen, daß seine Identität nicht erkennbar war. Er sprach gebrochen deutsch.) Dies läßt den Schluß zu, daß die Abwesenheit der deutschen Ehefrau aus dem Raum von den Polizisten zum Zugriff auf ihren Mann genutzt wurde, im Vertrauen darauf, dem ausländischen Zeugen notfalls „den Mund stopfen" zu können.

Pressekonferenz in Villingen, an der auch ein Genosse für den Roten Morgen teilnahm

Frau Karacayli, die hinzukam, wies erneut auf sein Asthma hin und auf die Blaufärbung seiner Hände. „Sie bringen ihn ja um!" Sie bekam von einem der Polizisten zu hören, das solle sie gefälligst der Polizei überlassen, sie hätten schließlich eine Rote-Kreuz-Ausbildung gemacht. „Der markiert doch bloß den toten Mann." Ihm wurden Handschellen angelegt. Als der zudrückende Beamte den Würgegriff schließlich lockerte, war Cevat Karacayli tot. Als Todesursache wurde festgestellt: „Ersticken infolge Halskompression." So Oberstaatsanwalt Christian Weiß von der Staatsanwaltschaft Konstanz in einer Stellungnahme gegenüber der Presse am 28.12.1984. Cevat Karacayli war somit erdrosselt worden.

Wie weit bei der vorhergehenden Auseinandersetzung mit Worten Verständigungsschwierigkeiten zur Verschärfung der Situation beigetragen haben, ist noch unklar. Diese Möglichkeit wollte der Verein Türkischer Arbeitnehmer (VTA) Villingen und Umgebung e. V. bei einer Pressekonferenz am 5.1.1985 in seinem Vereinslokal in der Schlößlegasse 7 in Villingen nicht ausschließen. Der Verein verlangt die rückhaltlose Aufklärung des Todes von Cevat Karacayli und sammelt dafür Unterschriften. Ein Inserat mit den Namen von 159 Unterzeichnern aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis (darunter zahlreiche Deutsche, insbesondere Nachbarn und Freunde von Cevat Karacayli, ferner Gemeinderatsabgeordnete der Grünen und auch der SPD) erschien auf Kosten eines aus Deutschen und Türken bestehenden Solidaritätskomitees.

Nach Auffassung des Vereinsvorsitzenden (der damit im Namen der Mitglieder sprach) sind beide Polizisten für den Tod von Cevat Karacayli in gleicher Weise verantwortlich, da sie tateinheitlich vorgegangen sind. Eine Mitschuld trifft auch den Postbeamten. „Warum mußte dieser gleich die Polizei einschalten? Hätte er nicht auch seine Ansicht schriftlich darlegen und gegebenenfalls einen Rechtsanwalt bemühen können?" (Es war doch eine Zivilstreitsache und kein Kriminaldelikt. Warum wurden da überhaupt Handschellen mitgenommen?)

Den Polizeibeamten warf er vor, bereits durch ihre abfällige Äußerung über Türken den Konflikt aufgeheizt zu haben. Als Beamten hätten sie die Pflicht gehabt, unparteiisch zu sein. Der Schwenninger Verein teilt diese Ansicht. Der Sozialberater der Arbeiterwohlfahrt Ünay Sakaoglu betonte den sozialen und menschlichen Aspekt. Ungeachtet der juristischen Frage, ob die Tötung vorsätzlich oder fahrlässig gewesen sei, habe die Polizei einen türkischen Arbeiter wegen einer Kleinigkeit zu Tode mißhandelt. Den auch von ihm unterstützten Integrationsbemühungen sei damit ein schwerer Schlag versetzt worden. Betroffen seien aber auch die Deutschen, denn was Cevat Karacayli widerfuhr, könne auch einem deutschen Bürger widerfahren.

Die wirtschaftliche Lage der Hinterbliebenen bezeichnete er als sehr schlecht und unsicher und wies auf die große Bedeutung hin, die daher dem Spendenkonto für die Hinterbliebenen bei der Villinger Volksbank, Kontonummer 3827003 zukommt, denn ein Ersatzanspruch muß erst noch über die Verwaltungsgerichtsbarkeit eingeklagt werden, da die neun Jahre Erwerbstätigkeit von Cevat Karacayli für einen Anspruch auf Witwenrente und Waisengeld nicht ausreichen. Ünay Sakaoglu will sich insbesondere um Solidaritätsaktionen im Rahmen des DGB bemühen. Verwaltungsgerichtsverfahren dauern gewöhnlich lange und sind mit erheblichen finanziellen Vorausleistungen seitens der Antragsteller verbunden. Armenrecht wird nur bei Aussicht auf Erfolg gewährt. Und ob die gegeben ist, hängt von der juristischen Beurteilung des Verhaltens der Polizisten ab.

Der Polizeidirektor von Villingen, Helmut Kohler, verwahrte sich in einer Stellungnahme, die im Schwarzwälder Boten vom 5./6.1.85 veröffentlicht wurde, gegen eine Vorverurteilung der Polizei und insbesondere gegen den Vorwurf der Vertuschung. (Gerade auch der „Schwarzwälder Bote" hat vom ersten Tag der Berichterstattung an ein Schattenboxen gegen eine bis dahin noch gar nicht vorhandene Vorverurteilung der Polizei geführt, während er an die Adresse des Opfers mit Unterstellungen alles andere als zimperlich war.) Laut Polizeidirektor Kohler ist die Sache zwecks Aufklärung an die Staatsanwaltschaft Konstanz, das Gerichtsmedizinische Institut Freiburg und die Landespolizeidirektion Freiburg weitergeleitet worden. (Als sei mit Hinweis auf diese Behörden der Vorwurf der Vertuschung bereits aus der Welt geschafft!) Eine Dienstenthebung der beiden Beamten kommt aus rechtlichen (!) und fürsorgerischen Gründen nicht in Betracht.

Die Beamten tun jetzt woanders Dienst. In Untersuchungshaft befanden sie sich zu keinem Zeitpunkt. (Während also für die Hinterbliebenen des Opfers wirtschaftliche Unsicherheit herrscht, können die Täter mit der Fürsorge des Staates rechnen.)

Was tun die politischen Kräfte?

In Villingen-Schwenningen hat die CDU die absolute Mehrheit. Von ihr ist außer Bekundungen des Entsetzens vermutlich nicht viel zu erwarten. Im Gemeinderat ist außerdem die NPD mit zwei Vertretern präsent. Einer wurde sogar in den Verwaltungsausschuß gehievt mit Hilfe des CDU-Abgeordneten Reinhard Bauer.

Aus dem „Schwarzwälder Boten" vom 5./6.1.85 ist zu erfahren, daß Schlägertrupps mit Nazi-Emblemen die Gegend unsicher machen und in der Schwenninger Umgebung wiederholt die alternative Kulturszene heimgesucht haben. Aus Angst vor weiteren Gewalttätigkeiten wurden die Behörden nicht eingeschaltet. Die Nazis dürfen sich also frei entfalten. Vor diesem Hintergrund wird die Situation für die Ausländer und die Haltung des VTA besonders gut begreiflich.

Eine eigene Geschäftsstelle in der Doppelstadt unterhält außer der CDU nur noch die FDP, die im Gemeinderat nicht vertreten ist. In der Opposition befindet sich außer der SPD und den Grünen noch eine freie Wählergemeinschaft. Von dieser Partei war nichts in Erfahrung zu bringen. Den Ruf einer gewissen Fortschrittlichkeit genießt der SPD-Abgeordnete Hundertmark, der auch die Forderung nach rückhaltloser Aufklärung des Todes von Cevat Karacayli unterschrieben hat. Unsere Partei ist in Villingen-Schwenningen nicht vorhanden. Lediglich ein Genosse aus Furtwangen hat auf eigene Faust recherchiert. So wie ich.

Die Grünen im Gemeinderat von Villingen-Schwenningen wollen die Behandlung der Sache durch die zuständigen Behörden im Auge behalten und, wenn sich hier Vertuschungsabsichten zeigen, entsprechende Protestmaßnahmen ergreifen und die Öffentlichkeit unterrichten. Der Fraktionsvorsitzende, Alfred Bruttel, läßt jedoch offen, was das konkret heißt. Er arbeitet darauf hin, bei der nächsten Sitzung des Ausländerbeirats von Villingen-Schwenningen, voraussichtlich Ende Januar, einen Antrag auf Organisierung eines Gesprächs mit der Polizei über die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in den Behörden durchzubringen. Nach seiner Ansicht muß das Gericht im Fall von Cevat Karacayli in der Bandbreite von Amtshandlung mit Todesfolge bis Mord zu einem Urteil finden. Er persönlich meint, daß die nicht zu bestreitende türkenfeindliche Äußerung auf ein vorsätzliches Verhalten der Beamten hinweist.

Wir möchten dem Rat der Stadt Villingen-Schwenningen einen Voschlag machen: Wenn man schon den Toten nicht wieder lebendig machen kann, sollte angesichts der wirtschaftlichen Not, in die die Hinterbliebenen von Cevat Karacayli (sowohl die in der Doppelstadt als auch die in Ankara wohnenden) geraten sind, wenigstens auf dieser Ebene mal ein Stück von der so oft beschworenen Solidargemeinschaft verwirklicht und den Betroffenen aus dem Stadtsäckel ein regelmäßiger Unterhalt bis zur Klärung ihrer Verhältnisse gewährt werden. Und zwar großzügig und unbürokratisch. Dies sollte ganz offiziell geschehen und würde dem ramponierten Ansehen der Stadt gut zu Gesicht stehen.

Auch in der Bad Dürrheimer Espan-Klinik wollen Kurgäste dazu aufrufen, für die Hinterbliebenen von Cevat Karacayli zu spenden. Es ist eine Klinik für Asthma-Kranke. Wenn man mit Einheimischen aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis ins Gespräch kommt, kann man überwiegend die Ansicht hören: „Cevat Karacayli ist erwürgt worden. Es ist eine Schande, daß die Täter nach wie vor Dienst tun dürfen." Dies meinen wir auch.

Wir verlangen die völlige Aufklärung und angemessene Bestrafung der Täter. Und wir rufen auf, auf das Spendenkonto zu spenden und auch dazu, der Witwe zu schreiben ** und sie wissen zu lassen, daß sie nicht allein steht. Wäre es z. B. eine Flasche Whisky gewesen, die einer der beiden Polizisten hätte mitgehen lassen, so wären beide sicher sofort vom Dienst suspendiert worden. So war es ja nur ein Menschenleben, das da ausgelöscht wurde. Die Angst des Arbeiters Cevat Karacayli vor der Polizei hat durch seinen Tod eine makabre Bestätigung gefunden.

Zur Bestattung von Cevat Karacayli, dessen Leichnam nach Ankara überführt wurde, konnten die unmittelbaren Hinterbliebenen nicht reisen. Nur ein in Köln lebender Bruder des Toten war dabei anwesend. Bei der Bestattung seines Sohnes in Ankara-Etimesgut erklärte der Vater von Cevat Karacayli laut „Hürriyet" vom 6.1.85 (die unter den Türken in Villingen-Schwenningen reißenden Absatz fand) sinngemäß:

„Was ist das für eine Gerechtigkeit? Der Obduktionsbericht sagt, man hätte ihn durch Erwürgen getötet, und dann läßt man die Mörder frei laufen und sagt, bei uns herrscht Gerechtigkeit. Haben die Deutschen überhaupt keine Gefühle? Zumindest hätte man die beiden Polizisten vorläufig festnehmen können. Wenn nötig, werde ich bis vor die Menschenrechtskommission gehen. Bis ich sterbe, werde ich die Sache verfolgen." (zit. nach: „Badische Zeitung" vom 7.1.85)

—kadi—

* Seine erste Frau lebt mit drei Kindern in der Türkei. Seine zweite Frau Brigitte Karacayli ist Deutsche.)

** Auf dem Kopsbühl 66, 7730 Villingen-Schwenningen

Landesparteitag der NPD in Velbert

Am Sonntag, den 20.1.85 will die NPD in Velbert-Langenberg ihren Landesparteitag abhalten. Bereits von 7.00 Uhr morgens an wurde dafür das „Bürgerhaus" in der Hauptstr. angemietet.

Gegen dieses Faschistentreffen rufen Antifaschisten aus Velbert zum Protest auf. Sie hoffen auf massive Unterstützung aus dem „restlichen" NRW. Folgendes ist geplant:

9.00 Uhr Treffen auf dem Frohweinplatz

9.30 Uhr Demonstration

11.00 Uhr Abschlußkundgebung

Wer kann, sollte allerdings schon früher kommen, da davon auszugehen ist, daß die NPDler bereits ab 7.00 Uhr in das „Bürgerhaus" gehen werden.

SPD und Gewerkschaften unterstützen nur die Kundgebung, die Demonstration nicht! Dafür stellen sie dann aber die Hauptredner auf der Kundgebung! Das Kulturprogramm der Kundgebung: ausländische Folklore, Kabarett-Gruppe Fortschrott, Chor Velberter Gewerkschafter.

Bereits zwei Gerichtsentscheidungen:

Demonstranten müssen Polizeieinsatz nicht bezahlen

1982, genau einen Tag vor Beginn der Blockaden durch die Friedensbewegung hatte der baden-württembergische Innenminister Roman Herzog folgendes verordnet: Demonstranten oder Blockierer müssen für die Kosten eventueller Polizeieinsätze zahlen. Und zwar sollte jeder Demonstrant, der beispielsweise von der Polizei weggetragen wurde, pro angefangene Polizeidienststunde 38,— Mark zuzüglich „Nebenkosten" für Abtransport, Einsatzfahrzeuge, Polizeihunde u. a. m. bezahlen.

Es ging um den sogenannten Abschreckungseffekt. „Wirtschaftliche Sanktionen", so Herzog, „wirken sich für die Adressaten genauso entscheidend aus wie der Schlagstock." Darauf hofften Baden-Württembergs Nachrüstungs-Befürworter.

Diese Hoffnung auf den Abschreckungseffekt hat sich zerschlagen. Inzwischen haben auch bereits zwei Gerichte, das Verwaltungsgericht Sigmaringen und das Stuttgarter Verwaltungsgericht, festgestellt, daß diese Verordnung nicht rechtmäßig bzw. nicht verfassungskonform ist. In Sigmaringen ging es um die Klagen von 36 Blockadeteilnehmern; in Stuttgart um mehr als 250 Klagen im Zusammenhang mit Aktionen vor dem Stuttgarter EUKOM. Beide Gerichte begründeten ihre Entscheidung damit, daß es sich bei diesen „Demonstrationskosten" nicht um feste Kostensätze handelt. Bleibt noch anzumerken, daß diese Verwaltungsgerichtsverfahren bisher weit über 100000 Mark gekostet haben, die natürlich nicht Roman Herzog, sondern der Steuerzahler bezahlen muß.

Über die baden-württembergische „Abschreckungs"-Verordnung wird demnächst auch noch vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt werden. Vizepräsident dieses Bundesverfassungsgerichts ist übrigens niemand anders als besagter Roman Herzog, Exinnenminister von Baden-Württemberg. Roman Herzog, der alle Aussichten hat, demnächst Präsident dieses höchsten Gerichts zu werden (mit dem Gehalt eines Bundesministers, zuzüglich Dienstaufwandsentschädigungen und freier Benutzung von Bundesbahn und Bundespost) hat sein Demokratieverständnis auch bei anderen Amtshandlungen als Innenminister von Baden-Württemberg deutlich werden lassen. Z. B. als er den Gemeinden das Recht absprach, sich zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären, weil das angeblich verfassungswidrig sei. Auch diese Entscheidung wurde von einem Verwaltungsgericht zurückgewiesen.

30. Januar 1985

Antifaschistische Woche in Hamburg

In Hamburg findet anläßlich des Jahrestages der faschistischen Machtergreifung eine antifaschistische Woche statt — vom 26.1. bis 2.2.1985. Bisher sind folgende Veranstaltungen bekannt:

26.1. 14.00 bis 18.00 Uhr im Gymnasium Kaifu: Durch ein Bündnis von Großkapital und Mittelstand sind die Faschisten an die Macht gekommen. Veranstalter: Volksfront Hamburg.

28.1. 18.00 Uhr in den Räumen der ESG: Film: „Die weiße Rose", ein ehemaliger Edelweißpirat berichtet. Veranstalter: FAU/R

29.1. im Gemeindehaus Timotius, Hamburg-Horn: Film und Diskussion: „Was können wir in Horn gegen Neonazis tun?", Veranstalter: FAU/R und SDAJ

30.1. 19.00 Uhr im Nachbarschaftsheim Silbersackstr.: „Ursachen und Begriff des Faschismus — Antifaschistischer Widerstand 1933—45 und die Lehren daraus. Veranstalter: Antifaschistische Gruppe Hafenstraße

30.1. im Jugendzentrum Wentorfstr.: Neofaschismus im Stadtteil. Veranstalter: Antifaschistische Gruppe Bergedorf

31.1. 19.00 Uhr in der Schule Billrothstr.: Veranstaltung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Veranstalter: BWK, FAU/R, KPD, Kurdischer Arbeiterverein, Volksfront Altona

1.2. oder **2.2.** Großveranstaltung im Goldbekhaus

Dortmund

Veranstaltung der Volksfront Dortmund am 30.1.1985, bei der Videofilme über das Unwesen der Neonazis gezeigt werden. Ort: Begegnungszentrum Nord, Leopoldstr.: 19.15 Uhr

Verfassungsrichter über sich selbst:

„... Qualitäten eines Herrn und nicht eines Dieners"

„Falsche" Verfassungsbeschwerden sollen teuer werden

Geht es nach dem Willen des Bundesjustizministers, dann kann es die Bürger der BRD in Zukunft teuer zu stehen kommen, wenn sie ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht wahrnehmen und beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde einlegen wollen. Eingeführt werden soll eine „Unterliegensgebühr" von 1000 Mark und eine „Mißbrauchsgebühr" von 5000 Mark. Begründung für diese geplante Maßnahme: die angebliche Überlastung des Bundesverfassungsgerichts.

Viele glauben, es sei die eigentlich vornehmste Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts (BVG), sozusagen als letzte Instanz die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zu verteidigen. Dieser Glaube ist ein Irrglaube. Zwar machen diese sogenannten Individualverfassungsbeschwerden die Masse der Anträge an das BVG aus. Aber von den rund 3000 Anträgen, die durchschnittlich pro Jahr gestellt werden, dringen überhaupt nur 3 Prozent bis zu einem der beiden Senate des BVG vor. Die anderen 97 Prozent werden bereits vorher als „offenkundig unbegründet" oder sonst erfolglos zurückgewiesen. Diese „Drecksarbeit" erledigt der sogenannte Dreier-Ausschuß, der seine Entscheidungen nicht öffentlich trifft und sie interessanterweise auch nicht begründen muß.

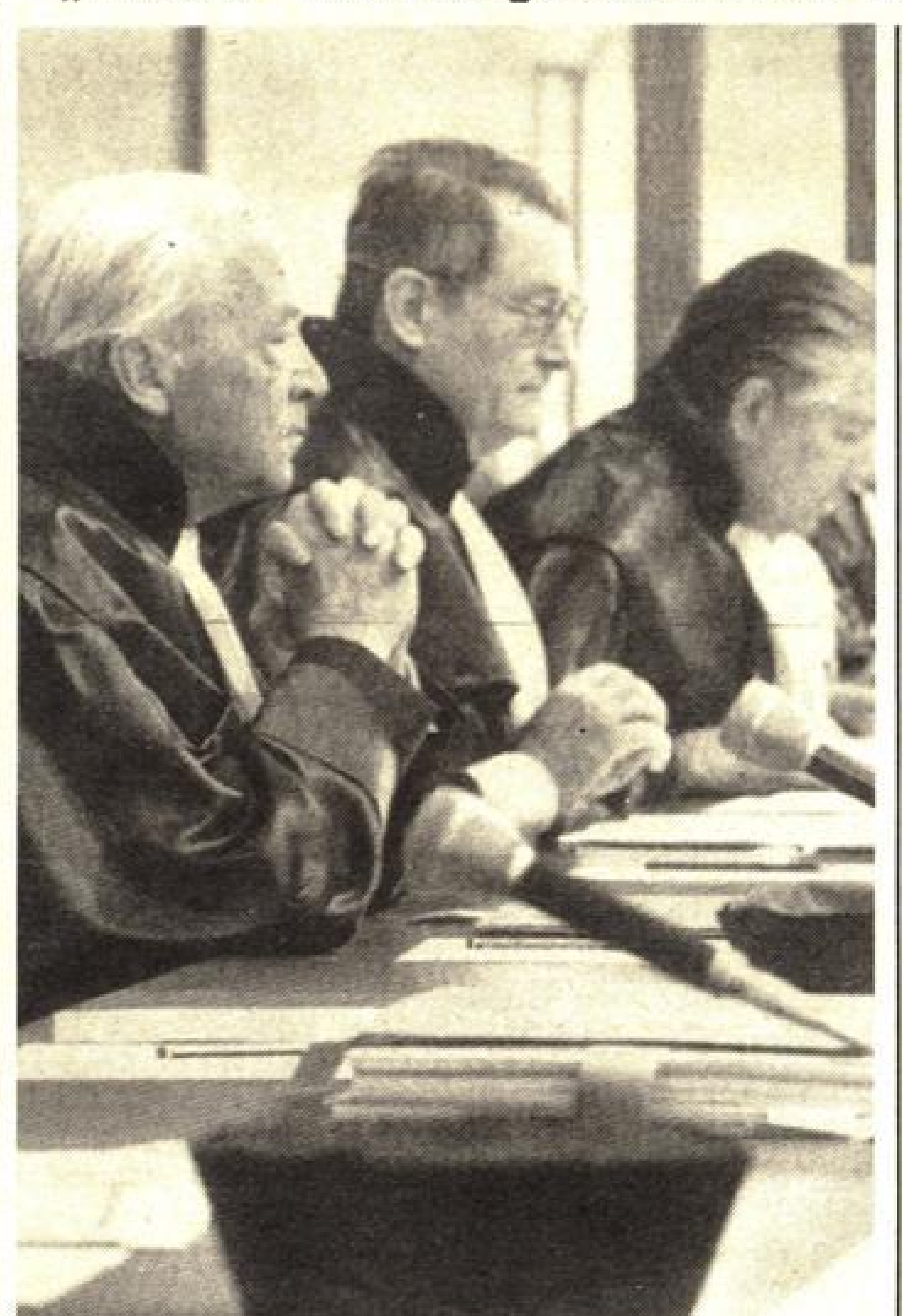
Aber 3000 Anträge bzw. ca. 90, mit denen sich die Verfassungsrichter selbst beschäftigen müssen, sind offenbar zuviel. Deshalb wird jetzt mit Geldstrafen für „falsche" Verfassungsbeschwerden gedroht. Da diese Geldstrafen immerhin das 2 bis 3fache des Monatslohns eines Arbeiters ausmachen können, kann man sich unschwer vorstellen, wovon diese geplante Maßnahme des Bundesjustizministers das BVG vor allem entlasten wird: von den Beschwerden der Minderbemittelten, der kleinen Leute.

Stellt sich die Frage, was die sechzehn Verfassungsrichter mit der so gewonnenen freien Zeit anfangen? Ganz einfach: sie verwenden sie auf ihre eigentliche Aufgabe.

Ein Bollwerk der Freiheit gegen Übergriffe der Legislative?

Öffentlich diskutiert worden sind Entscheidungen des BVG vor allem in solchen Fällen, wo einer der beiden Senate des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen des Bundestages entschieden hat, wie im Falle des §218 vor zehn Jahren, wo das BVG die vom Bundestag gewollte Fristenlösung für verfassungswidrig erklärte; wie im Fall des Mitbestimmungsgesetzes, wo das BVG entschied, daß Mitbestimmung nur dann verfassungsgemäß ist, wenn sie das Eigentumsrecht des Unternehmers nicht gefährdet; wie im Fall der Kriegsdienstverweigerung, wo das BVG entschied, daß Kriegsdienstverweigerung ohne Verfahren verfassungswidrig ist usw. In zwei von diesen drei Fällen wurde eine Mehrheitsentscheidung im Bundestag durch das BVG rückgängig gemacht und faktisch eine Gesetzesentscheidung im Tenor der parlamentarischen Minderheit erzwungen. Natürlich rein zufällig fielen diese Entscheidungen des „unabhängigen" und „politisch neutralen" Gerichts immer zugunsten der CDU/CSU, zugunsten der Interessen der Herrschenden aus. Ausnahmen, wie die Entscheidung über die Volkszählung, die ja keineswegs grundsätzlich kritisiert wurde, bestätigen nur diese Regel.

Tatsächlich ist dies, die Kontrolle des Parlaments, auch der eigentliche Sinn und Zweck der Verfassungsgerichte — nicht nur in der Bundesrepublik. Das zeigt z.B. die Entstehungsgeschichte der Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland sehr deutlich. In der Weimarer Republik wollte man ein Verfassungsgericht als „Bollwerk der



Freiheit gegen Übergriffe der Legislative", so der damalige Staatsrechtler Triepel. Ein anderer Staatsrechtler, der spätere Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz, sah in der Weimarer Verfassungsgerichtsbarkeit „Garantien, wie das Individuum, überhaupt Minoritäten, vor Übergriffen des omnipotenten gesetzgebenden Organs zu schützen sind."

Welche „Individuen" und „Minoritäten" vor dem vom Standpunkt der Arbeiterklasse und des Volkes nicht all-, sondern ohnmächtigen Reichstag geschützt werden sollten, liegt auf der Hand. Es waren die Besitzer der Produktionsmittel, die Reichen und die Reaktionäre, denen der Schrecken der Novemberrevolution noch in den Knochen saß. Sie wollten das Verfassungsgericht als eine Art Notbremse, um unliebsame Aktivitäten des Reichstags stoppen zu können. Die Stärke von KPD und SPD damals ließ das in den Augen dieser Kräfte offenbar geboten erscheinen.

Von ähnlichen Erwägungen war die Diskussion über die Einrichtung einer Verfassungsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik nach 1945 geprägt. Auch damals war von einer Einschränkung des „Parlamentsabsolutismus" die Rede und von der Notwendigkeit, einen „Mißbrauch" der gesetzgebenden Gewalt zu verhindern. Allerdings wurden die Machtmöglichkeiten der neuen Verfassungsgerichte erheblich ausgebaut.

Gegen die Einrichtung von Verfassungsgerichten auf Bundes- und Länderebene sprach sich damals einzig die KPD aus.

„... Qualitäten eines Herrn und nicht eines Dieners"

Das BVG kann nicht nur Gesetze des Bundestages außer Kraft setzen, seine Entscheidungen haben in bestimmten, vom Bundesverfassungsgerichtsgesetz vorgeschriebenen Fällen, auch selbst Gesetzeskraft. Das heißt, je acht Männer in den beiden Senaten des BVG können also Entscheidungen treffen, die für 60 Millionen Menschen verbindlich sind.

Entsprechend seiner Funktionsbestimmung, der Vertretung von Volksinteressen im Bundestag Grenzen zu setzen, sind Status und Zustandekommen der Verfassungsgerichte so gestaltet, daß eine Beeinflussung durch eben dieses Volk weitmöglichst ausgeschaltet ist.

Die Bevölkerung hat auf die Zusammensetzung der beiden Senate des Bundesverfassungsgerichts oder der Verfassungsgerichte der Länder keinerlei Einfluß. Zwar war in der hessischen Landesverfassung anfänglich einmal vorgesehen, daß die hessischen Verfassungsrichter aus den Reihen der gewählten Landtagsabgeordneten bestimmt werden sollten. Das wurde aber von der damaligen US-Militärregierung untersagt.

Die Zusammensetzung der beiden Senate des BVG wird zur Hälfte durch ein 12köpfiges Wahlmännergremium des Bundestages und zur anderen Hälfte durch den Bundesrat bestimmt. Alle Verfassungsrichter müssen Richter, jeweils drei müssen Bundesrichter gewesen sein. Während ihrer 12jährigen Amtszeit sind die Verfassungsrichter nicht absetzbar. Verantwortlich sind diese 16 Herren nichts und niemandem — außer ihrem Gewissen natürlich.

Und die Verfassung? Natürlich sind sie auch an die Verfassung gebunden. Aber das ist so eine Sache. Erstens wegen der Verfassung und zweitens weil das Verfassungsgericht ja nicht dazu da ist, um die Verfassung vorzulesen, sondern um sie zu interpretieren. Dazu erklärte ein ehemaliger Richter am amerikanischen Supreme Court: „We are under a Constitution, but the Constitution is what the judges say it is." (Wir sind an die Verfassung gebunden, aber was die Verfassung ist, bestimmen die Richter.) In ähnlicher Weise verstehen sich auch die bundesdeutschen Verfassungsrichter als Götter in Talaren. So erklärte vor einigen Jahren einer der Verfassungsrichter bei der Diskussion um den Status des BVG, daß die Verfassungsrichter „die Qualitäten eines Herrn und nicht eines Dieners" besitzen.

Fazit dieser zugegebenermaßen nicht umfassenden Überlegungen zur Verfassungsgerichtsbarkeit: das Bundesverfassungsgericht ist eine zutiefst undemokratische Einrichtung, charakteristisch für einen Staat, der weit davon entfernt, Ausdruck des Volkswillens zu sein, vielmehr Ausdruck eines antagonistischen Klassenwiderspruchs ist. Es ist nichts anderes als eine zusätzliche Sicherung im parlamentarischen System, die dafür sorgen soll, daß die Interessen der oben erwähnten millionen- und milliardenschweren „Minoritäten" nicht beeinträchtigt werden.

Daß das Bundesverfassungsgericht angesichts dieser hehren Aufgabenstellung seine Zeit nicht mit Verfassungsbeschwerden von irgendwelchen Arbeitern vertun kann, müßte sich von selbst verstehen.

baut. Die Macht des Bundesverfassungsgerichts geht so weit, daß es politische Parteien verbieten darf. Das ist in der Geschichte der BRD bisher zweimal geschehen. Verboten wurde eine relativ unbedeutende rechte Partei und die KPD.

Die Denker

Betr. Leserbrief „Nicht revisionistisch" von Harry Dubinsky, RM vom 21. 12. 84

„Eine Revolution wird nicht von sich wild gebährdenden Papierrevolutionären, die sich einen Bilderbuchbolschewismus angeeignet haben, gemacht, sondern **von denkenden Menschen, denen die Arbeiterklasse Vertrauen entgegenbringt.**" Soweit der Genosse H. D.

Endlich weiß ich es! Es sind nicht die ausgebeuteten, unterdrückten, geknechteten Massen, die nicht mehr so leben wollen wie bisher, die sich zum Aufstand erheben, Revolution machen, sondern die „denkenden Menschen". Und was so ein richtiger Vordenker ist, der weiß auch wie man zum Sozialismus kommt: nicht durch „Sozialismus schreien" (weil die Leute das „noch nicht verstehen"), sondern indem wir die Forderung nach „Neuwahlen" erheben, um so „mehr Kontakt und mehr Zuhörer" zu bekommen.

Das Dilemma ist, Genosse Harry, was antwortest du, wenn die Zuhörer dich fragen: Neuwahlen? Was sollen wir denn wählen? Man kann doch nicht, wie es die Partei tut, die Forderung nach „Neuwahlen" erheben, und keine Antwort darauf geben, was denn als Alternative zu dieser vom Kapital bestochenen und korrumpierten Wenderegierung zu wählen ist. Eine weniger bestochene Regierung?

Es ist immerhin ein Unterschied, ob sich die Partei an regelmäßig stattfindenden Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen beteiligt und eine Wahlempfehlung gibt, oder ob sie selbst initiativ wird und als Alternative zur Tatsache, daß im Kapitalismus jede Regierung eine vom Kapital auf die eine oder andere Weise bestochene, gekaufte Regierung ist, Neuwahlen fordert.

Die Partei muß an vorhandene Massenstimmungen anknüpfen, ihnen Richtung und Ziel verleihen. Sie tat es recht gut, als sie als Antwort auf die Massenaussperrungen das gesetzliche Verbot der Aussperrung, als Antwort auf Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit die 35-Stunden-Woche forderte, — doch handelte es sich hier schlicht und einfach um einen Kampf für Reformen, die die Lage, die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verbessern.

Doch wie steht es mit der Forderung nach Neuwahlen? Gab bzw. gibt es dafür eine Massenstimmung? Es gibt sie nicht. Der „Rote Morgen" Nr. 47 stellte zur Neuwahlen-Forderung selbst fest „dafür zu arbeiten, daß sie eine Basis findet". Was der Flick-Spendenskandal bewirkt hatte, war eher eine breite Empörung über die Bestechlichkeit der Parteien, eine Vertiefung der Erkenntnis, **daß so oder so das große Geld regiert.**

Und was tut die KPD? Anstatt diese richtige Erkenntnis durch ihre Agitation und Propaganda zu vertiefen, fordert sie in solch einer Situation Neuwahlen. Dadurch sagt die KPD nichts anderes, als daß man durch Neuwahlen an der Tatsache, daß selbst die beste und demokratischste bürgerliche Republik eine Diktatur des Kapitals ist, etwas ändern könne. Damit bleiben wir sogar hinter dem Bewußtsein vieler Menschen, die zumindest instinktiv erkennen, daß bürgerliche Wahlen nichts ändern, „die da oben machen doch, was sie wollen" zurück, was sie nicht daran hindert, beim nächsten Mal doch wieder zu wählen.

Die Forderung nach Neuwahlen wäre nur dann sinnvoll gewesen, wenn den bürgerlichen Parteien eine starke marxistisch-leninistische kommunistische Partei gegenübergestanden hätte, die in der Lage wäre, im Parlament alle Korruption, Gaunereien und Schiebereien der bürgerlichen Parteien aufzudecken, um so die Massen an die Positionen des Sozialismus heranzuführen, sie von der Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu überzeugen. Das aber ist derzeit noch nicht der Fall. So aber erweist sich die Sache mit den Neuwahlen, so raffiniert und unverengt **sie von den PBs der KPD und der GIM auch ausgedacht sein mag, als revisionistischer Flop. Den Denkern sei folgendes Sprichwort ins Buch geschrieben:**

Wie kommt bei vielen das schiefe Denken?/ Die reich doch mit Verstand beschenkt? / Man kann sich das Gehirn verrenken, / wie man die Beine sich verrenkt.

Waltraud Aust

Bla-Bla?

Liebe RM-Redakteure,
seit Monaten verfolge ich die RM-Artikel mit immer größer werdenden Bedenken. Immer mehr wird ein Trend zu allgemeinem Bla-Bla sichtbar, ich habe hier z. B. gerade die Artikel in der Nr. 51/52 1984 vor mir. Erste Seite: **Hessen: Große Koalition, Medien: Doch „Nachverhandeln"?, SMH-Bank: Drei Festnahmen.**

Worin unterscheiden sich diese drei Artikel von x-beliebigen in irgendeiner anderen Zeitung, z.B. der „taz" oder „FR"?

Oder die Überschrift über dem nächsten Artikel: „Erfolg für Gonzalez PSOE für Spanien in der NATO". Das hätte genausogut in einem „Vorwärts" der SPD stehen können. Sollte nicht auch schon in der Überschrift die Richtung (politische) einer Zeitung zu erkennen sein. Wenn ich da den RM sehe, ist nicht viel seiner kämpferischen Haltung geblieben. Es fallen mir da spontan auch noch die ganzen Wahlanalysen ein, die hätte ich in jeder „Frankfurter Rundschau" besser gelesen.

Zweitens: die Artikel von H. Dubinsky (im selben RM — Leserbrief). Zitat: „Ich meine, die Forderung der Partei: ‚Kohl muß weg — Neuwahlen' wird von vielen Bürgern verstanden und als richtig empfunden. Daß sie auf eine saubere Regierung hoffen und auch daran glauben, ist verständlich, daß diese Hoffnung trügt und keine Anderung bringt, das müssen wir ihnen sagen und verständlich machen." Wohlgemerkt, H. Dubinsky hält diese Forderung für richtig! Das Kunststück soll er mal vormachen, den Bürgern erklären, daß diese Neuwahl keine Änderung bringt, daß Hoffnungen auf Besserung eine Illusion sind und trotzdem, Leute, fordert „Neuwahlen". Das gleicht der Quadratur des Kreises. Insofern halte ich es für richtig, wenn die Genossin W.A. diese Forderung für revisionistisch erklärt.

Und zum Letzten etwas zu diesen Leserbriefen. Ich habe immer mehr den Eindruck, daß hier nach der chinesischen Parole „Laßt hundert Blumen blühen" vorgegangen wird. Auch hier werden unter dem Motto der Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, unter dem Mantel der freien Diskussion Angriffe auf Personen und Leitfiguren des Marxismus-Leninismus geführt. Es ist mit Sicherheit auch kein Zufall, daß dies in erster Linie gegen Stalin geht. Das kommt einem merkwürdig bekannt vor …

Und das ausgerechnet der RM diese Angriffe ohne Kommentar abdruckt (daß er sie überhaupt abdruckt, finde ich schon falsch, es sei denn, er wolle sie widerlegen), daß diese Sachen dann so im Raum stehen, jeder kann sich dann seinen Reim darauf machen, das ist mit Sicherheit die falsche Richtung, in die ihr da geht.

Diskussion über die Vergangenheit, über die Klassiker, über den Sozialismus, etc. muß sein, ist lebensnotwendig, aber im Zentralorgan, der Richtschnur der Partei, solche Angriffe einfach stehen zu lassen, dach dem Motto „das Richtige wird sich schon durchsetzen", „alle müssen zu Worte kommen", das finde ich falsch. Das ist nicht Aufgabe des Zentralorgans. Man führe diese Tendenz einmal ein paar Schritte weiter, dann schreibt der aufrechte SPD-Mann einen Artikel, der ehrliche CSUler, der überzeugte NPD-Jugendliche … Wenn das nicht dazu dient, die richtige Meinung dagegenzusetzen, die Argumente aufzurollen, sie als **Grundlage für einen klarstellenden** Artikel zu benutzen, dann gehören sie nicht in den RM.

Mit freundlichen Grüßen
M. d. V.

Nicaragua

Am 7.12.84 war in Stuttgart eine Informationsveranstaltung der KJD und der Roten Maulwürfe zu Nicaragua. **Dort hielt ein Redakteur des** „Roten Morgens" einen Redebeitrag, wo er die Einladung Willy Brandts als Redner der Friedens- und Solidaritätsbewegung auf der Mittelamerikademonstration vom 3.11. mehr oder weniger verteidigte und die Solidaritätsbewegung, die dies bekanntlich ablehnte (bis auf die DKP-beeinflußten Antiimperialistischen Solidaritätskomitees) kritisierte.

Dazu will ich Stellung nehmen. Ich mache mit bei der Nica-Gruppe Stuttgart und lese den „Roten Morgen" unregelmäßig. Was ich gut find am „Roten Morgen" ist, daß er des öfteren konkrete Informationen bringt über die marxistisch-leninistische Bewegung in Nicaragua.

Die Solidaritätsbewegung besteht nicht nur aus „revolutionären Antiimperialisten" wie der RM Nr. 48 behauptet. Die Solibewegung besteht z.B. auch aus sehr christlichen Leuten, die einfach „für das Recht eines jeden Volkes auf eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung eintreten". Und weil Willy Brandt dies nicht tut, waren wir dagegen, ihn als Redner an die Spitze der Friedens- und Solibewegung zu stellen.

Auffallend ist, daß der „Rote **Morgen" aus der Mittelamerikade**monstration eine Nicaraguademonstration gemacht hat; wie übrigens die Sozialdemokraten im Koordinationsausschuß der FB auch, die damit aber bewußt den gemeinsamen Aufruf von Friedens- und Solibewegung unterlaufen haben.

SPD-Führung und Brandt sind bekannt für ihre Duarte-freundliche Haltung. W. Brandt z. B. bezeichnete die Wahl Duartes als „Sieg demokratischer Positionen". (Zitat nach dem Flugblatt der El-Salvador-Komitees der BRD und Westberlins). Brandt verurteilt Duarte nicht, der für die Bombadierung der Zivilbevölkerung in El Salvador verantwortlich zu machen ist.

Die SPD fordert, daß „Demokraten auf beiden Seiten verhandeln" sollen. (nach: Rundbrief des Informationsbüros Nicaragua, Wuppertal vom 9. 10. 84, zur Mittelamerikademo) So verstehen sie den Slogan der Demonstration „Frieden und Gerechtigkeit für Mittelamerika". Wird hier nicht der Wille der SPD-Führung klar, Druck auf die FDR/FLMN auszuüben, um sie zu spalten?

Brigitte Heinrich sprach am 3.11. für die Solibewegung. Sie informierte unter anderem auch über die konkrete Haltung der Parteien der Sozialistischen Internationale im Europa-Parlament: In der letzten Sitzung des Europa-Parlaments brachten einige Christdemokraten einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem sie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufforderten, eine Soforthilfe von rund 7 Millionen Mark an das Regime in El Salvador zu zahlen und das finanzielle Embargo der EG gegenüber El Salvador aufzuheben. Der christdemokratische Antrag auf EG-Soforthilfe hätte im nahezu leeren Europa-Parlament keine Mehrheit gefunden, wenn die Parteien der sozialistischen Internationale die Abgeordenten der SPD und ihre französischen, italienischen und belgischen Kollegen nicht nahezu geschlossen dafür gestimmt hätten.

Zu W. Brandts politischem Verhalten bei seinem Besuch in Nicaragua ließ sich auch noch allerlei sagen. Die Solibewegung hat betont, daß die USA-Regierung sich nicht nur militärisch auf die Intervention vorbereitet bzw. immer mehr bereits militärisch eingreift. Sie ergreifen darüber hinaus immer neue politische Initiativen, um diese Aggression abzusichern bzw. für sie den politischen Boden zu bereiten. Daß die SPD-Führung und die SI zwar die militärische Intervention ablehnen aber die politischen Initiativen mittragen, die die Aggressionen gegen die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika begünstigen, wird hoffentlich auch nicht die KPD leugnen wollen. Aus diesem Grund hat sich die Solibewegung dagegen ausgesprochen, W. Brandt als Redner an die Spitze von Friedens- und Solibewegung zu stellen. Diese Entscheidung widerspricht nicht, der im RM 48 genannten Aussage: „Aber die Tatsache, daß die SI und W. Brandt gegen die drohende US-Invasion auftreten, ist nicht nur für die revolutionäre Regierung Nicaraguas ein wichtiger Faktor, sondern auch für die Entwicklung einer breiten Anti-Interventionsbewegung in unserem Land."

Aus dieser Aussage oder Einschätzung kann man nicht automatisch schlußfolgern, daß die Einladung des KO-Ausschusses an W. Brandt richtig ist, so wie der Redakteur dies tut.

Wir von der Solibewegung halten es für die Befreiungsbewegungen am wichtigsten, wenn es in der BRD eine starke Friedens- und Solidaritätsbewegung gibt, die fähig ist, auf die Regierung politischen Druck auszuüben. Eine solche Friedens- und Solidaritätsbewegung können wir nicht dadurch entwickeln, indem wir uns wie der Redakteur des „Roten Morgens" dafür stark machen, Führer der Sozialdemokratie an die Spitze der Bewegung zu stellen.

Es muß den KPDlern zu denken geben, wie der „Rote Morgen" insgesamt z. B. zu den Herbstaktionen Standpunkt bezieht. Tatsache ist doch, daß das KOFAZ-Spektrum, also DKP und SPD so mit der Sorge um Organisation und Zustandekommen diverser Menschenketten beschäftigt war, das erstens die neuen Inhalte der Friedensbewegung (die Kriegsführungskonzepte AirLand-Battle und AirLand-Battle 2000 sowie die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen) in den Hintergrund geraten sind und daß die Mobilisierung zur Mittelamerikademonstration von seiten der Friedensgruppen äußerst gering ausfiel.

Nach der Meinung der Nicaragua-Gruppe in Stuttgart hätte der KO-Ausschuß entgegen dem Interesse des KOFAZ-Spektrums die Schwerpunkte auf Fulda-Gap-Aktionen und Mittelamerikademo sowie auf lokale Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit zu den neuen Inhalten legen sollen. Der vom KO-Ausschuß der FB aufgestellte „Warenhauskatalog" an Aktionen, der auch von der KPD kritiklos übernommen wurde, ließ die inhaltliche Zuspitzung sowie die bundesweite Orientierung und Stoßrichtung dieses Herbstes vermissen. Die KPD wird immer mehr zum Anhängsel der demokratischen Bewegungen, die weitgehend vom Mittelstand geprägt sind!

P.S. Ich verzichte freiwillig auf die Narrenfreiheit der Leserbriefschreiber im „Roten Morgen", die in der Regel keine Antwort erhalten von seiten der KPD-Führung! In anderen Worten: Nehmt zu den Leserbriefen Stellung! Bezieht einen Standpunkt! Es braucht ja nicht sofort sein, es kann ja auch zwei Nummern oder noch später sein. Aber auf eine Narrenfreiheit kann ich verzichten! Interessieren würde mich z.B. als Unorganisierten die momentane Haltung der KPD zur Stalin-Frage, zu Albanien, zu Hoxha, der u.a. immer wieder die türkische Militärregierung für gut heißt!

Ein Unorganisierter
der Solibewegung

Noch eine Anmerkung betr. Spendenkonto:
Ich habe den Redakteur des „Roten Morgens" angesprochen, warum ihr noch die alte Kampagne „Waffen für El Salvador" abdruckt, anstatt das gemeinsame Spendenkonto von Nicaragua- und El-Salvador-Solibewegung „100000 für die FMLN/FDR in El Salvador, 100000 Für drei Aufbauprojekte in Nicaragua". Diese Spendensammlung ist verbunden mit der gemeinsamen Kampagne „Arbeitsbrigaden für Nicaragua, Unterstützt den Befreiungskampf in El Salvador" der Nicaragua- und El-Salvador-Komitees in der BRD und Westberlin. Der Redakteur des „Roten Morgens" hielt eine gemeinsame Spendensammlung zwar auch für politisch wichtiger, aber viele Gruppen — auch Nicaragua- Gruppen und El-Salvador-Gruppen in Berlin — würden sich ja auch nicht dran halten. Deshalb würden sie weiter „Waffen für El Salvador"-Konto im „Roten Morgen" abdrucken — welch „tolle" oder vielmehr opportunistische Haltung!

Ich schicke euch den gemeinsamen Aufruf, und ich hoffe, der Redakteur überlegt sich nochmal genauer, was er da gesagt hat, und ich hoffe, andere Genossen helfen mit. Wenn man etwas als politisch sinnvoller anerkennt, muß man auch danach handeln!

R.

Meine Wünsche für das Jahr 1985!

Am 24. Dezember 84 konnten wir in der „Frankfurter Rundschau" lesen, daß Herr Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion, sagte: „Katastrophen kann man nicht feiern, und der 8. Mai 1945 steht als historisches Datum für eine der größten, wenn nicht überhaupt die größte Katastrophe der deutschen und europäischen Geschichte."

Ich kann verstehen, daß der ehemalige Offizier der Hitler-Wehrmacht die Zerschlagung des Hitler-Faschismus als die größte Katastrophe heute ansieht. Was wäre er doch für ein großer Mann, wenn der Hitler-Faschismus gesiegt hätte! Heute ist er nur ein kleiner Gestriger, der von Glanz und Gloria träumt. Für den überwiegend größten Teil der deutschen Bevölkerung war die Beendigung des verbrecherischen Krieges eine Erlösung und gleichzeitig ein Neuanfang.

Die ewig Gestrigen, die das Rad der Geschichte gerne zurückdrehen möchten, können das nicht verstehen. Sie haben bis heute kein Wort **verloren über die mißhandelten, gequälten und ermordeten Wider**standskämpfer und Soldaten, nicht nur Deutscher, nein aus ganz Europa. Allein im Konzentrationslager Sachsenhausen wurden über 18000 sowjetische Soldaten ermordet!

Aber es ist nun mal so, solange man andere mißhandeln kann — ob man es selbst macht oder es nur stillschweigend duldet — spürt man den Schmerz nicht, aber wehe es kommt dann mal anders, und der Getretene und Mißhandelte steht auf und versetzt den Henkersknechten Schläge. Dann, ja dann ist großes Geschrei, dann wird so etwas zur Katastrophe!

Heute tun einige Politiker so als **ob die Verbrechen der Nazi-Zeit nur** von der SS begangen wurde, ja sie waren die Schlimmsten, die die Befehle rücksichtslos ausführten, aber nur mit der Einwilligung vieler ach so braver Bürger, die heute noch so tun, als ob sie von nichts wüßten.

Oft höre ich, wenn man von KZs spricht, daß einige sagen, es wird wohl nicht so schlimm gewesen sein, es sind ja noch viele heraus gekommen und haben das überlebt. Andere wieder reden von der „Hölle" und von den SS-Verbrechern als Teufel und Bestien in Menschengestalt, um so zu tun, als ob es keine Menschen waren, mit denen man etwas zu tun hatte.

Die Konzentrationslager waren keine „Hölle" und auch kein teuflisches Unternehmen, sondern deutsche KZs von Deutschen für politische Gegner eingerichtet und das nicht erst 1939 sondern schon 1933. Das muß immer wieder klar gesagt werden. Die Häftlinge waren keine Verdammten, sondern Menschen wie du und ich, die den Mut hatten, ihre eigene Meinung zu sagen und zu verteidigen.

Die Folterer und Mörder waren keine Phantasie-Gestalten aus einem Horrorfilm, keine Teufel mit Pferdefuß und Schwanz, sondern biedere deutsche Männer und Frauen. Sie hatten nur eine Uniform mit einem Totenkopf, diese verlieh ihnen unumschränkte Macht über andere **wehrlose Menschen. Die Häftlinge** waren rechtlose Menschen, nur noch eine Nummer, aber sie waren nicht würdelos!

Diese Rechtlosigkeit ist für die meisten Menschen heute nicht vorstellbar und auch nicht nachvollziehbar. Nur die, die diesen Weg durch die deutschen Konzentrationslager gegangen sind, werden diese Zeit nie vergessen können. Sie, die ehemaligen Häftlinge aus Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau, Mauthausen, Auschwitz, Maidanek, um nur einige zu nennen, werden ihre Leidenszeit nicht mit „Dantes Inferno" vergleichen. Es war viel schlimmer und mit normalen Worten nicht zu schildern und zu vergleichen mit etwas anderem!

Heute stehen viele der überlebenden Alten immer noch in vorderster Linie, nicht weil sie Unruhestifter sind, sondern weil sie warnend ihre Stimme erheben gegen eine verbrecherische Politik des Antikommunismus und der Verherrlichung der menschheitsvernichtenden Rüstung und des Krieges.

Es ist richtig, die Zeit von 1933 bis 1945 wird sich so nicht wiederholen. Die reaktionären Kräfte in der BRD haben auch etwas dazu gelernt, sie kommen heute nicht mit Stiefel, Marschmusik und Uniform. Heute verhüllen sie ihre Machtgelüste und Kriegsvorbereitung hinter einer demokratischen frömmelnden Maske eines einfältigen Biedermannes und Parlamentariers. Das kommt bei dem Wählervolk gut an. Sie sprechen von Verteidigung der Freiheit und meinen doch nur ihre Freiheit der Macht und der Ausbeutung.

Um diesen Volksverdummern die Maske vom Gesicht zu reißen und ihnen den Kampf anzusagen und diesen auch siegreich zu führen, brauchen wir alle Kräfte, die diese Gefahr erkennen und bereit sind, sich einzusetzen, um den Neofaschismus und der Kriegsvorbereitung ein Ende zu machen.

Ich wünsche allen Genossen und Genossinnen Mut, Kraft und Ausdauer für das Jahr 1985. Nur in der Einheit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte werden wir unsere Aufgabe erfüllen und unser Ziel erreichen.

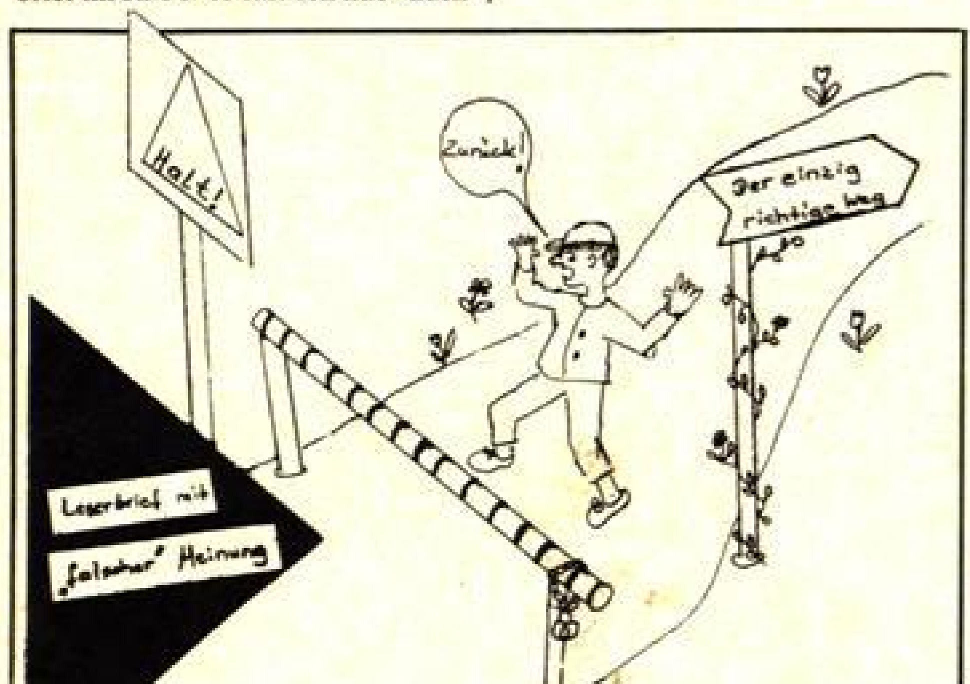
Bereiten wir uns schon heute auf den 8. Mai 1985 vor. Überlassen wir diesen Tag nicht den Reaktionären und Revanchisten. Für uns ist und bleibt der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung vom Faschismus.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Harry Dubinsky
chem. polit. Häftling, Nr. 20273 im KZ Sachsenhausen und Mitglied des Nationalkomitees freies Deutschland

Eselsbrücke

Da bin ich aber ins Nachdenken gekommen, als ich Waltrauds Leserbrief im RM 1/85 las. Ich hab' auch einen Vorschlag fürs Layout für Leserbriefe, die nicht ins Bild passen:



Also: Leserbriefe mit „falschem" Inhalt in einen schwarzen Keil negativ montieren, die richtigen dann normal, aber mit rotem Rand versehen. Gegebenenfalls kann man an das Schild, das den richtigen Weg weist, noch ein Foto von demjenigen hängen, der den immer weiß.

Schließlich **muß ja solchen** Holzköpfen wie mir, die immer nicht entscheiden können, was jetzt richtig und einzig wahrhaft marxistisch ist, deutlich gemacht werden, wo's langgeht.

Ich wär' euch echt dankbar,

Anning aus Dortmund

S. 8 Be Berichtigung

IM RM 1-2/85 ist ein sinnentstellender Fehler im Leserbrief von W. Aust. Auf Seite 8, Spalte 1, Ende des dritten Absatzes steht da „Das aber tut ihr, indem ihr solche Leserbriefe abdruckt". Im Brief steht aber „… indem ihr solche Leserbriefe **unbeantwortet** abdruckt". Was natürlich ein Underschied ist, der durch technische Fehler zustande kam. Zu dieser Kritik wurde ja bereits im letzten RM ausführlich Stellung genommen.

Korrespondenz von der Saar

„Nix wie hemm"

Der 13. Januar, kein Feiertag wie der 8. März oder der 1. Mai — auch kein Gedenktag wie der 1. September. Aber für uns Saarländer trotzdem ein historisches Datum — zum Nachdenken anregend. Der 13. Januar 1985 ist der 50. Jahrestag der sogenannten Saarabstimmung.

Von der Idylle zum Deutschen Erwachen

Daß die Festredner vor der Gefahr einen neuen Rechtsradikalismus warnen oder etwa gar dessen Ursachen ansprechen, darf nicht erwartet werden; seit Heiner Geißler wissen wir ja, daß der Pazifismus zu Auschwitz geführt hat. Nun, die zu begehenden Ereignisse sind wirklich brisant und verdienen es erwähnt zu werden: schließlich ging es damals um nicht weniger als die Frage, ob die Saarländer und Saarländerinnen an Hitler-Deutschland annektiert werden wollten oder weiterhin zwar nur eingeschränkt frei unter Völkerbundsmandat, aber dafür frei von faschistischem Terror leben wollten.

Das Ergebnis ist bekannt: 90,8 Prozent der Abstimmungsberechtigten entschieden sich schließlich für den Anschluß ans Reich, ganze 8,8 Prozent stimmten für den Status Quo. Was war in die Saarländer gefahren? Eine (zwar nur beschränkt attraktive) Alternative stand zur Auswahl; die Frage „Was wäre wenn?" hätte durchaus positiv beantwortet werden können: Das Saargebiet wäre den Faschisten erst fünf Jahre später in die Hände gefallen; in der Emigration sowie innerhalb der Einheitsfront-Parteien gab es sogar Hoffnungen, daß ein für das NS-Regime blamabler Ausgang der Saar-Abstimmung der Reichswehr möglicherweise Anlaß zum Putsch gegen Hitler geboten hätte.

Umgekehrt wußte das NS-Regime, was bei dieser Abstimmung auf dem Spiel stand, und das war mehr als das kleine Saargebiet. Ein Erfolg der Saar-Abstimmung würde das Regime populistisch legitimieren, ein nur knapper Sieg oder gar eine Niederlage dem „1000-jährigen Reich" zumindest diese Legitimation entziehen. Die Mittel der Machtergreifung an der Saar ähneln darum denen des 30. Januar 1933, mit dem Unterschied, daß sie erstmals im Ausland stattfanden und zweitens blauäugige Illusionen über die „Harmlosigkeit" der Nazis eigentlich durch die Realität hätten korrigiert sein müssen.

Für die Nazis mußte das Saargebiet heim ins Reich, und zwar mit Pauken und Trompeten. Dazu mußte die dortige innenpolitische Konstellation unbedingt geknackt werden, die ungefähr so aussah: Ein Drittel SPD- und KPD-Wähler(innen), die NSDAP/Saar mit knapp 7 Prozent schwach, nochmal knapp 12,5 Prozent Wähler(innen) der traditionell rechten Parteien und ein die politische Landschaft mit fast 45 Prozent beherrschendes Zentrum. Das hieß: Das Zentrum mußte für die „Heim-ins-Reich-Bewegung" aktiviert werden. Steigen wir an diesem Punkt in den realen Ablauf der Geschichte ein. Am 30. März 1933 hat der Völklinger Kommerzienrat, Stahlmagnat und DSVP-Mitglied Hermann Röchling einen wichtigen Termin: beim Führer persönlich. Auf seine Anregung werden (am 15. Mai) auch Vertreter der saarländischen Parteien Zentrum, DSVP, DNVP/Saar sowie der NSDAP/Saar empfangen. Zweck des Ganzen: Koordination im Hinblick auf die kommende Saar-Abstimmung. Man einigt sich, auf zwei Pferde zu setzen: die (bis dahin schwache) NSDAP/Saar, zum zweiten die bürgerlichen Parteien. Folge ist die Gründung der (ersten) Deutschen Front, die sich im Landesrat als lockere Fraktionsgemeinschaft (inclusive der saarländischen Nazis) konstituiert. Ein Ausschuß von Vertretern der angeschlossenen Parteien, darunter der „Führer" der NSDAP/Saar, Alois Spaniol, Peter Kiefer (von den christlichen Gewerkschaften) und Hermann Röchling, soll die Zusammenarbeit koordinieren.

Die Papen-connection und der Heilige Rock zu Trier

Bei einer übergroßen Mehrheit von Katholiken an der Saar geht nartürlich nichts ohne die Kirche. Dazu hatte das NS-Regime den richtigen Mann: Franz von Papen, Vorläufer Hitlers als Reichskanzler, Geheimdiplomat und Herrenreiter. Papen hat drei Qualifikationen. Er ist a) Reaktionär, besitzt b) Ländereien in Wallerfangen und als Schwiegersohn des saarländischen Keramikfabrikanten Boch connections zum saarländischen Geldadel sowie c) als Katholik die entsprechenden Verbindungen zum Bischofssitz in Trier. Aus Franz Papen kann noch was werden: ab 14. November 33 Saarbevollmächtigter der Reichsregierung. Er gründet die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher (ADK), die ab Herbst 33 rege Aktivitäten an der Saar zu entfalten beginnt (auf Anregung Papens). Diese Aktivitäten werden wiederum ausdrücklich gebilligt von den Bischöfen in Speyer und Trier.

Insbesondere im Trierer Bischof Bornewasser findet das NS-Regime einen eifrigen und vor allem einflußreichen Befürworter der Rückgliederung. Hellmut von Gerlach, Journalist, Politiker und bis 1933 im Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) und der „Liga für Menschenrechte": „Bischof Bornewasser steht offenbar in seiner Gesinnung Hitler recht nahe. Zur kirchlichen Propagandaveranstaltung ersten Ranges wird insbesondere die öffentliche Ausstellung des Heiligen Rocks Anfang 1934 in Trier. Trier hängt zu mit Hakenkreuzfahnen, und die SA steht Spalier, um die zahlreichen Pilgersonderzüge zu empfangen. Um die nationale Stimmung zusätzlich hochzuschrauben, läßt die Reichsregierung die Grenzen öffnen. Bornewassers Nazi-Promotion gipfelt in dem „Erlaß zur Saarfrage" vom 12. November 1934, der Priestern politische Aussagen glattweg untersagt, mit dem dezenten Zusatz: „Unsere Anweisung berührt nicht die sittliche Pflicht der Liebe zum angestammten Volkstum und die Treue zum Vaterland."

Im Wege steht dieser „Einheitsfront von rechts" nur noch der „Führer" der NSDAP/Saar, Alois Spaniol. Dessen grobschlächtiges und undiplomatisches Auftreten ruft sogar bei der Reichs-Nazi-Hierarchie Empörung hervor. Als Spaniol in einem Interview gegenüber einem schwedischen Journalisten im Dezember 1933 Hitler als neuen Christus bezeichnet und den Untergang der Kirchen binnen zehn Jahren voraussagt, wird er aus der Saar-Politik abgezogen. Neuer „Führer" an der Saar wird Jacob Pirro aus Homburg, ein Strohmann des pfälzischen NSDAP-Gauleiters Josef Bürckel, der nun zusammen mit Röchling die neue politische Konzeption durchsetzt.

Parallel zu ihren Mutterorganisationen im Reich haben sich bis Ende 1933 auch die bürgerlichen Parteien an der Saar selbst aufgelöst und die zweite Deutsche Front gegründet. Sie unterscheidet sich von der ersten lediglich dadurch, daß ihr die saarländischen Nazis selbst nicht angehören. Auf Bürckels Initiative und mit Rückendeckung aus Berlin löst sich die saarländische NSDAP auf und gliedert sich in die (dritte) Deutsche Front ein. Diese ist — wie die NSDAP — nach dem Führerprinzip aufgebaut. Das Verbot von SA und SS durch die Regierungskommission wird durch das Aufstellen eines sogenannten „Ordnungsdienstes" unterlaufen. Dieser ist trotz Verbot uniformiert und tritt quasi paramilitärisch auf. Die Gleichschaltung der Parteien an der Saar ist somit Anfang 1934 abgeschlossen. Die Gleichschaltung der Bevölkerung wird der nächste Schritt sein.

Die Deutsche Front: der braune Terror an der Saar

Je näher der Abstimmungstermin rückt, umso mehr durchsetzt die Deutsche Front öffentliches Leben und Gesellschaft bis in die letzten Ritzen. Der Großteil der Freien und Christlichen Gewerkschaften hat sich bereits in die „Deutsche Gewerkschaftsfront" aufgelöst: Verbände bis hin zu Sport- und Gesangsvereinen werden gleichgeschaltet. Die „Anderen", das sind „Vaterlandsverräter". Mit der Gleichschaltung verstärkt sich auch der Terror gegen die Status-Quo-Anhänger (innen): Bespitzelung, Drohung, Erpressung und körperliche Gewalt gegen Mitglieder und Sympathisanten der Einheitsfront vergiften zunehmend das gesellschaftliche Klima an der Saar.

Zunehmend übernehmen die sogenannten „Ordnungsdienste" der Deutschen Front die Straße, verprügeln Parteigänger(innen) der Einheitsfront, passen deren Flugblatt- und Plakatverteiler ab, stören Versammlungen und Kundgebungen. Bei der Einheitsfront setzt sich — als Antwort auf diesen Terror — das KPD-Konzept des Massenselbstschutzes (MSS) durch (die Selbstschutzorganisationen von SPD und KPD waren zuovr organisatorisch getrennt). Der Massenselbstschutz übernimmt die Aufgabe des Schutzes von Parteiveranstaltungen, -lokalen und (Emigranten-)Wohnheimen — und ist damit im wesentlichen auf sich allein gestellt. Zwar versucht die Regierungskommission, den braunen Terror auf der Straße einzudämmen, allerdings sind die unteren Chargen von Verwaltung und Polizei von Angehörigen der Deutschen Front durchsetzt.

Die Masse der Saarländer und Saarländerinnen wurde mit einer nationalistischen Propaganda ohnegleichen breitgeschlagen. Die Parolen „Deutsche Mutter — heim zu dir!" oder — einfach saarländisch — „Nix wie hemm!" zeigen, wohin der Zeitgeist weht. Das saarländische Winterhilfswerk schickt Bergleute zur Kur ins Reich; daß sie sich dort nicht einfach nur wohlfühlen sollen, ist klar. Nur wenige machen sich die Mühe, dort aus dem gestellten Kurparadies auszubrechen und einen Blick in den Hinterhof zu werfen. Die es tun, bekommen auch die Schattenseite des „1000-jährigen Reiches" zu sehen: Hunger, Elend, Arbeitsdienst, Terror.

Im Gegensatz zur Einheitsfront wendet die Deutsche Front eher entpolitisierende Formen der Propaganda an, Formen, die die Gefühle ansprechen und nicht den Kopf: Bierfeste, Fackelmärsche, martialisch aufgezogene Kundgebungen lassen Sehnsüchte hochkommen: nach Gemeinschaft, nach dem Einfachen. Heim ins Reich! Daß die Gemeinschaft im Schützengraben landen wird, zwei und zwei zusammengezählt und vier erhalten —, diese Gedanken machen sich außerhalb der Einheitsfront nicht allzuviele.

Die Einheitsfront: ein kurzes Gefecht auf einem verlorenen Posten

Die anderen, die „Vaterlandsverräter" — das sind ab Anfang 1934 die Anhäger(innen) und Sympathisant(inn)en der Einheitsfront, bestehend im wesentlichen aus SPD und KPD/Saar, einigen nicht gleichgeschalteten Resten des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften, Splittergruppen, Emigranten und Einzelkämpfern.

Sieht man sich die politische Konstellation im Saargebiet 1934 an, denkt man unwillkürlich an den Vergleich mit Goliath und dem kleinen, aber tapferen David. Nun, tapfer vielleicht. Im Gegensatz zur biblischen Sage hatte der saarländische David keine Chace; selbst bei realistisch denkenden Parteigängern der Einheitsfront ging es im Grunde nur darum, mit möglichst vielen Status-Quo-Stimmen etwas am braunen Lack des NS-Regimes zu kratzen. Dies konnte auch durch noch so viel Idealismus nicht wettgemacht werden.

Die Einheitsfront hatte genau das nicht, was die Deutsche Front (scheinbar) so attraktiv machte: eine (scheinbar) einfache Losung. Die lateinischen Wörter Status Quo wurden von den saarländischen Bergleuten und Hüttenarbeitern schlichtweg nicht verstanden. Status quo, das mußte lang und breit erklärt werden, „Heim ins Reich!", das war einfach.

Erschwerend hinzu kommt, daß die Parteien der Einheitsfront ja bis 1933 auch „heim ins Reich" wollten, allerdings nicht in das der Nazis. SPD und KPD müssen 1933 ihre Stellung zur Saar-Abstimmung revidieren. (...)

Finale und Abschluß des Saarkampfes bildeten die beiden Kundgebungen vom 6. Januar 1935, eine Woche vor der entscheidenden Abstimmung: die der Einheitsfront auf dem Kieselhumes und die der Deutschen Front auf dem Wackenberg (beides Saarbrücken). Bei winterlichen Temperaturen — es fällt Schnee — versammelt sich auf dem Kieselhumes (laut Arbeiterzeitung) 100000 bis 150000 Menschen. Sie ist zugleich die größte und letzte der Einheitsfront.

Die Deutsche Front karrt ihre Anhänger mit Sonderzügen heran. Der „Ordnungsdienst" sorgt ab dem Saarbrücker Bahnhof dafür, daß sie auf keinen Fall mit der Propaganda der Status-Quo-Befürworter konfrontiert werden. Für die Einheitsfront ist die Kundgebung vom Kieselhumes zugleich Höhepunkt und Ende.

In der Woche bis zur Abstimmung eskaliert der Terror der „Ordnungsdienste" nochmals. Am Wahltag selbst steht die saarländische SA Spalier vor den Wahllokalen. Die Anonymität des Wahlvorganges ist unter diesen Umständen eine Farce. Die Aktivisten und Aktivistinnen der Einheitsfront können sich vergegenwärtigen, im (wahrscheinlichen) Fall ihrer Abstimmungsniederlage entweder schutzlos dem braunen Terror ausgeliefert zu sein, in den Untergrund oder ins Exil gehen zu müssen. Insbesondere in kleineren Ortschaften sind Status-Quo-Stimmen leicht auf ihre Urheber zurückzuführen. Die Schwarzen Listen von Deutscher Front und Gestapo tun das Ihrige zur Einschüchterung. Das Ergebnis ist bekannt: mehr als 90 Prozent der Saarländer(innen) stimmten (unter diesen Bedingungen) für den Anschluß an Hitler-Deutschland.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Ergebnisses zwei Tage später eskaliert der ohnedies schon schlimme Terror der Deutschen Front nochmals. Von den Nazis organisiert, belagert der Mob die Buchhandlung der SPD/Saar in Saarbrücken. Die Nazis fotografieren jede(n), der ein- und ausgeht. Eingeworfene Fensterscheiben und brennende Fackeln in Wohnungen sind keine Seltenheit. Für den Abend des 15. Januar organisiert die Deutsche Front einen Fackelzug, der durch Saarbrücken marschiert. Einzelne Verbände der saarländischen Polizei marschieren hier bereits geschlossen mit. Die Emigrantenbereitschaft der Saarbrücker Ulanenkaserne, also der Massenselbstschutz, soll bereits entwaffnet worden sein. Im Theaterkaffee und im „Stiefel" in Saarbrücken werden — falls es zum Schlimmsten kommt — an Emigranten und einheimische Kommunisten 10 Schuß Munition ausgegeben.

Unter den Prominenten der Einheitsfront setzt die Fluchtbewegung unmittelbar nach der Abstimmung ein. Die Ehefrau Max Brauns soll — nach Gestapo-Meldungen — bereits am 14. Januar nach Forbach geflohen sein. Max Braun selbst scheint das Saargebiet am 15. oder 16. Januar verlassen zu haben. Beide kamen nicht mehr zurück.

Schlimmer noch ist der Terror auf dem Land, während in Saarbrücken vorerst noch gewisse (diplomatische) Rücksichten genommen werden. Noch glimpflich ergeht es einem Status-Quo-Anhänger in Friedrichsthal, den eine aufgebrachte Menge aus seinem Haus auf die Straße zerrt. Die Menge führt ihn mit einem demütigenden Plakat umehr; er muß sich mehrfach dafür entschuldigen, daß er 1933 eine Hakenkreuzfahne eingeholt und verbrannt hat.

Nach dem 15. Januar geht der Kleinkrieg weiter, mit dem Unterschied, daß die eine Seite bereits in Auflösung begriffen ist. Dennoch gibt es gelegentlich Schießereien. Am 19. Januar wird der Ortsgruppenleiter der Deutschen Front in Dudweiler von Unbekannten angeschossen. Schließlich: Es stehen noch alte Rechnungen offen, die auf ihre Begleichung warten.

Das Saargebiet wurde mit Pomp und Gloria angegliedert. Im März 1935 übertrug die Regierungskommission Hitlers Außenminister Frick die saarländischen Geschicke, der im selben Monat in Saarbrücken mit Pauken und Trompeten empfangen wurde.

Trotzdem blieb das Saargebiet bis etwa 1937 eines der streikfreudigsten Gebiete des Reiches; übertroffen wurde es gerade noch vom Kohlenpott. Danach war auch an der Front — für die Herrschenden — ruhe. Es war der Vorabend des zweiten Weltkrieges.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Bielefeld: RHD-Jubiläumsfest

Am 26. 1. wird die Rote Hilfe Deutschlands 10 Jahre alt. Aus diesem Anlaß findet ein informatives und unterhaltendes Fest in Bielefeld statt.

— Achtung — Neuer Raum —

Gefeiert wird am 26. 1. 85 im Internationalen Begegnungszentrum (IBZ), bekannt auch als Friedenshaus an der Ecke Teutoburger/Webereistraße in Bielefeld.

FRAUENSEMINAR

Zum § 218
Referate und Diskussionen zu: Geschichte des § 218, Familien- und Sozialpolitik der Wenderegierung (unter dem Aspekt § 218), Selbstbestimmungsrecht der Frau im Sozialismus, Aktionsmöglichkeiten, Gewerkschaften.
Unkostenbeitrag: 25,— DM
Anmeldung an: Frauenabteilung der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 jeweils in 4600 Dortmund 30
Anmeldeschluß: 17. Januar 85
Termin: Wochenende 26. und 27. Januar 85

Solidarität mit den britischen Bergarbeitern!

Solidarität ist kein Fremdwort

Der zweite Teil des Reiseberichts aus England beginnt im Miners Welfare Club von Kellingley, einer Bergarbeitersiedlung nördlich von Doncaster, wo sich die größte Zeche von South Yorkshire befindet.

Der Reisebericht einer Oldenburger Gruppe aus drei Arbeitslosen und vier Mitgliedern des ASTA der Uni wird demnächst auch als Broschüre erscheinen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Autoren auch bereit sind, im norddeutschen Raum zu Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen zu kommen, sie können berichten, Dias zeigen und einen Super-8-Film zeigen. Kontakt über die Redaktionsadresse RM.

An den Wänden hängen Plakate, z. B. Solidaritätsplakate der CGT aus Frankreich, und auch eine Liste der örtlichen Streikbrecher, die „Scabs“ heißen — Eiterbeulen. Ganze 73 gibt es in der Zeche nach über zehn Monaten Kampf, zu wenig, um die Anlage betreiben zu können. Trotzdem werden sie jeden Tag mit einem Riesenpolizeiaufgebot zur Arbeit gefahren, das heißt, zum Nichtstun. Als Quasi-Gefangene der Polizei müssen sie acht Stunden in der Zeche absitzen, für gutes Geld, versteht sich!

Es gibt Kekse und Tee, wir stehen und trinken, die Müdigkeit ist bei allen verflogen; ich habe Zeit für Gespräche mit ein paar Frauen aus der Küche.

—Wie sie das finanziell durchstehen?

Meine erste Gesprächspartnerin weiß das selbst nicht. Der Mann streikt, bekommt deswegen auch kein Geld, Streikunterstützung kann die NUM nicht zahlen. Eigentlich hätte sie und ihr Kind Anspruch auf 21 Pfund Sozialhilfe in der Woche, der Staat setzt allerdings voraus, daß 16 Pfund Streikgelder gezahlt werden und zieht die einfach ab. So bleiben 5 Pfund zum Leben. Als Streikposten bring ihr Mann 1 Pfund am Tag heim — irgendwie muß es gehen.

Ich lasse mir eine zweite Tasse Tee einschenken und frage die Frau hinter der Theke, eine Mittvierzigerin, wie sie zurechtkommt. Mit einem Lächeln aus Hilflosigkeit und unterdrückten Tränen erzählt sie mir, daß ihr Mann natürlich streikt und ihr Sohn seit fünf Jahren arbeitslos sei. „Er ist 25, aber wenn er sich bewirbt, dann schreiben sie zurück, er sei zu alt. Er war ein Bergmann wie sein Vater und hatte dann einen Arbeitsunfall. Seitdem ist er körperlich behindert — und arbeitslos.“ Das Häuschen ist noch nicht bezahlt, sie konnten mit der Bank vereinbaren, daß sie nur eine symbolische Summe von 15 Pfund im Monat bezahlen, die sie sich irgendwo abknapsen. Von Montag bis Freitag arbeitet sie elf Stunden täglich im Welfare Club. „Man muß sich beschäftigen, um über die eigene schlechte Lage nicht nachdenken zu müssen.“ Bei alledem wird die Notwendigkeit des Streiks überhaupt nicht in Frage gestellt — Klassensolidarität!

An einem Tisch werden Sandwiches geschmiert, die Frau ist jünger, also frage ich mal, wie es mit den Kindern geht.

— Nun, die Älteren verstehen das, mensch kann mit ihnen über diese Sache reden. Ihr Sohn bekam vor dem Streik 1 Pfund Taschengeld in der Woche, jetzt verdient er sich das Geld mit Baby-Sitting und dergleichen. Letzte Woche war er zum erstenmal mit seiner Mutter beim flying picketing, was ja illegal ist. So solidarisieren sich die Kinder mit dem Kampf der Eltern, der auch die Arbeitsplätze der Kinder sichern soll. Bei kleineren ist es schon schwieriger. Da sind gerade die Spielzeug-Spenden eine wichtige Unterstützung, denn die Kleinen müssen beschäftigt werden.

Andere erzählen, daß in letzter Zeit viele Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche gemacht worden sind, damit sie nicht gegen ihre Eltern ausgespielt werden können. Denn die Regierung arbeitet mit allen Tricks.

Wie denn immer wieder in Gesprächen der Haß auf die Regierung, das „tory government“ deutlich wird. Die gesamte Kohleindustrie ist verstaatlicht, untersteht dem NCB (National Coal Board), dessen Handlungen direkt die ökonomische Politik des „Thatcherismus“ widerspiegeln. In einer britischen Zeitung las ich den selben Tag, daß ein Funktionär des NCB, der laut über Verhandlungen mit der NUM nachdachte, sofort von Thatcher zurechtgewiesen wurde, weil an Verhandlungen mit der NUM nicht zu denken sei.

Auf das Konto der Regierung geht natürlich auch das größte Polizeiaufgebot der britischen Geschichte, das zumindest South Yorkshire in einen Polizeistaat verwandelt hat. Keine fünf Minuten vergehen, in denen mensch nicht mindestens einen Polizisten oder ein Polizeiauto sieht, Aufmärsche von 2000 bis 3000 Polizisten gegen ein paar hundert flying pickets sind an der Tagesordnung, Verhaftungen und Verletzungen machen selbst vor ausländischen Delegationen nicht halt. „Wir hatten hier ein paar belgische Gewerkschafter“ berichtete ein NUM-Funktionär aus Yorkshire, „die mitgingen zum flying picketing, um sich den Polizeistaat in Aktion anzusehen. Der Erfolg war, daß sie mit Schlagstockverletzungen und Hundebissen ins Krankenhaus eingeliefert wurden.“

—Warum dieser kleine Exkurs?

Der Kampf der britischen Bergarbeiter beweist nur, daß eine Forderung nach Verstaatlichung allein noch nicht viel bringt, die Industrie und die Produktion muß vor allem vergesellschaftet und tatsächlich von der Gesellschaft kontrolliert werden; und das geht in diesem System auf keinen Fall. Profitmaximierung heißt auch in den verstaatlichten Industrien die Parole!

Der Sprecher der NUM in Kellingley fährt mit uns zur Zeche raus. Ein kerniger Schotte, der ein abgehacktes Englisch spricht, Schnauzbart, Schirmmütze und karierte Jacke, Gewerkschafter durch und durch, der sich nichts anderes vorstellen kann, als daß die Angehörigen einer Klasse, eines Berufes, eines Betriebes füreinander einstehen. Solidarität ist für ihn kein Fremdwort!

Wie ist das, warum streiken in Nottinghamshire, der Nachbarregion, so wenige? „Weil die Illusionen haben!“ Es stimmt, fährt er fort, daß die Miner dort wegen der hohen Produktivität der Zechen im Schnitt hohe Zuschläge verdienen und damit geködert werden. Aber auch in dieser Region sollen 50 Prozent der Zechen geschlossen werden — und außerdem, er deutet unterschwellig an, daß das auch eine Frage des Klassenbewußtseins ist, denn Kellingley streikt, obwohl die Bergarbeiter auf dieser Zeche den höchsten Bonus unter den 53 Bergwerken in South Yorkshire verdienen.

Täglich bringen auch jetzt, nach zehn Monaten Streik, noch 250 aktive Streikposten auf die Beine, die Streikfront steht, obwohl die Regierung mit allen erdenklichen Mitteln arbeitet, um den Kampf der Miner zu kriminalisieren. Zwei Beispiele nennt er uns:

• Auch in England erhalten Bergarbeiter ein Kohledeputat, allerdings nur, wenn sie arbeiten. Das bedeutet, in diesem Jahr gab's kein Heizmaterial für den Winter. Selbthilfe wird dagegen gesetzt, alte Abfallhalden durchsucht, Restkohle von seit Jahren stillgelegten Zechen geholt usw. Früher hat das niemanden gestört, wenn mensch sich so „bediente“, jetzt auf einmal werden die Leute wegen Diebstahl verhaftet — die heiligste Kuh des Kapitalismus, das Eigentum wird angetastet!



Trotz der Härte und der Länge des Arbeitskampfes: gute Laune bei den streikenden Bergarbeitern in Yorkshire.

• Das zweite Beispiel von Klassenjustiz ist noch offensichtlicher: Ein Gesetz aus dem Jahr 1745 muß herhalten, um Streikende zu verhaften; „besetting-law“ zu Deutsch etwa „Belagerungs-, Nötigungsgesetz“. Geht man z.B. zur Wohnung eines Streikbrechers, um mit ihm zu reden, um ihn zum Streiken zu bewegen, so kann man aufgrund dieses Gesetzes arrestiert werden. Wobei es keine Rolle spielt, ob man alleine oder mit mehreren hingeht!

Wir stehen auf dem Parkplatz vor dem Zecheneingang, auch hier eine kleine Hütte, in der sich die offiziellen Streikposten aufhalten. „No pigs“ — keine Bullen, steht groß drauf, und das ist verständlich. Auf dem Zechengelände, das von einem hohen Maschendrahtzaun mit Stacheldrahtbesatz wie eine Kaserne umgeben ist, stehen etwa 10 bis 20 Wannen. Als ich vor ein paar Jahren an einem sonnigen Wochentag am KKW Grohnde vorbeifuhr, sah das ähnlich aus. Kaum sind wir da, belebt sich auch schon die Szene. Polizisten laufen eifrig zwischen Wagen und Gebäuden hin und her, beobachten uns — und wir sie. Manchester Polizei ist hier eingesetzt, die lokale Polizei ist woanders in Aktion gegen die Streikenden, von wegen dem Zusammenleben nach dem Streik, erzählen die Miner.

Wir sollten doch mal um fünf Uhr in der Früh kommen, wenn Schichtwechsel ist. Dann steht alles voll mit Bullenautos, die Scabs werden von der Polizei ins Werk eskortiert. Aber ein Streikbrecher, sagen sie, ist sowieso praktisch ein Gefangener. Vom Haus zur Zeche und zurück eine Polizeieskorte, das Haus von den Bullen bewacht, jedem Scab stehen drei persönliche Bewacher zu, die ihn in der Öffentlichkeit begleiten. Ein lebendes Schandmal der Arbeiterbewegung!

Zu den Streikbrechern zählt die Regierung auch Leiharbeiter, Handwerker, die Auftragsarbeiten ausführen, usw. Die Regierung dachte, mit Leiharbeitern den Streik unterlaufen zu können. Doch das ging schief. Dabei hat Maggies Sippe selbst Dreck am Stecken. In Maltby, einer Zeche südlich Rotherham, bestand ein Vertrag mit einer Sklavenhändler-Firma, die Denis Thatcher gehört, dem von der BRD-Presse so gern als unter dem Pantoffel stehend, trollig dargestellten Ehemann von Maggie.

— Ob der Streik denn schon sichtbare Erfolge hat?

Oh ja, die Drags Power Station, das Kraftwerk, das mit Kellingley-Kohle befeuert wird, hat zwar noch Vorräte, die wegen der schlechten Qualität aufgrund der langen Lagerung im Freien nicht verarbeitet werden können. Normalerweise muß diese Altkohle mit frisch geförderter vermischt werden. Jetzt versuchen sie eine Mischung aus Öl und Kohle zu verbrennen, allerdings gibt es deswegen viele Betriebsunfälle. Lange, meint der Schotte, können die so nicht mehr weitermachen.

Wir müssen gehen, die drei Siverwood-Kollegen sollen uns zum verabredeten Essensort bringen. Auf der Rückfahrt zum Kellingley Club fragt mich der Schotte mit einem bitteren Tonfall, wie mir das gefalle.

„Für einen Bundesdeutschen ist es schwer vorstellbar, daß ein Arbeitskampf mit solcher Härte geführt wird. Vor allem das überall so massive Vorgehen der Polizei!“

„Ich bin ein guter Gewerkschafter“, antwortet er mir, „und alles was ich will, ist ein Job auch für meinen Sohn. Ich bin auch kein Gewalttäter. Aber vor zehn Moanten konnte ich mir nicht vorstellen, daß Britannien sich so entwickelt. Was Hitler im zweiten Weltkrieg mit uns nicht geschafft hat, das versucht die Thatcher-Regierung jetzt nachzuholen.“

„Und die Unterstützung vor Ort?“

— Die sei deswegen so gut, weil Kellingley früher bekannt war wegen seiner Glasindustrie. Die wurde zerstört und den Leuten die Arbeit und die Perspektive für die Zukunft genommen. Die wissen, das das heißt, die können verstehen, warum die Bergarbeiter kämpfen. „Natürlich“, sagt er in seinem abgehackten Englisch und sein Gesicht wird dabei ernst, „die psychologische und die physische Belastung der Leute ist sehr groß. Schulden, Hungern, kein Strom, kein Gas usw. Aber das ist die Unterdrückung der herrschenden Klasse, jetzt machen sie das offen und zeigen ihr wahres Gesicht!“

Leider können wir nicht zum Mittagessen bleiben und uns weiter unterhalten; zum Abschied geben wir für die Küche noch 200 DM von den Spendengeldern, das wird hier dringend benötigt!

Auf dem Weg nach Mexborough, wo wir Mittagessen sollen, gibt es nochmals Gelegenheiten, die Realität in dieser vielgepriesenen Urmutter aller Demokratien zu erleben. Ständig werden wir von Einsatzfahrzeugen der Polizei überholt. Selbst in Mietwagen sitzen die Bullen, da die eigenen Fahrzeuge nicht ausreichen. Die Polizisten melden sich für diesen Dienst freiwillig, bekommen dafür etwa das drei- bis vierfache des üblichen Gehalts.

„Erzähl das überall. It's really a police state. Man kann sich nicht mehr frei bewegen.“ Illusionen über einen demokratischen Staat äußern sich in diesen Klagen. „It's bitter in a free country. — Es ist bitter, traurig, so etwas in einem freien Land erleben zu müssen.“ Aber Klassenkampf ist ja immer auch ein gut Stück Schulung über die wahren Verhältnisse im kapitalistischen Staat.

South Yorkshire ist das Herz dieses Streiks: 53 Zechen mit 56000 Bergarbeitern drängen sich auf einem Gebiet etwa von der Größe des Saarlandes, 30 Prozent der Kohleförderung des ganzen Landes findet hier statt. Die Silhouetten der Fördertürme und der Kohlekraftwerke sind allgegenwärtig, die Kohle beherrscht die Region — noch! Wenn es nach dem Willen des NCB geht, wird bald die Armut diese Region beherrschen.

Stahl und Kohle bilden auch das Rückgrat der Industrie von South Yorkshire, beide stehen auf der Abschußliste des Kapitals, da beide zu wenig Profite abwerfen. Zuerst wurden die Stahlwerke geschlossen, unter dem Management des selben MacGregor, der jetzt Direktor des NCB ist. Jetzt sollen die Zechen dran glauben. Ersatzarbeitsplätze werden nicht angeboten, die Arbeiter/innen ins existenzielle Nichts gestoßen. Überflüssig — in machen Orten schon 30 bis 40 Prozent der arbeitsfähigen Bewohner. Perspektivlosigkeit und Resignation breitet sich aus, aber auch der Kampfwille bei den Minern. Denn die wissen, daß sie tatsächlich nichts mehr zu verlieren haben. Auch wenn sie zurückgehen in die Zeche, in zwei, drei, fünf Jahren liegen sie auf der Straße mit der Gewißheit, nie wieder Arbeit zu bekommen. Deswegen ist es auch jetzt nicht schwer, sie zum Weitermachen aufzufordern. Nach meinen Eindrücken beteiligen sich etwa 10 bis 20 Prozent aktiv am Streik, während der Rest streikt, weil es für sie normal ist, daß die Arbeiter eines Zweiges zusammenhalten und mensch keinem in den Rücken fällt.

Die Landschaft ist sanft und wellig, viel Grün, Kühe grasen im Schatten von Kraftwerken und Fördertürmen, die oft unvermittelt da stehen. Industrieruinen sind allgegenwärtig — sichtbare Zeichen der Krise. Auf den Zechen und auf Kohlehalden kann man Kohlenklauer beobachten, schnell springen sie mit ihren gefüllten Säcken über die Straße und verschwinden im Gebüsch — nur nicht von den Bullen erwischt werden!



In Mexboorough suchen wir die Aula des Technical College, die der NUM bis Weihnachten für ihre öffentliche Küche zur Verfügung gestellt worden ist. Etwa 600 bis 700 Essen werden hier pro Tag ausgegeben; wer hat, zahlt 10 Pence dafür. Pro Woche stehen den Küchenfrauen 600 Pfund zur Verfügung, leicht vorzustellen, daß die Qualität des Essens je nach Einkaufsmöglichkeit schwankt. An den drei Tagen, die wir dort zu Mittag aßen, gab es jeweils gebratene Kartoffeln, ein Gemüse und ein wenig kaltes Fleisch sowie eine Tasse Tee pro Person. Die Beschäftigten der Werkskantine arbeiten jetzt hier und bekommen dafür soviel wie die Streikposten — 1 Pfund pro Tag.

Meldungen

Türkei

Hungerstreik

Seit dem 24. Dezember sind 70 politische Gefangene im türkischen Militärgefängnis von Adana im Hungerstreik. Sie waren, nachdem sie sich geweigert hatten, die türkische Nationalhymne zu singen, in eine einzige Zelle gesperrt worden. Auch in den Gefängnissen von Gaziante und Karamanmaras protestierten mehrere politische Gefangene gegen ihre Haftbedingungen, die Einschränkung ihrer Verteidigerrechte und die Folter. Angehörige der Gefangenen veröffentlichten in Istanbul eine Erklärung, in der sie im Namen der Hungerstreikenden die Abschaffung der Todesstrafe fe, ein Ende der Hinrichtungen und eine Generalamnestie sowie eine Verbesserung der Haftbedingungen fordern.

Chile

Vertuschung

Nachdem ein ehemaliger höherer Angehöriger der Sicherheitspolizei des Diktators Pinochet zum Volk „übergelaufen" ist, sind erschreckende Einzelheiten über das Schicksal verschwundener politischer Gefangener bekanntgeworden. Die katholische Kirche hatte beantragt, das Verschwinden von mindestens 14 Gegnern der Militärdiktatur zu untersuchen. Der Oberste Gerichtshof Chiles hat am vergangenen Montag diesen Antrag abgelehnt. Angehörige der Verschwundenen protestierten gegen diese Entscheidung, die der Vertuschung der Verbrechen der Diktatur dient.

Der ehemalige Angehörige der Sicherheitspolizei hatte ausgesagt, daß die vierzehn Regimegegner in Kasernen und Verließen des Geheimdienstes gefoltert worden sind. Mehrere Gefangene wurden später aus Hubschraubern ins Meer geworfen, nachdem ihnen die Bäuche aufgeschlitzt wurden, damit sie nicht an der Wasseroberfläche treiben sollten.

Österreich

Bau-Pause

Der breite Widerstand in Österreich gegen den Bau des Kraftwerkes bei Hainburg an der Donau hat einen ersten Teilerfolg errungen. Vorläufig sind die Arbeiten unterbrochen. Der Protest richtet sich gegen die massiven Einschnitte in die Donauauen, die der Kraftwerksbau mit sich bringen würde. 30000 Menschen hatten in Wien demonstriert, tausende haben das Baugelände bei den beginnenden Rodungen besetzt. Der brutale Polizeieinsatz am 19.12. hat den Widerstand nicht brechen können, im Gegenteil, die Diskussion über das Kraftwerksprojekt wurde verstärkt. Die SPÖ/FPÖ-Regierung hat die Bauarbeiten zumindest für diesen Winter gestoppt. Aber: „An der Errichtung eines Kraftwerkes bei Hainburg wird festgehalten", beschloß die Regierung einstimmig. Der Widerstand wird weitergehen.

Ecuador

Tote beim Generalstreik

Tote und Verletzte, eine unbekannte Zahl von Verhafteten, das ist die Bilanz der Reaktion des Staates auf einen zweitägigen Generalstreik in Ecuador. Anlaß für die Protestaktion der Gewerkschaften, die von breiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen wurde, war wieder einmal eine Welle von Preiserhöhungen auf Grund eines Diktats des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Obwohl es in Ecuador reiche Erdölvorkommen gibt und die Exportquoten ständig steigen, ist das Land verschuldet. Als Ecuador beim Internationalen Währungsfond einen neuen Beistandskredit beantragte, um seine Auslandsschulden überhaupt weiter abbezahlen zu können, diktierte der IWF zur „Stabilisierung" der ecuadorianischen Wirtschaft massive Preiserhöhungen, die vor allem das Volk betraf. So wurde zum Beispiel der Treibstoff über Nacht um 90 Prozent teurer.

Die Gewerkschaften des Landes riefen dagegen zum 48stündigen Generalstreik auf. Fast alle Fabriken und Geschäfte blieben geschlossen. Die Regierung schloß alle Schulen. Lediglich die Erdölproduktion war vom Streikaufruf ausgenommen, hier gab es nur symbolische Maßnahmen. Zu den Zwischenfällen, Schießereien, Festnahmen und Polizeieinsätzen kam es vor allem in der Hauptstadt Quito. Hier zogen die Arbeiter durch die Straßen um die sofortige Rücknahme der Preiserhöhungen zu fordern. Allein am ersten Streiktag starben fünf Menschen in der Hauptstadt, mehr als 50 wurden verletzt, 300 bis 400 wurden verhaftet. Die „Vereinigte Arbeiterfront", der größte Gewerkschaftsverband Ecuadors will nach dem zweitägigen Streik überall Versammlungen abhalten, bei denen über eine Fortsetzung der Kampfmaßnahmen gegen das IWF-Diktat beraten werden soll.

Nach den ersten freien Wahlen

Ortega ist Präsident Nicaraguas

Seit dem vergangenen Mittwoch besitzt Nicaragua erstmals ein Parlament, das in freien Wahlen gewählt wurde. Fünf Jahre nach der sandinistischen Revolution von 1979 hatten Anfang November vergangenen Jahres die Wahlen stattgefunden. Mit der Arbeitsaufnahme des Parlaments hat die „Junta des Nationalen Wiederaufbaus" die seit der Revolution die Geschicke des Landes leitet, die Macht abgegeben. Höhepunkt der zweitägigen Feierlichkeiten aus diesem Anlaß war die Amtseinführung des neuen Präsidenten Nicaraguas, Daniel Ortega.

Bei seiner ersten Rede als Präsident schlug Ortega versöhnliche Töne an. Amnestie für Contras, die zurückkommen und die Waffen niederlegen, Dialog mit der Kirche und der Opposition, Verhandlungen mit den USA und Lohnerhöhung für die Arbeiter waren die wichtigsten Themen. Große Versprechungen, die die Sandinistische Befreiungsfront, die eine Zweidrittelmehrheit im neuen Parlament hat, erfüllen muß. Viel wird sicher auch von dem Verhalten der Nachbarländer abhängen, die bei den Feierlichkeiten nicht vertreten waren. Aus der Region war als einziger Staatschef Fidel Castro angereist. Ob zu soviel Optimismus, wie Ortega ihn verbreitete, Anlaß besteht, ist fraglich.

Denn unterdessen gehen die Aktivitäten der Contras gegen das freie Nicaragua weiter. Immer wieder kommt es zu Überfällen, zu Mord und Brandschatzungen. Die sandinistische Armee ist aber in vielen Gebieten jetzt zur Offensive gegen die



Trupps der Eindringlinge übergegangen. Die Contras wären schon lange kein Problem mehr für Nicaragua, würden sie nicht so massiv von den USA unterstützt, spielten sie nicht die Rolle von Werkzeugen des US-Imperialismus in einem unerklärten Krieg. Die neue Führung Nicaraguas ist sich dessen aber genau bewußt. In einem „Spiegel"-Interview, kurz vor seinem Amtsantritt, wurde der designierte Präsident Ortega gefragt, ob er als Staatspräsident weiterhin die Hymne der Sandinistischen Befreiungsfront singen würde, in der es heißt: *„Der Yankee ist der Feind der Menschheit".* Ortega antwortete darauf: *„Natürlich. Reagan hat die traditionelle US-Politik der Drohungen und Invasionen in Lateinamerika wieder aufgenommen. Ich glaube, daß mit dieser US-Regierung jede Verständigungsmöglichkeit vorüber ist. Diese US-Regierung hat dem Volke Nicaraguas den Krieg erklärt. Dieser Yankee mordet jeden Tag Kinder in unserem Land. Deshalb sind wir verpflichtet, die Strophe zu singen, in der es heißt ‚Yankee, Feind der Menschheit'".*

20 Jahre bewaffneter Widerstand

Festnahmen in der Westbank

In der Nacht vom 31. Dezember 1964 auf den 1. Januar 1965 begann der bewaffnete palästinensische Widerstand mit verschiedenen kleinen militärischen Operationen. Heute — 20 Jahre später — steht die palästinensische Befreiungsfront trotz der politischen Krise, die sich auf dem letzten Nationalkongreß in Amman zeigte, weiterhin unbestritten an der Spitze des Volkes, das für einen eigenen Staat, gegen die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik des Zionismus kämpft.

Am 20. Jahrestag der Gründung der Palästinenserorganisation „El Fatah" fanden im ganzen Westjordanland Demonstrationen statt. Die israelische Polizei ging dabei gegen die Demonstranten vor und verhaftete viele. Nach palästinensischen Angaben sollen die Besatzungsbehörden in der Westbank in den Tagen vor dem Jahrestag bereits 500 „vorbeugende" Verhaftungen vorgenommen haben. Ein israelischer Militärsprecher bestätigte diese „Welle von vorsorglichen Festnahmen".

Überschattet wurde der Jahrestag durch die Ermordung des Palästinenserführers Fahd Kawashmeh, einem Mitglied des Exekutivkomitees der PLO und früherem Bürgermeister von Hebron. Hier in Hebron fand auch ein Trauermarsch für Kawashmeh statt, bei dem mindestens 800 Personen von israelischen Soldaten brutal überfallen und mit Tränengas auseinandergetrieben wurden. In der Stadt Nablus und in anderen Orten wurden israelische Militärfahrzeuge von Palästinensern mit Steinen beworfen.

Unterdessen wächst auch in Israel der Widerstand gegen die Besatzungspolitik. Immer öfter verweigern israelische Bürger den Wehrdienst, vor allem wenn sie zu im Libanon stationierten Einheiten einberufen werden. Die Gerichte müssen deswegen immer wieder Leute verurteilen. Offensichtlich glaubt man nicht mal mehr in Israel an die Versprechen der Regierung, sich aus dem Libanon zurückzuziehen. Nachdem der eigentliche Grund, die PLO-Bastion Beirut, nicht mehr existiert, gibt es zwar andauernd Rückzugsverhandlungen und große Versprechungen, aber die Regierung von Israel will allerhöchstens über einen Teilrückzug, eine Demarkationslinie im Libanon, verhandeln. Die Zerstrittenheit der wichtigen politischen und militärischen Kräfte des Libanon kommt ihr dabei zugute. In dieser Woche sollen neue Verhandlungen über die Zukunft des Südlibanon unter israelischer Besetzung geführt werden.

Südafrika — Gewerkschafter vor Gericht

Solidarität mit den angeklagten Streikführern

Gegen die Streikführer und Verantwortlichen für den Generalstreik vom 6. und 7. November vergangenen Jahres beginnt am 31. Januar ein Prozeß. Der Generalstreik, der das ganze Leben in der Provinz Transvaal d.h. praktisch das Industriezentrum um Johannesburg lahmlegte, war eine der größten Aktionen der südafrikanischen Gewerkschaften seit langem. Der Prozeß, der jetzt ansteht, wird aufgrund der südafrikanischen Sicherheitsgesetze geführt, die Anklage lautet auf „Umsturzversuch". Die 26 Angeklagten erwartet ein hohes Strafmaß.

Der Prozeß wird auch geführt, weil die Streikaktion sich gegen die im letzten Juni verabschiedeten Gewerkschaftsgesetze gewandt hat. Nach diesem Gesetz wird die Anerkennung von schwarzen Gewerkschaften an Bedingungen gebunden, die diese verpflichten, alle wesentlichen inneren Angelegenheiten der Gewerkschaft vor der staatlichen „Kammer für Arbeitskraft" vorzulegen, also Einzelheiten des Statuts, Namen von Funktionären, Mitgliederlisten und finanzielle Lage. Kommen die Gewerkschaften diesen Verpflichtungen nicht nach, so können sie bestraft werden, und die Vereinbarungen, die sie mit den Kapitalisten abschließen, sollen vor keinem Gericht einklagbar sein. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates von Südafrika, Camay, einer der 26 Angeklagten, erklärte, dies sei der erste Schritt zur Kontrolle der Vereinbarungen, der nächste Schritt werde die Kontrolle des Inhalts sein.

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat erste Proteste formuliert, in einigen Ländern auch schon Aktionen durchgeführt. Schon diese Aktivitäten hatten Erfolg: die zunächst verhafteten Gewerkschafts- und Streikführer wurden — wenn auch teilweise nur gegen Kaution — wieder freigelassen. Ein angeklagter Streikführer, Jerry Kau, beschäftigt bei Renault in Südafrika, ist aber weiterhin in Haft.

In Frankreich und vor allem in den USA haben die Metallgewerkschaften schon seit Ende letzten Jahres aufsehenerregende Proteste organisiert. In Washington ignorierten Demonstranten, die einem Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes der USA AFL-CIO gefolgt waren, die Bannmeile um die südafrikanische Botschaft. Die Polizei nahm 22 Gewerkschafter fest, die nicht nur gegen das gewerkschaftsfeindliche Rassistenregime von Südafrika protestiert hatten, sondern auch die Unterstützung der US-Regierung für dieses Regime angriffen.

In der Bundesrepublik ist dieser Fall noch weitgehend unbekannt. Zwar berichtet das Nachrichtenblatt des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes IMB: *„IMB-Präsident und erster Vorsitzender der IG Metall, Hans Mayr, hat einen scharfen Protest herausgegeben, in dem er an die Bundesregierung appelliert, die Forderung nach Freilassung der südafrikanischen Gewerkschafter zu unterstützen."* Aber von viel mehr Aktivitäten ist bislang nichts bekannt. Das muß sich ändern — immerhin drohen den angeklagten Gewerkschafts- und Streikführern in Südafrika Höchststrafen bis zu 25 Jahren Gefängnis!



Solidaritätsdemonstration für die südafrikanischen Gewerkschafter in Washington

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW

Der Holtzbrinck-Konzern zeigt seine Macht

Wende bei Rowohlt?

Im Mai 1983, nach der Übernahme des Rowohlt Verlages durch den Medien-Konzern Holtzbrinck (siehe Kasten) schrieb der „Rote Morgen": „... daß für das gute Werk des Verlegers Rowohlt innerhalb der Holtzbrinck-Gruppe schlechte Zeiten anbrechen". (RM 18/83 S. 12) Das hat sich jetzt bei der „Bestellung" des neuen Verlagsleiters des Rowohlt Verlages bestätigt. War damals den Rowohlt-Mitarbeitern noch versichert worden, die demokratischen Strukturen im Verlag würden beibehalten, so hat das Holtzbrinck-Management dies Versprechen jetzt gebrochen.

Ohne, wie bislang üblich, die Mitarbeiter, vor allem die Lektoren auch nur zu hören, hat die Konzernspitze einen Mann ihres Vertrauens als neuen Verlagsleiter berufen. Die Art und Weise, wie das geschah, hat sogar die bürgerliche Presse in ihren Feuilletons zu Kapitalismus-Kritik gebracht. In der Wochenzeitung „Die Zeit" konnte man von *„Schalthebelherrschaft, Menschenverachtung, Unfähigkeit"* lesen. Der „Frankfurter Rundschau" schauerte vor *„diesen Konzernen, die unaufhaltsam wachsen, wie es in Karl Marx' Bilderbuch ‚Das Kapital' geschrieben steht"*.

Anlaß für die Unruhe im Rowohlt-Verlag war der Weggang des bisherigen Verlagsleiters Matthias Wegner. Er hat sich für angeblich 400000 DM Jahresgehalt von Bertelsmann verpflichten lassen, um die allgemein als langweilig und trocken geltende Buchgemeinschaft, den Bertelsmann Buchclub, auf Schwung zu bringen. Im Hause Rowohlt war Wegner bislang unumstritten, das Vetorecht der Verlagsleitung gegenüber der „rororo-aktuell"-Reihe beispielsweise wurde bislang nie angewandt. Der Coup der Konzernleitung, den bislang im Literaturbetrieb völlig unbekannten bisherigen Ressortleiter Ausland der „Spiegel"-Redaktion, Michael Naumann, als Verlagsleiter einzustellen, führte zu Protesten im Verlag. Die Lektoren empfahlen Freimut Duve, den bisherigen Leiter der „Rowohlt-akutell"-Reihe, als neuen Chef. Zunächst sagte die Stuttgarter Konzernleitung noch zu, den Vorschlag ernsthaft zu prüfen, als Duve zu einem Gespräch in Stuttgart erschien, war schon alles klargemacht. Ohne ernsthaft die Argumente der Verlagsmitarbeiter zu prüfen, hatten die Konzernherren Naumann verpflichtet. Ein Aufruf der Lektoren an Naumann, unter diesen Umständen den Posten nicht anzutreten, wurde von diesem ignoriert.

Nun geht es sicher nicht darum, hier über die Qualifikation Naumanns zu spekulieren, der Skandal ist die Art und Weise wie der Medienkonzern mit dem geschluckten Verlag umspringt, obwohl er immer noch beteuert, man sei sich seiner „kulturpolitischen Verantwortung" bewußt, werde die „Tradition" des Verlages selbstverständlich weiterführen usw. Nach den Verlagsmitarbeitern protestierten nun 150 Autoren, die bislang bei Rowohl publiziert hatten — kein gutes Startsignal für den neuen Verantwortlichen für das literarische Programm des Rowhlt Verlages. Keine aussichtsreiche Perspektive für den bei den Konzernherrn abgeblitzten Freimut Duve, der die, für die „Oberen" sicher nicht angenehme „aktuell"-Reihe herausgibt. Es bewahrheitet sich, was der Betriebsrat vor zwei Jahren bei der Übernahme des Rowohlt-Verlages durch Holtzbrinck schrieb: *„Damit wird die Konzentration im Verlagswesen in gefährlicher Weise beschleunigt. (...) steht der Name Rowohlt in der Verlagslandschaft nicht zuletzt für das ständige kritische Infragestellen überkommener Denkstrukturen, sei dies im literarischen oder im **gesellschaftspolitischen** Bereich."* Der Medienmulti beginnt im Rowohlt-Verlag zu regieren, zu diktieren.

Heinrich Maria Ledig Rowohlt, der ehemalige Besitzer des Verlages, hält sich in diesem aktuellen Streit vornehm zurück. Nicht zuletzt war er es aber, der mit dem Millionengeschäft, daß er machte, den Einfluß des großkapitalistischen Medienkonzerns erst ermöglichte.

Der Konzern

Die Holtzbrink-Verlagsgruppe ist beim Rowohlt Verlag (GmbH) mit 100 Prozent und bei der Rowohlt Taschenbuch GmbH mit 66,6 Prozent eingestiegen. (Beim Taschenbuch Verlag ist noch die US-amerikanische Verlagsgruppe Time Life Inc. New York beteiligt).

Damit hat dieser Konzern allein am Taschenbuchmarkt rund 20 Prozent Anteil. Eine ebenso große Gefahr wie die marktbeherrschende Stellung ist der Wind, der bei Holtzbrink aus der rechten Ecke weht. Denn immerhin ist Holtzbrink Herausgeber der Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" und „Wirtschaftswoche" und ist an der „Saarbrücker Zeitung", einem CDU-Kampfblatt, beteiligt. Im Verlagswesen hat Holtzbrink schon die Verlage S. Fischer, Krüger, Kindler, Droemer-Knaur geschluckt, besitzt den Deutschen Bücherbund und die Evangelische Buchgemeinschaft, Plattenfirmen und ist an vielen Druckereien beteiligt.

Protesterklärung von 150 Autoren

„Wir sind über die Entwicklung im Rowohlt-Verlag äußerst besorgt. Unter denkbar unwürdigen Umständen hat die Holtzbrink-Verlagsgruppe die Nachfolge des ausscheidenden Verlagsleiters der Rowohlt-Verlage geregelt.

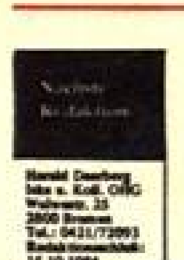
Der größte Buchverlagskonzern zeigt mit diesem Vorgehen, daß er seiner kulturpolitischen Verantwortung nicht gerecht wird. Diese dem Verlag von oben oktroyierte Management-Entscheidung leitet die Wende für ein bisher unabhängiges Verlagsprogramm ein. Das Vorgehen ist deshalb ein Bruch mit der von Ernst Rowohlt begründeten liberalen Tradition des Hauses.

Ein Verlag lebt von den Büchern, die er produziert und verkauft. Bücher sind aber nach wie vor kein seriell herstellbares Produkt, sondern entstehen durch kreative Arbeit in den Köpfen von Autoren und Lektoren. Ohne einen erheblichen Vertrauensbonus von seiten der ideellen Produzenten von Büchern wird ein Verlag auf Dauer keine Bücher veröffentlichen können.

Wenn die Lektoren als Sachverwalter von Autoreninteressen in dieser Weise übergangen werden, kommt darin zum Ausdruck, daß der Konzern die literarische und politische Eigenständigkeit der Rowohlt-Verlage nicht länger respektiert. Eine solche Wende in einer Medienlandschaft, die mehr und mehr von Großkonzernen beherrscht wird, muß bei allen, die die Freiheit der Kultur ernstnehmen, schwere Befürchtungen auslösen.

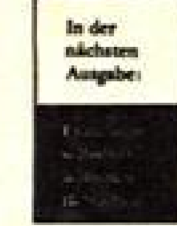
Daher fordern wir Dr. Michael Naumann auf, sein Amt, das ihm unter unwürdigen Umständen zugesichert worden ist, nicht anzunehmen. Die Holtzbrink-Gruppe fordern wir auf, ihre Entscheidung zurückzunehmen und ihre alte Zusicherung einzuhalten, Geschäftsführung und Lektorat an der Entscheidungsfindung zu beteiligen."

Die Erklärung ist u.a. unterzeichnet von:
Carl Amery, Bernt Engelmann, Peter Rühmkorf, Peter Schneider, Dorothee Sölle, Leonie Ossowski, Günter Grass, Jürgen Fuchs, Wolf Biermann, Oskar Negt, Joschka Fischer, Heinrich Albertz, André Gorz, Erhard Eppler, Alexander Kluge, Rolf Hochhut, Peter Härtling, F. C. Delius, Günter Gaus, Hans Christian Kirsch, Max von der Grün, Hugo Dittberner, Richard Hey, Hellmut Heißenbüttel und Hermann Peter Piwitt.



Wandelsblatt

ZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG



Handel und Wandel

Die dem Holtzbrinck-Konzern gehörende **„Wirtschafts- und Finanzzeitung Handelsblatt"** ist mit schwerem Geschütz gegen ein kleines Alternativ-Blättchen vorgegangen. Das **„Wandelsblatt — Zeitung für Selbstverwaltung"** war eine Zeitung, die von und für alternative Projekte, Betriebe, Initiativen bislang dreimal erschienen ist. Die ähnliche Aufmachung und der ähnlich klingende Name hat die **„Handelsblatt"**-Juristen veranlaßt mit einer Klage, deren Streitwert auf 100000 Mark festgelegt wurde, gegen die Herausgeber und die Druckerei vorzugehen. Sie gewannen den Prozeß, der wegen des hohen Streitwerts für die Verlierer teuer wird. **„Handelsblatt"** und **„Wandelsblatt"** seien *„verwechslungsfähig"*, denn *„Handel und Wandel gehören schon im Volksmund zusammen"*, „argumentierten die Rechtsexperten der Wirtschaftszeitung mit einer täglichen Auflage von über 90000 Exemplaren. Am schwerwiegendsten fanden sie die Verletzung des Wettbewerbsrechtes, als ob ernsthaft die Gefahr bestehen würde, die Anzeigenkunden des „Handelsblattes", Banken, Konzerne, Fluglinien und Hersteller exklusiver Automobile würden ihre Werbung im **„Wandelsblatt"** plazieren.

Der verlorene Prozeß wegen des witzig-ironisch gemeinten Zeitungskopfes könnte das ganze alternative Zeitungsprojekt ruinieren. Ihren Humor haben die Herausgeber des ehemaligen **„Wandelsblattes"** aber nicht verloren. Die gerade erschienene vierte Ausgabe ihrer Zeitung heißt: **„Wandersblatt — Zeitung für den längeren Atem".**

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

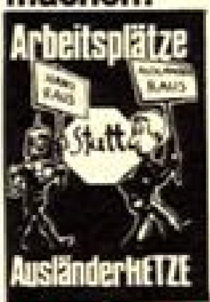






Recht hat er, der Postbote...

... denn jetzt gibt es im RM-Verlag zwei Postkartenserien, die das Schreiben wieder zum Vergnügen machen.







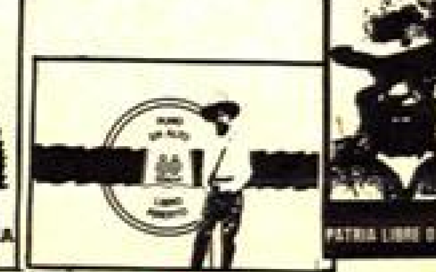


Liebe Grüße gegen die Wende

Postkartenset besteht aus acht teils zweifarbigen Postkarten mit innenpolitischen Motiven, Ansichtskarten aus der verflickten Republik.







Solidarität mit Nicaragua

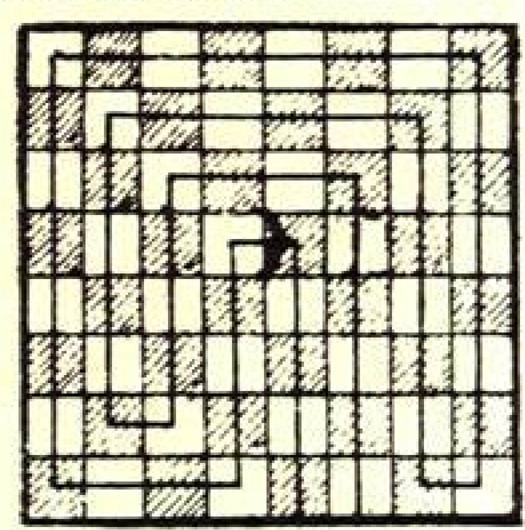
Acht teils zweifarbige Karten mit Motiven aus Nicaragua. Bilder, Darstellungen des legendären nicaraguanischen Guerillaführers Augusto Cäsar Sandino.

Beide Serien, jeweils acht Karten im Umschlag, sind zum Preis von je 5,— DM zu bekommen beim

RM-Verlag, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

Des Rätsels Lösung

Wenig Resonanz hatte unser Weihnachtspreisrätsel. Nur zwei Einsender haben den gesuchten Weg erforscht. Beide Einsendungen waren richtig, wenn es auch wie wir unten veröffentlichen noch einen „schnelleren" Weg gab. Die Gewinner, Klaus D. aus Dortmund und Christoph H. aus Weinheim, werden bald die Gewinne erhalten.



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Bever, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr. 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz : W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 44** (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Straße 18, Tel.: (030) 6228474